

# Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

44. Sitzung vom 25. Oktober 2013

---

## Wörtliches Protokoll

### Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	10. Dank von Vorsitzendem GR Godwin Schuster an das ausscheidende Mitglied des Landtages und Gemeinderates Nurten Yilmaz	S. 37
2. Nachruf auf den Bürger der Stadt Wien, amtsführender Stadtrat aD und Nationalratsabgeordneter aD Dr hc Peter Schieder	S. 3		
3. Fragestunde		11. 03133-2013/0001-GWS; MA 69, P 23: I. Verkauf der Liegenschaften EZ 492, Grundstück Nr 2781/2, EZ 2655, Grundstück Nr 2844/2 und EZ 2740, Grundstück Nr 2819/2, je KatG Gerasdorf, an die EPS LAA 43 GmbH II. Gegenleistung für die Sicherung und Sanierung der darauf befindlichen Altlast an die EPS LAA 43 GmbH	
1. Anfrage (FSP - 03612-2013/0001 - KFP/GM)	S. 3	Berichterstatter GR Gerhard Kubik	S. 38
2. Anfrage (FSP - 03605-2013/0001 - KSP/GM)	S. 5	Rednerin bzw Redner: GRin Henriette Frank	S. 38
3. Anfrage (FSP - 03617-2013/0001 - KU/GM)	S. 9	GR Anton Mahdalik	S. 39
4. Anfrage (FSP - 03614-2013/0001 - KVP/GM)	S. 11	Berichterstatter GR Gerhard Kubik	S. 40
5. Anfrage (FSP - 03095-2013/0001 - KFP/GM)	S. 13	Abstimmung	S. 40
4. AST/03538-2013/0002-KSP/AG: Aktuelle Stunde zum Thema "Vor 90 Jahren Beginn des kommunalen Wohnbaus in Wien Rednerinnen bzw Redner: GR Dr Kurt Stürzenbecher GR Norbert Walter, MAS GR Mag Christoph Chorherr GRin Henriette Frank GR Dr Wolfgang Aigner GR Ing Mag Bernhard Dworak GR David Ellensohn GR Mag Günter Kasal GRin Eva-Maria Hatzl	S. 15 S. 17 S. 18 S. 19 S. 20 S. 20 S. 21 S. 22 S. 22	12. 03056-2013/0001-GSK; MA 21, P 19 Plan Nr 7812E: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan in 22, KatG Aspern Berichterstatterin GRin Mag Muna Duzdar Redner: GR Anton Mahdalik Berichterstatterin GRin Mag Muna Duzdar Abstimmung	S. 40 S. 40 S. 43 S. 43
5. Mitteilung des Einlaufs	S. 23	13. 02625-2013/0001-GSK; MA 21, P 20 Plan Nr 8038: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan in 10, KatG Favoriten Berichterstatterin GRin Kathrin Gaal Redner: GR Anton Mahdalik Berichterstatterin GRin Kathrin Gaal Abstimmung	S. 44 S. 44 S. 45 S. 45
6. Gemäß § 26 WStV ohne Verhandlung angenommene Anträge des Stadtsenates	S. 24	14. 02670-2013/0001-GSK; MA 21, P 21 Plan Nr 7914: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan in 23, KatG Atzgersdorf Berichterstatterin GRin Kathrin Gaal Rednerinnen bzw Redner: GRin Dr Jennifer Kickert GRin Waltraud Karner-Kremser, MAS GR Mag Rüdiger Maresch GR Dr Harald Troch GR Dipl-Ing Roman Stiftner GR Mag Dr Alfred Wansch GRin Dr Jennifer Kickert (tatsächliche Berichtigung) Abstimmung	S. 45 S. 45 S. 45 S. 46 S. 46 S. 47 S. 47 S. 48
7. Umstellung der Tagesordnung	S. 24		
8. 03343-2013/0001-GIF; MA 57, P 1: Caritas der Erzdiözese Wien; Förderung 03367-2013/0001-GIF; MA 17, P 2: Initiativ Minderheiten, Subvention Berichterstatter GR Christian Hursky Rednerinnen bzw Redner: GRin Mag Ines Anger-Koch GR Senol Akkilic GR Armin Blind GRin Mag Nicole Berger-Krotsch GRin Mag Barbara Feldmann GRin Mag Martina Wurzer GRin Angela Schütz GRin Nurten Yilmaz	S. 24 S. 24 S. 25 S. 27 S. 31 S. 33 S. 34 S. 35 S. 36	15. Dank von Vorsitzendem GR Godwin	
9. Ordnungsruf an GR Senol Akkilic	S. 28		

Schuster an das ausscheidende Mitglied des Landtages und Gemeinderates Dr Harald Troch	S. 48	GRin Ingrid Korosec	S. 52
		GRin Birgit Hebein	S. 53
16. 03664-2013/0001 - KFP/MDGAT		GR Dr Wolfgang Aigner	S. 54
Dringlicher Antrag von GR Univ-Prof Dr Peter Frigo, GR Mag Gerald Ebinger und GR Ing Bernhard Rösch betreffend "Wie- dereinführung des Heizkostenzuschusses"		GRin Gabriele Mörk	S. 55
Verlesung durch Schriftführerin		GR Ing Bernhard Rösch	S. 56
GRin Mag Barbara Feldmann	S. 48	GRin Ingrid Korosec	
Begründung: GR Univ-Prof Dr Peter Frigo	S. 49	(tatsächliche Berichtigung)	S. 58
Rednerinnen bzw Redner:		GR Univ-Prof Dr Peter Frigo	S. 58
GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 50	GR Kurt Wagner	S. 59
		GR Mag Wolfgang Jung	S. 61
		GR Ing Bernhard Rösch	S. 62
		Abstimmung	S. 63
		17. Ordnungsruf an GRin Birgit Hebein	S. 58

(Beginn um 9.01 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Ich eröffne die 44. Sitzung des Gemeinderates und bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen.

Entschuldigt für die heutige Sitzung sind GR Herzog, GRin Klicka, GR Kops, GR Niedermühlbichler, GRin Rubik, GR Seidl, Frau VBgmin Mag Brauner, und dann haben wir noch einige Entschuldigungen für einige Stunden oder Minuten.

Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, ersuche ich Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Sitzen.)*

Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Wir haben heute wieder eine traurige Verpflichtung, nämlich einer verstorbenen Persönlichkeit zu gedenken, die hier in diesem Haus auch sehr gewirkt hat. Am 11. Oktober ist Dr Peter Schieder, Bürger der Stadt Wien, im 73. Lebensjahr verstorben. Durch diesen Tod wurde eine besondere politische Persönlichkeit, ein besonderer Mensch aus einem äußerst wirkungsvollen Leben gerissen, und er ist für immer von uns gegangen.

Bei der gestern stattgefundenen Trauerfeier am Wiener Zentralfriedhof waren auch viele Mandatäre und Mandatarinnen aus allen im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien anwesend - wofür ich mich besonders bedanken möchte; und zwar auch deshalb, weil es ein Zeichen des parteiübergreifenden Respekts war, den Peter Schieder auch schon zu Lebzeiten genossen hat, und das zu Recht. Karl Blecha, Dr Gusenbauer und der Herr Bundespräsident haben in äußerst beeindruckenden Reden Abschied genommen und haben in ihren Abschiedsreden das Leben und das Wirken und die großen Erfolge von Peter Schieder beschrieben.

Besonders hervorgehoben wurde der Mensch, der zeit seines Lebens alles getan hat, um für Benachteiligte in unserer Gesellschaft die Rahmenbedingungen zu verbessern, und der vom Frieden in Europa und auf der Welt nicht nur gesprochen hat, sondern als großartiger Netzwerker wichtigste Initiativen setzte, damit ehemals einander misstrauisch gegenüberstehende Nationen zusammengeführt werden konnten. Er war eine Persönlichkeit, die das Leben der parlamentarischen Arbeit widmete und dabei nicht auf seine Familie und Freunde vergaß.

Sehr früh war Peter Schieder nicht nur politisch interessiert, sondern er wurde sehr bald in höchste politische Funktionen gewählt. 1962 wurde er Chefredakteur der Zeitung der Sozialistischen Jugend „Trotzdem“. 1964 bis 1972 war er Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Österreichs. Auf internationaler Ebene wurde Peter Schieder in höchste Funktionen der Sozialistischen Internationale gewählt und wirkte von 1969 bis 1971 als Präsident der Weltjugendversammlung. Bereits im März 1970 wurde er, damals als jüngster Abgeordneter, in den Nationalrat entsandt.

1973 wechselte er in die Wiener Kommunalpolitik: zuerst als amtsführender Stadtrat für Umwelt und öffentliche Einrichtungen, 1976 als Stadtrat für Inneres und

Bürgerservice. 1978 wiederum wurde er amtsführender Stadtrat für Umwelt und Freizeit beziehungsweise, wie es dann ab 1983 hieß, amtsführender Stadtrat für Umwelt und Bürgerdienst. Diese Funktion übte er bis 10. September 1984 aus. In dieser Zeit wurde die Donauinsel errichtet. Sein Bestreben war es, auch die Wasserqualität, die ohnehin schon sehr hoch war, noch zu verbessern und den Wien umschließenden Grüngürtel weiter auszubauen.

Anschließend kehrte er wieder in den Nationalrat zurück und wurde gleichzeitig auch Zentralsekretär der SPÖ, wobei er diese Aufgabe bis Mai 1988 ausübte.

1994 wurde Peter Schieder Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses im Nationalrat und 1995 Vorsitzender der österreichischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, deren Präsident er von 2002 bis 2005 war.

2006 schied Dr Peter Schieder aus allen politischen Funktionen aus.

Für seine besonderen Leistungen erhielt er eine große Anzahl von Auszeichnungen nationaler und internationaler Art. Ich nehme nur einige wenige heraus: das Große Goldene Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich, das Große Silberne Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich, das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Er war auch Ehrenpräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates auf Lebenszeit, das heißt, bis zu seinem Tode. Und am 31. Oktober 2012 – und auch da waren viele der hier Anwesenden dabei – erhielt er in Würdigung seiner besonderen Leistung für unsere Stadt die Bürgerurkunde von Dr Michael Häupl ausgefolgt.

Mit seinem Tod ging ein äußerst erfülltes und engagiertes Leben zu Ende. Viele haben einen Freund verloren. Unser besonderes Mitgefühl - und ich glaube, hier kann ich ungeteilt sprechen - ist jedoch in diesen Stunden bei seiner Familie. Ich weiß selbst, in so einer Situation hilft kein Trost, aber, liebe Sonja, unser Mitgefühl ist bei dir, bei Andi und bei Max, und wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. - Ich danke vielmals. *(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)*

Es ist nun notwendig, den Übergang herzustellen, und wir kommen zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage (FSP - 03612-2013/0001 - KFP/GM) wurde von Herrn GR Mag Günter Kasal gestellt und ist an den Herrn Bürgermeister gerichtet. *(Die ehemalige Prunkstätte der Sozialistischen Partei - das Josef-Afritsch-Heim im Hörndlwald - wurde im Frühling abgerissen. Bei der Entsorgung des Bauschuttes im Naturschutzgebiet Lainzer Tiergarten gab es beträchtliche Ungereimtheiten. Laut dem Leiter des Forstamtes wurden lediglich die Außenmauern bzw Stützmauern des Afritsch-Heimes als Unterlage für Forstwege verwendet, tatsächlich wurden Materialien wie Geschirrscherben, Metallrohre, Plastik- und Gummischläuche und vergleichbarer Sondermüll auf den Forstwegen verteilt (siehe <http://www.youtube.com/guenterkasal>). Eine Hietzingerin fotografierte am 21. Juni 2013 einen LKW des*

*Forstamtes beim Abtransport des Mülls vom Afritsch-Heim in den Lainzer Tiergarten. Gemeinderat VALENTIN berichtete in der letzten Sitzung des Wiener Landtages von einem Gutachten. Darin wird angeblich der Stadt Wien attestiert, dass das von der Stadt Wien angeforderte Recycling-Material, das auf einem Güterweg aufgebracht worden ist, der Güteklasse A entspricht. Der Abtransport eines Teiles des Abbruchmaterials ins Naturschutzgebiet erfolgte wahrscheinlich ungeprüft am*

*21. Juni 2013, während laut Gutachten erst am 27. Juni das an der Abbruchstätte in der Joseph-Lister-Gasse 92 verbliebene Material untersucht wurde. Welche Maßnahmen werden Sie innerhalb welcher Frist veranlassen?)*

Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Herr Gemeinderat! Gemäß den mir vorliegenden Fakten handelt es sich bei diesem Abbruchmaterial, das zur Verfestigung von Forststraßen auf einer Länge von 900 m verwendet wurde, um ein geprüftes Abbruch-Recyclingmaterial, für das erstens natürlich auch die entsprechenden Prüfzeugnisse vorgelegt werden können, und zum Zweiten ist dies auch allen Rechtsgewerken konform, sodass ich persönlich hier keinerlei Probleme und auch keinerlei Verfehlungen erkennen kann. Und da ich dies auf Grund der vorliegenden Fakten nicht kann, kann ich auch keine Maßnahmen setzen – was ich im Prinzip, wenn es ein Problem gäbe, tatsächlich gerne tun würde.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 1. Zusatzfrage stellt Herr GR Mag Kasal. – Bitte.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Herr Bürgermeister! Danke schön für die kurze Beantwortung.

Unser Ausschussvorsitzender hat bereits im letzten Umweltausschuss versucht, der Frage ein bisschen auf den Grund zu gehen, hat aber keinerlei Informationen bekommen. Deswegen habe ich die Frage auch hier gestellt. Und zwar geht es um den Sachverhalt, dass ich eine Dame kenne, sehr gut kenne - nicht so gut, wie manche von Ihnen jetzt vielleicht vermuten, wie an ihrem Schmunzeln zum Ausdruck kommt (*Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Das ist ja peinlich, was Sie da erzählen!*) -, die eidesstattlich bestätigen möchte, dass sie Lastkraftfahrzeuge des Forstamtes der Stadt Wien beim Abtransport dieses Materials in den Lainzer Tiergarten fotografierte und dass dieser Sachverhalt am 21. Juni 2013 war. Der Ausschussvorsitzende Valentin hat von einem Gutachten berichtet, das knapp eine Woche später erstellt wurde. (*Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Das ist so peinlich, wirklich wahr!*) - Peinlich ist der Sachverhalt, Frau Stadträtin, dass es überhaupt so weit kommt. - Der Sachverhalt sagt, dass das Gutachten erst vom 27. Juni ist.

Wie erklären Sie sich diesen Umstand, dass das Material bereits vorher, am 21. Juni, im Lainzer Tiergarten verteilt war und die Forstwege bereits teilweise planiert waren und das Gutachten erst am 27. Juni beim Afritsch-Heim mit Proben erstellt wurde?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Nach den mir vorliegenden

Informationen wurde eine Firma beauftragt, diesen Abbruch vorzunehmen. Diese Firma hat auch die entsprechenden Probenentnahmen und Beprobungen durchgeführt beziehungsweise von entsprechend autorisierten Einrichtungen durchführen lassen. Es hat mehrere Beprobungen gegeben, auch welche vor dem von Ihnen genannten Datum, sodass ich auch dazu nur sagen kann: Hier ist ordnungsgemäß vorgegangen worden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr GR Ing Mag Dworak. - Bitte schön.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Herr Bürgermeister!

Der Hörndlwald beziehungsweise das Afritsch-Heim war Gegenstand einer Petition. Es haben zirka 7 000 Personen diese Petition unterstützt und es geht darum, dass dieses Areal wieder der Bevölkerung als Grünerholungsraum zur Verfügung gestellt wird. Jetzt mehren sich aber Informationen, dass die Stadt Wien unter Umständen dieses Areal verkaufen will. Es ist 100-prozentig im Besitz der Stadt Wien.

Jetzt meine Frage an Sie, Herr Bürgermeister: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass dieses Areal, das als Schutzzone Wald und Wiesengürtel beziehungsweise als Naturdenkmal deklariert ist, für die Bevölkerung weiter frei zugänglich zur Verfügung stehen wird?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Ihre Frage beantwortet sich ja eigentlich von selbst. Nachdem Sie dankenswerterweise die Schutzkategorien aufgezählt haben, die hier auferlegt sind, steht ja außer jedem Zweifel, dass mit den derartigen Kategorien jedenfalls nicht riesige Bauten errichtet werden können. Selbstverständlich wird diese Grünfläche bei diesen Schutzkategorien auch öffentlich zugänglich sein können.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr GR Mag Maresch. – Bitte.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Jetzt kann man natürlich trefflich darüber streiten, was da aufgebracht wurde. Aber interessant ist in Wirklichkeit, wie die Stadt Wien, und zwar die MA 49, tatsächlich solche Waldbewirtschaftungen durchführt. Und da hätte ich gerne, dass Sie dazu etwas sagen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Ich will die Zeit jetzt nicht überstrapazieren, aber ich halte bei Gelegenheit gerne einmal eine Vorlesung über die Frage ökologischer Waldbewirtschaftung, insbesondere auch vor dem Hintergrund des ökologischen Wald-Wild-Verhältnisses. Das wäre zweifelsohne interessant. Im gegenständlichen Fall will ich mich allerdings auf die Fragestellung des Forstwegebaukonzentrieren.

Wozu überhaupt? – Nun, es ist ja überhaupt keine Frage, dass der Wald mit seinen Kategorien des Schutzwaldes, des Nutzwaldes und des Erholungswal-

des natürlich auch - jedenfalls in zwei Kategorien davon - einer besonderen Bewirtschaftung bedarf. Und in unserem Agrarkulturbereich ist es natürlich auch notwendig, dass man, generell gesehen - mit den wenigen Ausnahmen, wo es in Österreich einen Urwald gibt - menschliche Eingriffe durchführt. Dazu ist der Forstwegebau unerlässlich.

Dass der Forstwegebau bei der Stadt Wien anders gemacht wird als etwa bei Privaten, ist vor allem daran zu sehen, dass der Abraum nicht einfach bergabwärts geleert wird, sondern entsprechend abtransportiert wird, dass sehr genau auch auf die Materialien geschaut wird, mit denen diese Forstwege dann entsprechend errichtet und gebaut werden, dass es insbesondere in den bergauf liegenden Aufrissen des Berges auch wieder zu Grünbepflanzungen und Bodenverfestigungen kommt - dass also Maßnahmen gesetzt werden, die im Regelfall Private bei ihrem Forstwegebau nicht machen und die natürlich auch entsprechend teuer sind. Das Ganze machen wir natürlich aus ökologischen Gründen - selbstverständlich -, und daher wird natürlich auch besonders darauf geachtet, dass gerade auch in Naturschutzgebieten das Material, das zum Forstwegebau verwendet wird und die Forstwege entsprechend verfestigt, ein absolut beprobtes und sohin in Ordnung befindliches Material ist.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die letzte Zusatzfrage stellt Herr GR Mag Kasal. - Bitte schön.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sie gehen davon aus, dass das Material, das dort verteilt wurde, hundertprozentig in Ordnung ist. Diese Sichtweise kann ich nicht teilen, auch auf Grund von mehreren Lokalaußenscheinen, bei denen ich mir das angesehen habe. Es schaut mittlerweile so aus, dass sogar Schwammerl aus dem Forstweg wachsen, der mit zahlreichen Glasscherben durchdrungen ist, und dass die Wildschweine in den Glasscherben wühlen, fressen, sich auch verletzen können et cetera. Weiters sind durch die Errichtung dieser Forstwege, deren Notwendigkeit ich auch stark bezweifle, zahlreiche Laichplätze von Gelbbauchunken zerstört worden.

Wie stehen Sie dazu als ehemaliger Umweltstadtrat und auch Biologe?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Zunächst einmal bin ich Ihnen dankbar für den Hinweis, dass Pilze - welche immer Sie damit meinen - dort wachsen, denn das ist ein exzellenter Hinweis darauf, dass der Boden in Ordnung sein muss. Ich darf Ihnen versichern, dass Pilze nur dort wachsen, wo es einen Boden gibt, der tatsächlich entsprechend okay ist.

Was die Unken betrifft, so wollen wir jetzt dahingestellt sein lassen, welche Art das ist, ob Gelbbauch oder was auch immer. - Ich verstehe schon, dass Sie den Begriff Rotbauchunke nicht über die Lippen bringen, aber es hilft halt nichts, das ist diese Tieflandunke, die eben weiter herunten vorkommt. Aber wie dem auch immer sei, wenn gesagt wird, dass solche Biotope zerstört

worden sind, dann muss man vielleicht auch wissen, was das Biotop unter anderem ist, nämlich die Lachen, die auf kaputten Forststraßen stehen. Und dass bei der Sanierung von Forststraßen, so, dass sie ordentlich befahren werden können, solche Lachen auch entsprechend beseitigt werden, scheint mir sinnvoll zu sein. Genauso wie sich Unken möglicherweise im westlichen Wienerwaldgebiet von Wien in Schlaglöchern auf der Straße ansiedeln können, und wir werden trotzdem die Schlaglöcher entsprechend beseitigen. Also so gesehen denke ich, dass hier auch mit Vernunft gehandelt wurde; nicht nur rechtskonform, sondern auch vernünftig.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 1. Anfrage.

Wir kommen nun zur 2. Anfrage (*FSP - 03605-2013/0001 - KSP/GM*). Sie wurde von Herrn GR Peschek gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenenschutz und Personal gerichtet. (*Start.Wien, das Willkommensprogramm für MigrantInnen, gibt es nun bereits seit 5 Jahren. Welche Ziele standen am Beginn von Start.Wien im Jahr 2008 und konnten diese erreicht werden?*)

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Guten Morgen, Herr Gemeinderat!

Ja, wir feiern tatsächlich ein kleines Jubiläum mit einer sehr, sehr großen und breit angelegten Integrationsmaßnahme, nämlich mit „Start Wien“. Was ist „Start Wien“? „Start Wien“ ist ein Niederlassungsbegleitungsprogramm, das wir mit 1. Oktober 2008 begonnen haben. Die Idee, die dahintersteckt, war, Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer von Beginn an in ihrer Integrationsbiographie zu begleiten und auch entsprechend zu unterstützen und sie gerade bei den ersten Schritten, die sie in unserer Stadt machen, gut zu orientieren. Denn je besser Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer orientiert sind und um ihre eigene Situation Bescheid wissen, desto besser ist natürlich auch ihr Start. Das heißt, schnelle Orientierung war ein großes Anliegen. Dem Beginn des Programms am 1. Oktober ist mehrere Monate hindurch eine Entwicklungsarbeit vorausgegangen.

Es geht uns bei „Start Wien“ um eine maßgeschneiderte Unterstützung von Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderern, abgestimmt auf deren Lebenssituation, auf deren Bildungssituation und auf deren Sprachstand, mit dem sie hierher kommen.

Wenn ich Bildungssituation sage, dann impliziert das natürlich auch einen großen Schwerpunkt dieses Programms auf den Bereich Integration in den Arbeitsmarkt. Hier geht es darum zu schauen: Mit welchen Kompetenzen, mit welchen Ausbildungen kommen die Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer in unsere Stadt, und wie können wir diese auch bestmöglich nutzen? Wir wissen ja aus der internationalen Integrations- und Inklusionspolitik, dass es natürlich für jeden Wirtschaftsstandort - bei der Mobilität, die es gerade auch in Europa gibt - und damit auch für uns in Wien gilt, zu schauen, dass wir die besten Hände und Köpfe für die Stadt gewinnen, und deswegen ist es so wichtig, diese qualifizierten Men-

schen, wie sie hierher kommen in unsere Stadt, von Anbeginn an in ihrer Vielfalt und in ihren Potenzialen für diese Stadt auch entsprechend zu nutzen.

Wie funktioniert „Start Wien“? „Start Wien“ funktioniert so, dass die Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer im Rahmen der Integrationsvereinbarung zu uns in die Stadt, in die Magistratsabteilung 35 kommen, aber dort auch gleich vor Ort ein Angebot haben aus der Magistratsabteilung 17 - Integration und Diversität, wo ein Orientierungsgespräch stattfindet. Anhand dieses Orientierungsgesprächs werden diese Kompetenzen und die Lebenssituationen einmal erörtert, und dann bekommen die Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer einen Bildungspass. In diesem Bildungspass ist der Wiener Sprachgutschein drinnen - das sind 3 Stück zu je 100 EUR -, und die Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer gehen dann jeden zweiten Samstag im Monat in die Volkshochschule in Favoriten und haben dort ein breites Angebot an Modulen zur Orientierung, die sie besuchen. Das wird im Bildungspass eingetragen, und für diese besuchten Module gibt es jeweils einen Sprachgutschein.

Ich muss sagen, das ist eine Sache, die sich sehr, sehr gut bewährt hat. Wir haben einen enormen Zuspruch in diesem Programm - das ist politisch auch sehr, sehr wichtig, das hier zu sagen -, einen Zuspruch von rund 90 Prozent aller Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer. Und für diejenigen, die nach zwei Jahren Aufenthalt noch offene Fragen haben, eine Veränderung in ihrer Lebenssituation haben, gibt es auch noch ein sogenanntes Second Level Start Coaching. In diesem Coaching wird noch einmal darauf geschaut: Wie kann man sich noch orientieren? Was sind sozusagen die letzten Punkte, die es hier braucht?

Seit Bestehen von „Start Wien“ gibt es über 15 000 Personen, die einen Bildungspass erhalten haben. 85 Prozent der Zielgruppe sind zu der Integrationsvereinbarung verpflichtet, das heißt, diese Unterstützungsmaßnahme ist natürlich gerade für diese Menschen ganz, ganz wichtig. Es sind 31 000 Informationsmodule besucht worden, wir haben 6 000 Personen, die in diesem Second Level Coaching nach 2 Jahren auch noch einmal da waren, um eben die Integrationsvereinbarung zu erreichen. Und wenn ich sage, jeden zweiten Samstag im Monat trifft sich sozusagen alles an BildungspassbesitzerInnen und orientiert sich, besucht Module zu den unterschiedlichsten Themen, dann spreche ich da von 500 Personen, die auf diese Weise wirklich ihre Integrationsbiographie in die Hand nehmen wollen und diese auch entsprechend gestalten wollen.

Das Schöne an diesem Projekt ist, dass es auch mehrfach ausgezeichnet wurde. Das heißt, ein Projekt der Integrationsbegleitung wie „Start Wien“ sucht seinesgleichen. Wir sind da auch oftmals kopiert worden, und im europäischen Raum gelten wir auch als Best-Practice-Modell. Wir haben bis nach China Preise abgeräumt für dieses Modell, und in den Städtenetzwerken Metropolis und United Cities haben wir es bei 255 eingereichten Projekten aus 153 Städten unter die 5.-besten Begleitungsprogramme geschafft. Ich denke mir, das ist

etwas, was uns schon auch sehr stolz machen kann.

Integrationsbegleitung ist ganz, ganz wichtig, denn gerade wenn man sich in der Integrationsgeschichte anschaut, wie sozusagen die erste Generation der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter begleitet wurde, dann sieht man, dass man sehr spät erst erkannt hat, dass man zwar Arbeitskräfte geholt hat, Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter geholt hat, aber dass die Menschen geblieben sind. Wir wollen diesen Fehler nicht wiederholen und wollen daher von Beginn an die Menschen in ihrer Integrationsbiographie begleiten. Und diese Erstbegleitung, dieses erste Gespräch und dann eben das Dranbleiben mit dem Bildungspass, das ist ein guter Weg. Wir waren auch vom Staatssekretär eingeladen, das zu kommunizieren, zu erzählen, wie wir das gemacht haben, entwickelt haben, wie das ankommt. Und das war sicher auch ideengebend für die eingerichteten Welcome Centers, die es nun in ganz Österreich gibt.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung. - Die 1. Zusatzfrage stellt Frau GRin Mag Feldmann. - Bitte schön.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Der letztjährige Prozess der Wiener Integrationscharta hat rund 700 000 EUR gekostet und hat sich die Verbesserung des Klimas zwischen den Wiener Bevölkerungsgruppen zum Ziel gesetzt. Derzeit gibt es zwar die Charta, sehr wenige kennen aber den Begriff oder den Inhalt oder wissen, was sich auf Grund der Charta verändert hat.

Meine Frage an Sie ist: Wie oder mit welchen Prozessen, Instrumenten oder Vorhaben wollen Sie sicherstellen, dass die Wiener Charta auch gelebt wird?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Nun, da bringe ich Sie sehr gerne auf den Letztstand, was die Wiener Charta betrifft. Ich habe auch die Gelegenheit gehabt, beim Abschluss der Wiener Charta schon die Fortsetzung oder den weiteren Weg der Wiener Charta zu zeichnen.

Was war die Idee? - Wenn ich heute hier „Start Wien“ darstelle, dann ist das eine Integrationsbegleitung von Anbeginn an. Wenn man sich das Wiener Integrationskonzept anschaut, dann ist dieses ja wie ein Haus: Im Fundament geht es darum, Zuwanderung zu gestalten und Integration zu begleiten. Und dann gibt es diese vier Säulen. Die erste Säule ist die Sprache, wo wir sehr, sehr aktiv sind im Bereich Deutsch-Spracherwerb, Zielgruppen et cetera. Die zweite Säule ist Arbeitsmarkt und Bildung, wo es um Kompetenzen geht und um die Verwertung der Kompetenzen am Wirtschaftsstandort Wien. Die dritte Säule ist das Zusammenleben und die vierte das Monitoring, das heißt, das Messen von unseren Integrationsmaßnahmen. An diesem Messen wird man auch den Erfolg von zum Beispiel „Start Wien“, aber auch von unserer Wiener Charta in weiterer Folge messen können.

Die Wiener Charta ist dieses Programm, wo es sozusagen auch ganz stark darum geht, die Emotionen anzu-

sprechen, die Menschen in ihrer Vielfalt abzuholen mit einem Bekenntnis zum gemeinsamen Wien. Und dieses Bekenntnis zum gemeinsamen Wien haben sich die WienerInnen selbst erarbeitet, das steht nun in der Charta. Aber ich darf daran erinnern, dass hier ja knapp 300 Partnerinnen und Partner der Wiener Charta gemeinsam agiert haben, und diese Partnerinnen und Partner leben diese Charta auch - in ihren Betrieben, in ihren Vereinen, in ihren Institutionen, in den Bezirken.

Aber wir wollten sozusagen nicht nur, dass das dort gelebt wird, sondern wir wollen, gerade was die Charta betrifft, auch weitermachen. Es gibt mittlerweile internationale Vernetzungen von Städten, die, wie zum Beispiel Bratislava, sehr interessiert daran sind, auch so einen Prozess zu führen. Und wir führen auch die Charta-Gespräche weiter, das heißt, es können die Institutionen nach wie vor zu konflikträchtigen Themen, zu den Themen des Zusammenlebens an sich Charta-Gespräche durchführen, und die fließen auch nach wie vor noch ein.

Ich habe noch Großes vor mit der Charta, denn das kann kein Prozess sein, wo man, wenn die Charta einmal geschrieben ist, sozusagen sagt, okay, Hakerl, wir haben die Charta gemacht!, sondern, ganz im Gegenteil, es geht darum, gerade in der Säule des Zusammenlebens auch mit der Magistratsabteilung 17 und mit unserer sehr engagierten Stadtteilarbeit stetig dafür zu sorgen, diese Charta auf der einen Seite zu leben, aber auf der anderen Seite - und ich glaube, das ist nichts Statisches - sie auch weiterzuentwickeln.

Ich glaube, das war ein wirklich tolles Projekt. Danke auch für die Frage, denn damit habe ich auch die Gelegenheit gehabt, nicht nur das Best Practice „Start Wien“, sondern auch die Wiener Charta hier heute anzusprechen.

Und vielleicht ein schöner Zusammenhang zwischen Charta und „Start“-Begleitung: Gestern hat der Verein Wirtschaft für Integration in sechs Kategorien den Preis der Wiener Vielfalt vergeben. Und das Tolle ist: Wenn du gute Integrationsbiographien schaffst, dann schaffst du im Bereich Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur super Biographien, die auch sichtbar gemacht werden und vor den Vorhang geholt werden. Und das war sicher auch mit den Partnerinnen und Partnern bei der Charta ein wesentlicher Aspekt.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke sehr für die Beantwortung der 1. Zusatzfrage. Die 2. Zusatzfrage wird von Herrn GR Akkilic gestellt. – Bitte schön.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Guten Morgen, Frau Stadträtin! „Start Wien“ ist ein Teil der Willkommenskultur, die vor fünf Jahren entwickelt wurde. Willkommenskultur ist ganz, ganz wichtig dafür, dass sich die Menschen besser in die österreichische Gesellschaft integrieren können. Sie haben gesagt, dass der Staatssekretär Interesse bekundet hat und Sie zu einem Gespräch eingeladen hat. Im letzten Integrationsbericht ist auch vorgesehen, dass eine Willkommenskultur entwickelt werden soll. Haben Sie eine Notiz entnehmen können, dass das „Start Wien“-Programm bundesweit auch eine Vorbildrolle spielen wird?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadt-

rätin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: „Start Wien“ spielt ganz sicher eine Vorbildrolle. Gerade zum Aufbau der Willkommenskultur in Österreich waren ja die Magistratsabteilung 17 und ich auch eingeladen, auf einer ExpertInnen-Enquete „Start Wien“ zu präsentieren. Und ich denke mir, diese „welcome desks“, die jetzt in, so glaube ich, mittlerweile fünf Bundesländern eröffnet worden sind, sind erste Schritte in Richtung Willkommenskultur, die sehr stark in die Beratung gehen.

Wir hier in Wien haben aber jetzt, abgesehen von der notwendigen Beratung, in der Entwicklung unserer Willkommenskultur gesagt, wir legen großen Wert darauf, die Menschen zu allen Lebensbereichen in unserer Stadt gut zu orientieren - sei das jetzt das Bildungswesen in unserer Stadt, sei das die rechtliche Situation der Menschen, die ja in einer Integrationsverpflichtung stehen und zum Beispiel Spracherwerb erbringen müssen, um bleiben zu können, sei es die Situation auf dem Arbeitsmarkt, wo wir eine sehr spannende Zusammenarbeit auch mit verschiedenen Institutionen haben, oder sei es auch das Zusammenleben. Also die Wiener Charta, die wir erarbeitet haben, ist auch in einem Modul Teil der Willkommenskultur: die Menschen zu begrüßen, willkommen zu heißen, aber auch zu sagen, wir haben uns in der Stadt auf wesentliche Punkte des Zusammenlebens geeinigt, das ist die Wiener Charta, und alle wollen wir nach dieser Charta leben.

Da sieht man, dass natürlich Entwicklungsarbeit in den unterschiedlichsten Bereichen der Integration notwendig ist. Wenn aber der Ansatz verfolgt wird, eine inklusive Gesellschaft zu gestalten, eine Zukunft zu gestalten, in der alle einen gleichberechtigten Zugang und eine Teilhabe haben, dann merkt man, wie diese einzelnen Integrationsmaßnahmen auch gut ineinander greifen. So ist „Start Wien“ für vieles Ausgangspunkt in unserem Integrationskonzept.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt Frau GRin Schütz. – Bitte schön.

GRin Angela **Schütz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Stadträtin! Sie haben jetzt schon einiges über „Start Wien“ erzählt, und Sie haben auch schon den Bildungspass mit den Sprachgutscheinen von 300 EUR erwähnt, die enthalten sind. Laut der Homepage können ja diese 300 EUR nicht nur für Sprachkurse, sondern auch für andere Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen verwendet werden. Sie haben auch schon einen Teil meiner Frage vorweggenommen, indem Sie gesagt haben, dass ihn bis jetzt über 15 000 Leute konsumiert haben.

Was mich jetzt noch interessiert, ist, ob es auch Personen gibt, die diesen Bildungsgutschein nicht erhalten beziehungsweise nicht abholen, und wie viele Personen konkret diesen Bildungsgutschein, den sie erhalten, nicht in vollem Ausmaß ausnützen. Und vielleicht in diesem Zusammenhang auch noch: wie viele Personen - jetzt prozentuell - den Sprachgutschein im Vergleich zu anderen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen nützen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadt-

rätin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Nun, 15 000 Personen heißt, rund 90 Prozent haben mit diesem Bildungspass ihre Integrationsbiographie gestaltet. Wenn wir jetzt über die 10 Prozent sprechen wollen, die das nicht getan haben, dann muss ich darauf hinweisen, dass es natürlich nach der Integrationsvereinbarung jetzt 2 verschiedene Gruppen in diesen 10 Prozent gibt: die einen, die eine so hohe Sprachkompetenz aufweisen, dass sie keinen Sprachgutschein brauchen, und die anderen, die über andere Programme, wie zum Beispiel die Art 15a-Vereinbarung zur Basisbildung, direkt in eine Basisbildungsmaßnahme gehen. Das heißt, wir sprechen von einer sehr kleinen Gruppe, die entweder zu gut qualifiziert ist oder so niedrig qualifiziert ist, dass sie sofort aus der Integrationsorientierungssituation in der MA 35 in den Basisbildungskurs hineingeht.

Da haben wir im Speziellen auch noch eine Unterscheidung zwischen den Basisbildungskursen für Erwachsene und den Basisbildungskursen für die Jugendlichen. „Start Wien“ für Jugendliche findet nicht mit der Volkshochschule in der VHS in Favoriten statt, sondern „Start Wien“ wird für Jugendliche bei Interface organisiert, weil wir dort in diese Begleitung der Biographien noch einen zusätzlichen Aspekt eingebracht haben, was die Qualifizierung betrifft, weil es nämlich dann nicht nur um Spracherwerb und um Orientierung in unserer Gesellschaft und in unserer Stadt geht, sondern es geht auch darum, diese Jugendlichen zu stärken und sie in eine, jetzt sage ich einmal, Bildungsbiographie hineinzubringen. Und das funktioniert auch sehr gut. Wir haben ja gerade auch fünf Jahre Interface gefeiert.

Ich glaube, das ist ein ganz wesentlicher Punkt, dass „Start Wien“ nämlich nicht nur eine gute Willkommenskultur und eine gute Integrationsbegleitung ist, sondern „Start Wien“ ist der Beweis dafür, dass Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer, die in diese Stadt kommen, ein ganz massives Interesse haben, gute Integrationsbiographien zu leisten, und zu 90 Prozent in diese Maßnahme gehen. Und die anderen 10 Prozent sind nicht die Integrationsverweigerinnen oder -verweigerer, sondern das sind in Wirklichkeit die gut Qualifizierten.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. - Die 4. Zusatzfrage stellt Herr GR Peschek. – Bitte schön.

GR Christoph **Peschek** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Stadträtin! In den letzten Jahren wurden die „Start Wien“-Module mehrfach erweitert und an die Anforderungen der neuen Wienerinnen und Wiener angepasst. Können Sie uns einen Überblick über die bestehenden Angebote im Rahmen des Programms geben?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Sehr gerne, denn man sagt ja immer: Tue Gutes und rede auch darüber! Und viele verlangen oder fordern ja immer wieder ein: Da muss es doch etwas geben! Aber oft mangelt es an Information, und die gebe ich jetzt sehr gerne. Gerade im Integrationsbereich sind wir ja immer wieder damit konfrontiert, dass sehr stark aus dem Defizit heraus und

sehr stark auch aus Unterstellungen und aus Klischees heraus argumentiert wird - und „Start Wien“ widerlegt diese Klischees.

Diese 90 Prozent der Menschen, die da neu zu uns kommen, besuchen Module, die wir mit Partnerinnen und Partnern gestartet haben - ob das jetzt die Magistratsabteilung 35 ist, was die rechtliche Situation betrifft, der WAFF, die Arbeiterkammer, die Wirtschaftskammer, das AMS, das Beratungszentrum für MigrantInnen, wenn es um Nostrifikationsgeschichten geht et cetera, und auch die Wirtschaftsagentur.

Wir haben neun Themengebiete, in denen wir Module anbieten. Da ist auch noch Folgendes zu sagen, Frau GRin Schütz: Man braucht drei besuchte Module, um jeden Sprachgutschein abholen zu können. Aber ganz viele der Menschen, die in diesem „Start Wien“-Programm drinnen sind, besuchen weit mehr Module als die drei. Das heißt, die haben wirklich in ihrem Bildungspass, in ihrem Programm die große Ambition, hier einen sehr, sehr guten Einstieg zu schaffen.

Es geht in diesen Modultagen um Bildungssysteme in Österreich, um das Gesundheitssystem in Österreich, um das Wohnen, um das Zusammenleben, um das Aufenthaltsrecht und um die Arbeitswelt. Und die Berufserstinformation findet nicht in der VHS statt, sondern in den Räumlichkeiten des WAFF. Und was die Anerkennung von beruflichen Qualifikationen und Bildungsabschlüssen betrifft, gibt es mit Mingo eine Kooperation, wo auch Einzelgespräche angeboten werden.

Was ich aber vielleicht auch dazusagen möchte, ist, dass all diese Module so abgestimmt sind, dass sie auch ganz stark auf die Selbstbestimmung und auch auf das Empowerment von Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderern setzen, das ja gerade auch im arbeitsmarktpolitischen Bereich sehr wichtig ist. Wir haben eine wunderbare Zusammenarbeit mit dem AMS Wien und haben jetzt - die Stadt Wien, das AMS Wien und die Volkshochschulen - eine, wie soll ich sagen, Drehscheibe zu Sprachmaßnahmen neu gestaltet, weil es sehr oft so war, dass unterschiedliche ReferentInnen unterschiedliche Sprachkurse angeboten oder zugewiesen haben. Damit aber sozusagen die Kompetenzen genutzt werden und wirklich am Sprachstand Deutsch geschult wird, auch im AMS, gibt es jetzt diese neue Drehscheibe, organisiert von der VHS, wo wir natürlich mit unserem „Start Wien“-Programm auch einen ganz, ganz wesentlichen Beitrag leisten können.

Da tut sich also enorm viel. Ich kann auch ankündigen, dass wir gerade zur Orientierung, was die Frage betrifft, wie erwerbe ich in welchem Sprachstand meine Deutschkenntnisse - zuerst einmal für die Integrationsvereinbarung und dann natürlich in weiterer Folge für meine Biographie, weil Deutsch ja die gemeinsame Sprache in dieser Stadt ist - jetzt auch einen Leitfaden organisieren, eine Beschreibung, einen Stadtplan, einen Wegweiser, damit man gut in den Spracherwerb kommt. Denn wir haben ja gerade im Jahr 2013 auch einen Schwerpunkt auf Sprache und auch auf Mehrsprachigkeit.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke viel-

mals für die Beantwortung insgesamt.

Wir kommen nun zur 3. Anfrage (FSP - 03617-2013/0001 - KU/GM). Sie wurde von Herrn GR Dr Aigner gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung gerichtet. (Im Zuge der beabsichtigten Verbauung des Semmelweis-Areals in Währing besteht die Befürchtung, dass die Zufahrt zu einer geplanten Wohnhausanlage über den Hockepark geführt werden soll. Das würde zum einen den Park samt Spielplatz massiv beeinträchtigen, außerdem würde das Vorhaben die Fällung zahlreicher Bäume mit sich bringen. Können Sie ausschließen, dass eine derart mutwillige Zerstörung eines wichtigen Naherholungsgebietes realisiert wird?)

Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Zuerst möchte ich hier festhalten, dass für die gegenständliche in Verwaltung des Stadtgartenamtes stehende Fläche das Plandokument 7757 gilt. Dieses wurde im Gemeinderat vom 22.11.2006 mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ und auch im Verfahren ebenfalls durch diese drei Parteien im 18. Bezirk beschlossen - also gegen die Stimmen der GRÜNEN. Und soweit ich mich erinnere, waren Sie als Gemeinderat damals für die ÖVP tätig, also es wurde auch mit Ihrer Stimme so mitbeschlossen.

So oder so, die Zuständigkeit des Planungsressorts ist seit dem Jahr 2006 somit beendet. Über ein konkretes Projekt liegen der Magistratsabteilung 21 derzeit keine Informationen vor.

Mit der Ausweisung der öffentlichen Verkehrsfläche im gegenständlichen Abschnitt der Hockegasse als Fußweg ist eine Durchfahrt für Autos de facto nicht möglich. Damit ist lediglich eine Erschließung von anliegenden Grundstücken möglich. Zudem kann die Erschließung der bebaubaren Fläche östlich des Fußwegabschnittes angeordnet werden, sodass bei widmungsgemäßer Zufahrt keine maßgeblichen Beeinträchtigungen des Grünbestandes notwendig sind.

Die Errichtung einer Zufahrt ist weiters nur mit Zustimmung der grundverwaltenden Dienststelle, also des Stadtgartenamtes, möglich. Konkrete Baumaßnahmen müssen im Zuge eines baubehördlichen Verfahrens bei der zuständigen Magistratsabteilung 37 eingereicht werden. Sollte der widmungsgemäße Ausbau der Verkehrsfläche Hockegasse im Zuge eines Bauvorhabens geplant sein, fällt diese Maßnahme in die Zuständigkeit des Bezirks.

Das heißt, für die gegenständliche Angelegenheit sind der Bezirk selbst - insofern der Herr Bezirksvorsteher selbst - zuständig, das Stadtgartenamt, das in die Zuständigkeit eines anderen Ressorts fällt, sowie die Magistratsabteilung 37, die ebenfalls in die Zuständigkeit eines anderen Ressorts fällt. Mir ist schleierhaft, warum Sie diese Frage an mich richten.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr GR Dr Aigner. - Bitte.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (Klubungebundener Mandatar): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister!

Ich habe mich darauf bezogen, dass es Medienberichte gegeben hat, dass eine Bürgerinitiative eben die Befürchtung hegt, dass es hier zu einer Zufahrt durch den Hockepark kommt und dass Sie darauf auch entsprechend repliziert haben. Es ist natürlich auch eine Frage, die mit der Stadtplanung zu tun hat.

Meine Zusatzfrage geht jetzt dahin: Das Semmelweis-Areal ist ja ein sehr wichtiges Areal, auch ein sehr umstrittenes Areal, wo es darum geht, einerseits neue Nutzungen zu finden und auf der anderen Seite auch eine wichtige Grünfläche in einem mittlerweile ja auch recht stark bebauten Gebiet aufrechtzuerhalten.

Wir haben auf der einen Seite das Projekt der Schule, auf der anderen Seite jetzt die Wohnbebauung. Daher meine Frage an Sie als Planungsstadträtin: Gibt es weitere Überlegungen, das Semmelweis-Areal einer zusätzlichen Bebauung zuzuführen, außer denjenigen, die jetzt schon geplant beziehungsweise in der Pipeline sind?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Mir sind keinerlei solche Überlegungen bekannt. Und weil Sie meinen, Sie haben die Frage gestellt auf Grund dessen, dass es eine mediale Berichterstattung gegeben hat: Diese bezieht sich allerdings auf vergangene Planungen und nicht auf aktuelle und nicht auf künftige.

Also, noch einmal: Die Planung, auf deren Basis sozusagen jetzt eine Bebauung möglich ist, erfolgte vor dem Jahr 2006. Die Beschlüsse im Wiener Gemeinderat erfolgten im Jahr 2006. Da sie seinerzeit ohne Zustimmung der GRÜNEN - die als einzige Fraktion nicht zugestimmt haben - erfolgt sind, ist es, glaube ich, für jeden ersichtlich, dass wir das jetzt auch in der Retrospektive nicht unterstützen würden. Also wir hielten das bereits damals für einen nicht geeigneten Ort, eine Bebauung zu ermöglichen.

Dennoch, die Faszination: Man kann sich die Gemeinderatsprotokolle aus 2006 anschauen, man kann die Reden nachlesen, man kann alles finden, warum und wieso die GRÜNEN damals der Meinung waren, dass es kein adäquater Ort für eine Bebauung ist. Dennoch - wir leben in einem Rechtsstaat -: Die rechtlichen Grundlagen sind geschaffen worden. Derjenige, der jetzt sozusagen am Zug ist mit einer Entscheidung, inwieweit eine Zufahrt gestattet wird oder nicht, ist übrigens der Bezirk. Umso mehr wundert es mich, warum es hier Aufregung seitens des Bezirksvorstehers gibt hinsichtlich eines Bereichs, der in seine eigene Zuständigkeit fällt. Wenn er das nicht wünscht, dann soll er es nicht ermöglichen. - Das ist alles, was ich dazu zu sagen habe.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 2. Zusatzfrage stellt Frau GRin Mag Anger-Koch. - Bitte schön.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Grüß Gott, Frau Stadträtin!

Sie haben jetzt gerade in Ihrer Ausführung auf den Bezirksvorsteher verwiesen und gesagt, dass der jetzt

quasi zu beeinträchtigen hat. - Das hat er getan. Er hat das Bauprojekt im Bezirk beeinträchtigt, und auch bei den geplanten Baumfällungen hat er das beeinträchtigt.

Ich möchte schon daran erinnern: Sie reden hier die ganze Zeit von 2006 und davon, dass Sie quasi damals nicht mitgestimmt haben, aber Sie tun auch jetzt nichts dagegen oder dafür, dass gerade im Bereich Hockepark beziehungsweise auch in der Zone dort, wo die Kinder in die Schule gehen, nichts gemacht wird. Ich möchte trotzdem daran erinnern - es geht ja auch um Baumfällungen -, dass Sie sich auch damals vor etwa fünf Jahren, als das Ernst-Happel-Stadion umgebaut wurde und auch Baumfällungen vorgenommen wurden, an Bäume gekettelt haben. Das heißt, es war eine ganz andere Maßnahme, die Sie dort gesetzt haben. Und jetzt schweigen Sie im Bezirk und unterstützen auch nicht den Bezirksvorsteher.

Jetzt meine Frage: Es muss einen Plan B geben, wenn es Bürgerinitiativen gibt, wenn auch der Bezirksvorsteher das beeinträchtigt hat. Was tun die GRÜNEN - wie Sie es eben gerade gesagt haben, Sie sind verantwortlich dafür - dafür oder dagegen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, Sie bringen zwei Dinge durcheinander. Ich stehe hier nicht als Vorsitzende der Partei der GRÜNEN, sondern als Stadträtin für Planung, Stadtentwicklung und Verkehr.

Also: Die Zuständigkeit des Planungsressorts - einmal mehr - existiert nicht. Ich versuche, Sie vielleicht auch ein letztes Mal darüber aufzuklären, wie solche Abläufe im Wiener Gemeinderat und auch insgesamt in der Wiener Verwaltung überhaupt gestaltet sind:

Zunächst einmal gibt es Überlegungen, ob eine Neuwidmung sinnvoll und zulässig ist. Dann wird erörtert, auch unter Berücksichtigung der Meinung des Bezirks, inwieweit eine neue Widmung sinnvoll und zulässig ist und im Sinne des Allgemeinwohls erfolgen kann. Irgendwann nach Ende eines in der Regel eineinhalbjährigen bis zweijährigen Verfahrens entscheidet der Wiener Gemeinderat darüber, ob eine neue Widmung erlassen wird. Und ab dem Zeitpunkt, wo eine Widmung gültig ist, rechtsgültig ist, erwachsen wiederum demjenigen, der ein Grundstück besitzt, Rechtsansprüche, auf deren Basis er dann auch eine Bebauung vornehmen kann. Ab diesem Zeitpunkt liegen sämtliche Punkte, die eine Bebauung, ein konkretes Bauprojekt betreffen, nicht mehr in der Zuständigkeit meines Ressorts.

Für die Baubewilligung ist Herr StR Ludwig zuständig. Wenn Sie der Meinung sind, dass es in diesem Bereich gilt, irgendetwas zu unternehmen, das in der Zuständigkeit des Stadtrates liegt, ersuche ich Sie daher, sich an Herrn StR Ludwig zu wenden. Für den ganzen Bereich, der das Stadtgartenamt betrifft, ist Frau StRin Sima zuständig. Daher ersuche ich Sie, sich mit Frau StRin Sima in Verbindung zu setzen. Als Planungsstadträtin verfüge ich über keinerlei Kompetenz, in diesem Bereich Einfluss zu nehmen.

Wenn Sie mich nun fragen, ob ich als GRÜNE vor

habe, mich vor dem Baum anzuketten, um ihn zu retten, dann schlage ich vor, Sie fragen mich später am Gang, und das beantworte ich Ihnen ganz privat. Das hat hier im Wiener Gemeinderat nichts verloren. *(Beifall bei den GRÜNEN und von GRin Nurten Yilmaz.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die nächste Zusatzfrage stellt Herr GR Ing Guggenbichler. - Bitte schön.

GR Ing Udo **Guggenbichler** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Guten Morgen, Frau Stadträtin! Ich finde es schon phänomenal von Ihnen, dass Sie sich da jetzt abputzen und sagen, Sie haben im Jahr 2006 dagegen gestimmt. Wir hatten ja auch eine Abstimmung zum Verkauf dieses Areals, und es war ja damals schon vorgesehen und auch zugesagt, dass der Bezirk in die Nachnutzung dieses wichtigen Areals in Wien eingebunden wird. Diese Einbindung hat laut meinen Informationen nicht besonders gut funktioniert. Eine Bürgerbeteiligung gibt es nur auf einem kleinen Teilstück, aber nicht in dem Bereich, wo die Firma at home momentan ihre Bauwerke macht.

Ich habe auch gehört - weil Sie sagen, Sie haben so gar nichts damit zu tun -, dass Sie die Bürgerinitiative zu sich ins Büro eingeladen haben und dort dieses Projekt der 49 Luxuswohnungen dieser Bürgerinitiative - aber erst in der Endphase, ohne dass es die Möglichkeit einer Mitsprache gegeben hätte - auch präsentiert haben. Das dürfte ja dann doch irgendwie in Ihre Zuständigkeit fallen.

Und nun zur Frage, die ich Ihnen jetzt auch stellen darf: Es ist ja vor Kurzem erst bei der Bauverhandlung aufgefallen, dass es diese Zufahrtsmöglichkeit nicht gibt. Die dürften Sie aus irgendwelchen Pfuschergründen bei der Projektpräsentation vergessen haben. Sie haben genau dieses Areal im Jahr 2011 auch unterpreisig verkauft, nämlich unter 600 EUR. Wir haben ja, die ÖVP und die FPÖ, damals dagegen gestimmt - falls Sie das auch wissen -, das ist ein rot-grüner Verkauf. Dieser Verkauf liegt momentan auch bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft auf und wird dort behandelt, weil ein direkter Nachbar genau jener Gutachter ist, der diesen Preis festgestellt hat, und Sie - beziehungsweise ein Fraktionskollege von Ihnen, der Kollege Maresch meines Wissens - damals auch gesagt haben, dass auf Grund vieler Bäume dort keine große Bebauung möglich ist und deswegen auch dieser Preis so günstig ist.

Darf ich Sie jetzt fragen: Wo liegen die konkreten Planungsunterlagen auf, damit man das einsehen kann? Und wie viele Bäume werden dort noch gefällt?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Sie scheinen falsche Informationen zu haben. Es hat vor vielleicht zwei Jahren bei mir ein Treffen mit den Bürgerinitiativen gegeben. Das Thema drehte sich allerdings nicht um die konkrete Bebauung, sondern grundsätzlich um ihr Anliegen, dass das Areal der Semmelweisklinik weiterhin zugänglich bleibt, dass es nutzbar bleibt, dass hier zusätzliche Verbauung vermieden wird, dass es offen gemacht wird auch für Initiativen des Gärtnerns, die ja derzeit sehr beliebt sind, und vieles

Weitere mehr.

Ich habe ihnen zugesichert, dass ich mich dafür einsetzen werde, dass es in diesem Zusammenhang ein Bürgerbeteiligungsverfahren gibt. Und ja, auch ich, muss ich an dieser Stelle sagen, bin etwas enttäuscht, denn: In diesem Zusammenhang sind diejenigen, die zuständig sind dafür, ihre Zustimmung zu geben, damit ein derartiges Bürgerbeteiligungsverfahren möglich ist, ja diejenigen, die derzeit entweder über Eigentumsrechte oder über Pachtrechte über das Areal verfügen. Es war daher bis jetzt leider nicht möglich, von allen Beteiligten, die Rechte über das Areal haben, die Zustimmung zu erhalten, damit ein derartiges Beteiligungsverfahren stattfindet. Wir sind sehr dahinter. Und ich hoffe sehr, dass hier insbesondere die Betreiber der Musikschule, die bis jetzt nicht erreichbar waren für ein derartiges Beteiligungsverfahren, eine entsprechende Haltung an den Tag legen und oder überhaupt ihre Erreichbarkeit, wenn man so will, für dieses Thema sicherstellen, damit wir hier auch weiterkommen können.

Seitens des Bauwerbers, der jetzt dieses Bauprojekt in Angriff nehmen möchte, besteht jedenfalls grundsätzlich Offenheit. Das ist sozusagen jetzt einmal Teil 1.

Eine andere Sache ist all das, was Sie angesprochen haben im Zusammenhang mit dem Kauf der gegenständlichen Fläche. Ich weise Sie darauf hin, dass für sämtliche Verkäufe von Flächen, die vorher im Eigentum der Stadt Wien lagen, Herr Kollege StR Ludwig zuständig ist, und ersuche Sie daher, die entsprechenden Fragen an ihn zu richten.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 3. Anfrage. Wir sind damit schon fertig.

Wir kommen nun zur 4. Anfrage (FSP - 03614-2013/0001 - KVP/GM). Sie wurde von Frau GRin Mag Holdhaus gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt gerichtet. *(Das Kontrollamt hat bei einer Prüfung der MA 56 feststellen müssen, dass bei der Mülltrennung bzw der Abfallentsorgung in den städtischen Einrichtungen - im speziellen in den Volksschulen - ein massives Verbesserungspotenzial besteht. Bei einer Unterstützung für sortenreine Trennung könnten Verbesserungen bis zu 500 % erzielt werden. Trotz aller bereits seit 1994 offensichtlich existenten Planungen zur Mülltrennung entnahm das Kontrollamt den von der MA 48 übermittelten Auflistungen, dass nur an rund 40 % der Wiener Schulen lediglich Restmüll und Altpapier getrennt werden würden. Entsprechende Müllbehälter für sortenreine Trennung stünden den Schülern oft bzw gar nicht zur Verfügung. Speisereste würden nur an Schulen mit Mittagsverpflegung gesammelt und entsorgt. Weiters mussten auch massive Informationsmängel festgestellt werden, wie ua mangelhafte bis keine Kenntnis seitens der Schuldirektionen über die gemäß § 10 Abfallwirtschaftsgesetz 2002 verpflichtende Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten. Wie werden Sie als für Abfallwirtschaft zuständige Stadträtin die MA 56 verstärkt unterstützen, um die bestehenden und festgestellten Mankos zu beseitigen?)*

Bitte, Frau Stadträtin.

Amts StRin Mag Ulli **Sima**: Einen schönen guten Morgen!

Die Verpflichtungen und Gebote im Abfallrecht, insbesondere eben jene zur Abfalltrennung und ordnungsgemäßen Entsorgung von Abfällen, richten sich an jene Personen, die Abfälle erzeugen oder Anlagen betreiben, in denen die Abfälle anfallen. Hinsichtlich der städtischen Schulen liegen die Verantwortung und somit auch die Umsetzung dieser ganzen Maßnahmen demnach bei der MA 56 - die nicht zur Geschäftsgruppe Umwelt gehört, wie Ihnen sicher bekannt ist, weswegen der Kontrollamtsbericht auch nicht in unserem Bereich besprochen worden ist. Von dieser ist auch dafür Sorge zu tragen, dass die vor Ort mit der Abfallwirtschaft betrauten Personen über die abfallrechtlichen Verpflichtungen ausreichend informiert und geschult sind.

Die MA 22 und die MA 48 können in diesem Bereich nur unterstützend tätig sein, was wir auch seit einigen Jahren machen. Und ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass wir in diesem Bereich auch mit einem Umweltpreis ausgezeichnet worden sind: Das Umweltmanagementprogramm für die Pflichtschulen der Stadt Wien, PUMA-Schulen, hat am 26. Juni 2013 die Auszeichnung als UN-Dekadenprojekt „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ verliehen bekommen. Diese Auszeichnung wird durch die österreichische UNESCO-Kommission in Kooperation mit dem Lebensministerium und dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur vergeben und weist, glaube ich, darauf hin, dass ich auch in den letzten Jahren hier einiges zum Positiven entwickeln konnte.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 1. Zusatzfrage stellt Frau GRin Mag Holdhaus. - Bitte schön.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Selbstverständlich ist die MA 56 beziehungsweise bei Kindergärten die MA 10 zuständig. Trotzdem muss es in Ihrem Interesse sein, dass Ihre Ideen und Projekte wie PUMA oder andere Projekte der MA 22 nicht nur bei Preisverleihungen reüssieren, sondern auch in die Praxis umgesetzt werden. Die Fakten sind nämlich ganz anders. Das hat der Kontrollamtsbericht ja eindeutig gezeigt, und das sollte auch nichts Überraschendes sein; denn es gibt ja auch eine Untersuchung aus dem Jahre 2010, die von Ihnen gemeinsam mit dem Österreichischen Ökologie Institut durchgeführt wurde, welche sehr intensiv die Thematik betrachtet hat, wie man Mülltrennung in den öffentlichen Einrichtungen, Kindergärten und Schulen verbessern kann.

Bereits damals, nämlich 2010, kam dieses Institut zu den gleichen Ergebnissen wie jetzt der Kontrollamtsbericht. Das heißt, es ist richtig, von der Verantwortung her liegt es bei der MA 56; aber ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie sich als zuständige Umweltstadträtin mit Initiativen, die am Papier einen guten Eindruck machen, aber nicht umgesetzt werden, zufriedengeben können.

Aber meine Frage geht jetzt in eine weiterführende Richtung. Wenn man von Mülltrennung spricht, so haben Sie heuer eine sehr gute und wichtige Kampagne dazu

initiiert, nämlich „Verputzen statt verschwenden“. Es ist ja wirklich traurig, dass so viele Lebensmittel in den Müll kommen, nämlich in den Restmüll: 70 000 Tonnen Lebensmittel kommen jährlich in den Restmüll.

2004, also vor genau 10 Jahren, hatten Sie ebenfalls eine Kampagne, nämlich „Das Mistmonster ist eh schon zu blaad.“, und auch damals waren 70 000 Tonnen an Lebensmitteln im Restmüll. Das heißt, nach 10 Jahren Kampagnen, Aufklärung in den Schulen gibt es noch immer keine Veränderung und keine Reduzierung der Lebensmittelsituation im Restmüll. Sind Sie mit dieser Bilanz zufrieden, oder gibt es da auch eine andere Verantwortung?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Ich kann in diesem Zusammenhang sagen, dass es, meine ich, ein gutes Zeichen ist, dass diese Menge nicht weiter gewachsen ist, obwohl es in Wien einen Bevölkerungszuwachs gegeben hat. Wir sind konstant bei diesen Tonnen geblieben. Aber es ist kein einfaches Problem, weil wir da eigentlich nur über die Bewusstseinsstufe arbeiten können. Wir können also nichts anderes tun, als den Leuten klarzumachen, wie viel das eigentlich ist, das weggeworfen wird.

Dabei handelt es sich, und das finde ich ja besonders erschreckend, meistens um original verpackte Lebensmittel. Wir kennen diese Situation, leider, ich will mich da selber gar nicht ausnehmen: Man geht einkaufen, man nimmt das Packerl, man tut es in den Kühlschrank, und drei Wochen später stellt man fest, dass man leider vergessen hat, es zu konsumieren – ich denke, das werden wir alle hier kennen –, und versucht dann zumindest, dieses richtig zu entsorgen.

Ich glaube, da muss man einfach beim Einkaufen ansetzen. Und das ist sehr schwer in einer Zeit, wo man eben Dreierpackungen sehr günstig bekommt. Immer wieder heißt es: Kauf drei, zahl eins. Wir kennen das ja alle aus den Supermärkten. Es wird versucht, einfach sehr viel an Masse an die Konsumenten und Konsumentinnen abzusetzen. Wir kaufen das auch alle dann sehr gern. Das beweist ja der Erfolg solcher Aktionen, nur landet das dann letztendlich im Müll.

Was wir immer wieder dramatisch und drastisch versuchen, den Menschen näherzubringen, ist, dass das für jeden Haushalt eine Summe von 400 EUR bedeutet. Das heißt, da gibt es nicht nur ein ökologisches, sondern auch ein ökonomisches Argument, da kann jeder von uns eigentlich sehr viel einsparen. Das kann man nur immer wieder in Erinnerung rufen.

Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass auch das Lebensministerium zu diesem Thema eine große Kampagne gemacht hat, weil das natürlich eine Herausforderung ist. Aber es gibt wenig andere Maßnahmen als die Bewusstseinsbildung – ja, wir haben auch versucht, mit Supermärkten etwas zustande zu bringen –, die in diesem Bereich greifen. Wir werden einfach versuchen, dieses Thema verstärkt immer wieder ins Bewusstsein zu bringen, denn auch das kennen wir alle: Es gibt eine Kampagne. Man denkt sich, oh, Wahnsinn, man berück-

sichtigt das dann vielleicht bei drei bis fünf Einkäufen, und dann gerät das wieder ein bisschen in Vergessenheit.

Das heißt, das ist ein Thema, wo man wirklich auch dran bleiben und schauen muss, dass das eben nicht so schnell wieder in Vergessenheit gerät, auch angesichts der großen finanziellen Summe, die das bedeutet.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die nächste Zusatzfrage stellt GRin Frank. – Bitte.

GRin Henriette **Frank** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Stadträtin!

Wir haben ja am Freitag voriger Woche das Thema ausgiebig mit Herrn StR Oxonitsch diskutiert, wobei Sie gesagt haben, da gehört es auch hin. Aber was dabei auffiel, war, dass zum Beispiel in 60 Prozent der Schulen überhaupt keine Biotonnen sind. Nun sagen Sie, das ist nicht mein Bereich, das ist Schulbereich. Aber es gäbe da die Möglichkeit, dass man zumindest in der näheren Umgebung entsprechend Biotonnen aufstellt. Da ist bestimmt Nachholbedarf gegeben. Man sollte dann vielleicht auch gemeinsame Projekte starten.

Sie kennen vielleicht auch den Spruch – so hat es bei uns geheißen –: Alles, was nicht gegessen wird, nimmst du mit nach Hause. Dann wäre ja schon mal der Müll weg. Oder, wenn daneben wo eine Biotonne ist, dann sollte man das zumindest ordnungsgemäß entsorgen. Das habe ich vermisst.

Er hat gemeint, das sei eine Kostenfrage, das würde sich nicht rentieren. Dann frage ich jetzt auch Sie, wie Sie dazu stehen. Denn ich glaube, wenn es um eine nachhaltige Erziehung geht, dann sollte man das nicht unbedingt gleich in die Kostenfrage umleiten.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Also, was bei den Schulen an biogenen Abfällen weit mehr ins Gewicht fällt als das, was die Schüler mitbringen, sind die biogenen Abfälle im Küchenbereich. Da hat es ja eine tolle Maßnahme gegeben. Es gibt ja schon 80 Schulen bei uns, die Mittagsverpflegung haben – es hat ja nicht jede Schule eine Mittagsverpflegung –, die jetzt mit der Küchentonne ausgestattet worden sind. Das heißt, da konnten wir einen Großteil der biogenen Abfälle auch für die Biogasanlage rekrutieren.

Bei der Biotonne muss man ein bisschen aufpassen, denn man kann nicht alles von der Jause hineinwerfen. Wenn ich eine Wurstsemmel habe, so gehört Fleisch nicht in die Biotonne. Ich weiß daher nicht, ob das die zufriedenstellende Lösung für alles ist.

Aber wir versuchen natürlich, die Schulen zu unterstützen. Bei allen Schulneubauten ist es sowieso kein Thema, dass es einen eigenen ausgestatteten Müllraum gibt; aber wir haben auch viele historische Gebäude, wo es eben Platzprobleme gibt, Logistikprobleme, Stockwerke, kein Lift und so weiter, wo es sozusagen aus historischen Gründen schwieriger ist.

Wir haben aber seit 2010 eine App und auch einen Online-Plan, in dem man die nächsten Sammelseln – die im Regelfall von jedem Standort in Wien nicht weiter als 250 m entfernt sind – einsehen und in weiterer Folge

auch mitnutzen kann, wie das ja sozusagen die normalen Bürgerinnen und Bürger auch tun. Sie werden, wenn sie keinen Garten haben, auch keine Biotonne zu Hause haben. Das heißt, auch da gibt es durchaus die Möglichkeit mitzutun.

Wir haben ja auch viele Schulprojekte laufen, weil wir natürlich versuchen, die Kinder schon in den Kindergärten und in den Schulen eben für Umweltschutz im weitesten Sinne – das betrifft jetzt nicht nur die Mülltrennung, sondern viele andere Bereiche auch – zu involvieren und zu begeistern. Aber am Ende des Tages muss natürlich jede einzelne Schule dann schauen, dass sie das für sich auch logistisch abwickelt. Das ist etwas, das die MA 48 nicht leisten kann. Sonst habe ich keine Straßenkehrer mehr, sondern nur Leute, die sich darum kümmern.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Nun kommt die 3. Zusatzfrage. Sie wird von GRin Mag Holdhaus gestellt. – Bitte schön.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Stadträtin!

Vielleicht war das vorhin ein bisschen ein Missverständnis, was die Lebensmittel im Restmüll angeht. Selbstverständlich kann man damit argumentieren, dass es nicht mehr geworden ist. Aber es geht darum, dass immer noch so viele Lebensmittel im Restmüll sind. Das heißt, es geht um die Trennungsquote. Die findet offensichtlich nicht statt.

In den Schulen, muss man schon sagen, dass man – ich weiß es jetzt nicht, ich habe es mir herausgesucht – bereits 1994 seitens des Stadtschulrates empfohlen hat, in allen Unterrichtsräumen die Möglichkeit zu bieten, den Müll zu trennen in Altpapier, biogene Abfälle, PET-Flaschen und so weiter.

Dann frage ich Sie als Umweltstadträtin, die viele Initiativen in diese Richtung macht: Warum ist es so schwierig, in den Schulen auf den Gängen oder in den Klassen den Schülern die Möglichkeit zu bieten, damit sie eben nicht weit gehen müssen, sondern diese Möglichkeit vor Ort haben? Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.

In jeder Schule, in der ich bisher war, erfahre ich, wenn ich mit Schülern und Schülerinnen spreche: Es ist sozusagen das Angebot nicht da, dass sie trennen könnten, und das wäre ja das Einfachste. Also ich weiß nicht, was da 20 Jahre lang so kompliziert und so schwierig ist, dass man viel Geld in Informationskampagnen setzt, aber es nicht schafft, in den Schulen den Kinder adäquate Trennmöglichkeiten zu bieten.

Werden Sie in dieser Angelegenheit die Kooperation suchen, oder sind sie mit dem Zustand zufrieden?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin!

Ich würde Ihnen gerne einmal die Grundspielregeln hier im Haus erklären. Sie können mich gerne Sachen fragen, für die ich nicht zuständig bin, das nächste Mal reden wir dann vielleicht über die Wiener Linien oder über andere Gebäude. Ich bin für die Schulen und die

Schulhaltung nicht zuständig. Deswegen war ich auch nicht im Kontrollausschuss, als dieser Bericht besprochen worden ist. Deswegen kann ich Ihnen auch keine Details dazu sagen.

Ich kann Ihnen aber gerne sagen, dass wir als MA 48 und MA 22 die Schulen mit sehr vielen konkreten Projekten, Anregungen und Schulungen der Schulwarte und alles unterstützen. Aber warum in einer Schule auf dem Gang ein Kübel steht oder nicht, das kann ich Ihnen nicht beantworten, weil ich nicht zuständig bin. Sie können mich auch zu anderen Themen nicht fragen, wenn ich dafür nicht zuständig bin.

Es gibt so Grundregeln – der Herr Klubobmann Ihres Klubs wird Ihnen das sicher gerne erklären –, dass man Politiker grundsätzlich zu ihrem Zuständigkeitsgebiet befragt, wo sie per Weisungen et cetera die Möglichkeit haben, konkrete Aufträge zu erteilen. Das habe ich bei den Schulen nicht. Ich kann gerne unterstützen. Das tun wir auch seit vielen Jahren. Das äußert sich in einem positiven Preis, den wir für dieses Umweltprojekt bekommen haben; und darüber hinaus bitte ich Sie, die Frage an diejenigen zu stellen, der dafür zuständig ist. – Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Frau Stadträtin für die Beantwortung der 4. Frage. - Sie haben vollkommen recht mit dieser Äußerung.

Wir kommen nun zur 5. Frage (*FSP - 03095-2013/0001 - KFP/GM*). Sie wurde vom Herrn GR Univ-Prof Dr Frigo gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales gerichtet. (*Der Rechnungshof kritisiert in seinem Bericht über das AKH die um bis zu 60% teureren Spitalsaufenthalte gegenüber anderen Spitälern, die häufigen Bettensperren, die wiederum hohe Kosten verursachen u.v.m. Ursache dafür ist die nicht klar geregelte Aufgabenverteilung zwischen der Stadt Wien und dem Bund. Welche konkreten Schritte haben Sie bereits gesetzt, um, wie vom Rechnungshof gefordert, eine gemeinsame Betriebsführung rasch umzusetzen?*)

Bitte schön.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Danke schön, Herr Vorsitzender. Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Sie fragen mich, welche konkreten Schritte ich gesetzt habe, um die vom Rechnungshof geforderte, gemeinsame Betriebsführung rasch umzusetzen. Ich kann Ihnen dazu sagen, dass der Rechnungshof in seinem Bericht „Zusammenarbeit Bund-Länder im Gesundheitswesen am Beispiel des AKH Wien“ eine Reihe von Empfehlungen abgegeben hat, und dass die Empfehlungen bereits im Rahmen des gemeinsamen Projekts der Medizinischen Universität Wien und der Teilunternehmung AKH des KAV umgesetzt werden.

Das Projekt „Universitätsmedizin Wien 2020“ bringt Weichenstellungen, Strategien und Innovationen, die exakt und transparent vorbereitet sind und in Abstimmung mit den Projektauftraggebern – das bin auf der einen Seite ich und ist auf der anderen Seite der Herr Bundesminister Töchterle – konsequent umgesetzt werden sollen.

Da wird dem AKH Wien eine europaweite Vorreiter-

rolle in der Patientenversorgung ebenso wie in der Forschung und in der Lehre zugeordnet. Man kann diese drei Bereiche auch nur gemeinsam sehen und in Zukunft gemeinsam planen und steuern.

Das AKH Wien und die Medizinuniversität haben gemeinsam eine europaweite Spitzenstellung in der Patientenversorgung. Und um auch in Zukunft die Bedeutung der Universitätsmedizin Wien zu gewährleisten, haben die Rechtsträger des AKH, die Stadt Wien einerseits und die Medizinuniversität andererseits verbindliche Grundsätze und Eckpunkte für die zukünftige Zusammenarbeit festgelegt. So wird es ab Anfang 2015 erstmals in der Geschichte des AKH eine gemeinsame Betriebsführung geben. Wir sind bereits jetzt dabei, eine gemeinsame Personalplanung vorzubereiten und die Leistungsplanung wird auch eine gemeinsame sein.

Die unterzeichnete Vereinbarung ist damit das erste konkrete Ergebnis eines Veränderungsprozesses, den Bundesminister Töchterle und ich 2011 in Auftrag gegeben haben. „Universitätsmedizin Wien 2020“ ist auch ein Projekt von beiden Trägern. Ich bin sehr hoffnungsfroh, dass wir das umsetzen werden, mit allen Hürden, die uns dabei auch noch im Weg sind, die wir überspringen oder umschiffen werden müssen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 1. Zusatzfrage stellt GR Dr Frigo. – Bitte.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke für die Beantwortung. Ich möchte an dieser Stelle auch mein Beileid ausdrücken.

Ich möchte angesichts der aktuellen Personalsituation, des Engpasses am AKH Wien beziehungsweise an der Uni Wien folgende Frage stellen: Welche akuten Maßnahmen, Übergangsmaßnahmen planen Sie?

Sie wissen ja, das Budget reicht nicht aus wegen der Nachtdienste. Auf Grund der neuen Betriebsvereinbarung gibt es da große Probleme. Nicht nur beim ärztlichen Sektor, auch bei den Schwestern und beim sonstigen Personal. Gibt es da akute Übergangspläne? Denn 2015 ist schon ein bisschen weit und 2020 ist sehr weit. Planen Sie dementsprechend auch akute Maßnahmen, um diesem Personalengpass entgegenzutreten?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin!

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Da muss man sich immer auch die Frage stellen, wo diese Meinung des angeblichen Engpasses herkommt. Ich höre in dieser Frage ganz besonders einen Institutsvorstand, der sich sehr herausragend zu diesem Thema äußert und der auch nicht davor zurückschreckt, seine eigene Arbeit schlechtzumachen, indem er sagt, das gehe sozusagen alles den Bach hinunter. Da muss man sich auch überlegen, wie man da mit den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und deren Tätigkeit umgeht.

Eine Veränderung der Betriebsvereinbarung ist eine Sache, die die Medizinuniversität betrifft. Ich denke, dass das wichtig ist, aber das ist ein Ratschlag von meiner Seite und nicht meine Verantwortung oder Kompetenz. Denn wenn wir jetzt dabei sind, die gemeinsame Betriebsführung vorzubereiten, müssen wir ganz genau hinschauen, wo etwas notwendig ist und wo nicht.

Dass man, wenn etwas weniger wird, schreit, und dass man, wenn man etwas bekommt, es auch nimmt, dieser erste Reflex überrascht mich jetzt nicht besonders. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass man die Patientinnen und Patienten da nicht verunsichert. Und ich glaube dem Grunde nach, dass die Arbeitszeitregelung, die die MUW jetzt in der Betriebsvereinbarung für die Ärztinnen und Ärzte vorsehen wird, ein guter Schritt ist, weil er insbesondere auch die Assistenzärztinnen und -ärzte entlastet.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die nächste Zusatzfrage stellt Frau GRin Korosec. – Bitte schön.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Sie haben den Rechnungshofbericht genannt. In diesem Bericht kritisiert der Rechnungshof auch sehr stark das neue Kinder-OP-Zentrum. Da wird erstens kritisiert, dass es noch immer keine Endabrechnung gibt. Das ist 2012 eröffnet worden. Wir haben damals eine Anfrage gestellt. Auch uns wurde mitgeteilt: Endabrechnung liegt noch nicht vor. Aber man rechnet mit etwa 5 Millionen EUR Mehrkosten. Der Rechnungshof hat dann auch sehr kritisiert, dass es keine Personalplanung zeitgerecht gegeben hat, und eine ganz eine Reihe von anderen Dingen.

Frau Stadträtin, da sind eklatante Fehler passiert. Wie handeln Sie jetzt? Und wann können wir mit einer Endabrechnung jetzt tatsächlich rechnen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin!

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Was das Kinder-OP-Zentrum betrifft, ist hier die Entscheidung getroffen worden – und zwar nicht nur die Entscheidung der Stadt Wien, weil das ja ein gemeinsames Projekt in der AKH-Errichtung noch war, also ARGE-AKH. Sowohl der Bund als auch die Stadt Wien haben sich auf Expertenebene dazu entschieden, das Kinder-OP-Zentrum größer zu bauen, als derzeit der Bedarf ist, und zwar wissend und vor dem Hintergrund, dass es einfacher, kostengünstiger und effizienter ist, nicht in der Minute, aber prospektiv für die Zukunft.

Eine ähnliche Entscheidung haben wir – und da liegt die Entscheidung bei der Stadt Wien und der Gebietskrankenkasse – auch vor einigen Jahren getroffen, nämlich das Dialysezentrum betreffend. Auch da haben wir gewusst, das wird zu Beginn nicht voll ausgelastet sein. Aber wir wussten, in welche Richtung es gehen wird und wie sich der Bedarf in den nächsten Jahren, und zum Teil kann man auch sagen, in Jahrzehnten, entwickeln wird, dass wir da zusätzliche Ressourcen brauchen werden. Und damit man nicht später noch einmal weiterbauen muss, wurde die Entscheidung getroffen, da größer zu bauen.

Zur Frage, wann die Endabrechnung fertig ist, kann ich jetzt keine Auskunft geben. Aber das kann man sicher dann im nächsten Gemeinderatsausschuss bei einer Frage erwähnen, beziehungsweise können Sie das auch gern über mein Büro herausfinden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die

nächste und letzte Zusatzfrage stellt GR Dr Frigo. – Bitte.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Wenn Sie sagen, die Betriebsvereinbarung sei Sache der MUW, so muss ich Ihnen trotzdem eine letzte Frage dazu stellen. Es geht ja auch um die Schwestern. Und wenn ich mir jetzt die Statistik für Mitte September anschau – als Wissenschaftler bin ich ein Mensch der Zahlen –, so gibt es im AKH 2 003 systemisierte Betten; wenn ich mir da aber so einen Tagesstand anschau, so waren 609 Betten gesperrt. 609 Betten von 2 003, fast ein Drittel der Betten gesperrt, die meisten auf Grund von Schwestern- und Ärztemangel.

Jetzt frage ich Sie, Frau Stadträtin: Kennen Sie diese Zahlen? Sie können mir jetzt nicht sagen, es war da aber noch keine Rede oder war gerade die Rede von der Betriebsvereinbarung. Dementsprechend glaube ich schon, dass es Akutmaßnahmen braucht. Sie haben ja im Kinderbereich schon eine gesetzt. Ich frage Sie trotzdem: Denken Sie da zum Beispiel an ein neues Dienstrecht für die Schwestern? Ist so etwas angedacht?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin!

Amtsfr StRin Mag Sonja **Wehsely**: Die Frage, die Sie stellen, hat aus meiner Wahrnehmung, aber das liegt vielleicht an mir, mit dem, was Sie vorher beschrieben haben, nichts zu tun. Ich erlaube mir, ein paar Sätze zu dem, was Sie beschrieben haben, zu sagen, weil das sonst ganz dramatisch klingen könnte.

Der Grund dieser sogenannten Bettensperren liegt großteils darin, dass wir im AKH immer noch – aber das wurde schon mit der Änderung des Regionalen Strukturplanes Gesundheit anders beschlossen, und zwar im April des heurigen Jahres und wird jetzt Schritt für Schritt umgesetzt, umgesetzt wird es sein im Jahr 2014 – eine Unterschiedlichkeit haben zwischen systemisierten Betten, also Betten, die aufgestellt sein könnten, und tatsächlichen Betten – also Betten, die wirklich da sind.

Da ist immer schon, das ist überhaupt nichts Neues, die Zahl der systemisierten Betten deutlich höher als jene der Betten, die wirklich da sind. Wirklich da sind, heißt, man geht durchs Spital und schaut: Wo steht ein Bett? Bei den tatsächlichen gibt es auch immer welche, die gesperrt sind. In der Regel nicht, weil sozusagen großer Personalmangel herrscht, sondern wenn zum Beispiel Patientinnen und Patienten besonderen Schutz brauchen oder Dinge infektiös sind, werden dann auch – das brauche ich Ihnen nicht zu erzählen, ich sage es nur, weil die anderen nicht Ärztinnen und Ärzte sind – Abteilungen gesperrt.

Aber der absolut große Teil, das, was Sie als Bettensperren hier beschreiben, liegt an diesem System von systemisierten und tatsächlichen Betten. Dieses System wird bald ein Ende haben. Auf der rechtlichen Ebene hat dieses System schon ein Ende, weil die Landesregierung im April des heurigen Jahres dieses Institut der systemisierten Betten, das ein Wiener Unikum war und das es Jahrzehnte gegeben hat, abgeschafft hat.

Zur zweiten Frage des Dienstrechtes. Ich glaube nicht, dass es ein neues Dienstrecht gibt, aber wir müssen ganz genau hinschauen, ob die derzeitige Art des

Dienstes für die Frage der Versorgung, aber auch für die Frage der Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – weil wir ja auch da und dort ein Problem mit Krankenständen haben – wirklich die beste Art und Weise ist. Wir haben von der Zahl her in keinem anderen Krankenhaus in Österreich eine derartige Dichte – das wird immer gemessen per 100 Betten –, und zwar sowohl, was Ärztinnen und Ärzte als auch, was diplomiertes Krankenpflegepersonal betrifft.

Da muss man genau hinschauen. Auch das ist ja das Ziel der gemeinsamen Personalplanung: nämlich ob sowohl Ärztinnen und Ärzte und diplomiertes Krankenpflegepersonal wirklich immer genau dort ist, wo es gebraucht wird, oder ob da nicht ein Gießkannenprinzip – im Sinne einer vermeintlichen Gerechtigkeit, die aber am Ende des Tages keine ist – dazu führt, dass im Bereich A zu viele sind und dafür im Bereich B zu wenig. Ich glaube, dass es das Wichtigste ist, genau hinzuschauen und da in Zukunft auch differenziertere Zuteilungen zu machen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Ich bedanke mich für die Beantwortung der 5. Frage. Die Fragestunde ist damit geschlossen und wir kommen zur Aktuellen Stunde.

Der Klub der Sozialdemokratischen Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Vor 90 Jahren Beginn des kommunalen Wohnbaus in Wien“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt. Ich bitte den Erstredner, Herrn GR Dr Stürzenbecher, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist.

GR Dr Kurt **Stürzenbecher** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Seit 90 Jahren gibt es den weltweit anerkannten sozialen Wohnbau in Wien. Das ist durchaus Anlass, gewisse historische Verdienste zu würdigen, aber noch mehr ist es uns Anlass, die gegenwärtigen Anstrengungen auf diesem Gebiet noch weiter zu verstärken und vor allem diesen sozialen Wohnbau in die Zukunft erfolgreich und kreativ fortzuschreiben. Insofern ist das eine sehr aktuelle Sache und eignet sich auch sehr gut für die Aktuelle Stunde.

Ich werde auch den Schwerpunkt auf die jüngere Vergangenheit und Gegenwart setzen, weil es eben darum geht, zu sehen, wie dieses Erfolgsmodell – seit 90 Jahren wird es betrieben, weil immer demokratische Verhältnisse waren in Wien – in die Zukunft fortgeschrieben werden kann.

Das muss man sehen vor dem Hintergrund einer Weltfinanzkrise, die hoffentlich ihren Höhepunkt überschritten hat, aber noch nicht zu Ende ist. Wir haben noch immer schwierige Rahmenbedingungen, und StR Michael Ludwig setzt große Schritte damit wir eben den sozialen Wohnbau in Wien auch in Gegenwart und Zukunft erfolgreich gestalten.

Denn man muss sich immer wieder bewusst sein: Die Wohnung ist die zweite Haut des Menschen, und ein menschenwürdiges Leben ist nur möglich, wenn man auch eine menschenwürdige Wohnung hat. Diesen Grundsatz hat man in Wien immer, wenn demokratische Verhältnisse waren, besonders hoch geschätzt. Und ich glaube, dass man da auch Erfolge erzielt hat, die wirklich weltweit anerkannt werden. Immer wenn ausländische Delegationen bei uns sind oder wenn wir im Ausland darüber referieren, hat man sehr, sehr großen Zuspruch, wenn ich etwa an die jüngere Vergangenheit und die Gegenwart verweise.

Diese Bauträgerwettbewerbe, die die Gegenwart des sozialen Wohnbaus ausmachen, mit den vier Parametern Wirtschaftlichkeit, Ökologie, Architektur und soziale Nachhaltigkeit – das Letzte von StR Ludwig eingeführt und besonders hervorgehoben – haben sich als geeignete Instrumentarien erwiesen; und es ist einfach eine Tatsache, dass wir auf diesen sozialen Wohnbau, so wie er vor 90 Jahren entwickelt, konzipiert worden ist und wie er heute noch immer ist und fortgeschrieben wird, wirklich stolz sein können! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Man denke nur, was für Themenbauten wir auf Basis dieses Bauträgerwettbewerbes haben: Thermensiedlung Oberlaa, Autofreie Mustersiedlung, Frauenwerkstatt, Sargfabrik, interethnische Wohnbauprojekte. Ich kann jetzt natürlich in dieser kurzen Redezeit nur Stichworte der Projekte aufzählen, die unsere Gegenwart prägen: Donau-City, Wohnpark Alte Donau, Hochhaus von Coop Himmelb(l)au, Wohnpark Neue Donau – Harry Seidler hier der große Architekt –, Wienerberg-City, Heller-Park, Bombardier-Gründe in Floridsdorf, Bereich der Wilhelmkaserne im 2. Bezirk, Kabelwerk in Meidling, die kooperative Planung dabei! Dann Eurogate, die größte Passivhaussiedlung Europas.

Allein diese Fülle zeigt schon, wie sehr wir auch die Gegenwart gestalten. Gegenwart und Zukunft: Der Nordbahnhof. *(StR DDR Eduard Schock: Aber kein einziger Gemeindebau, Herr Kollege!)* Rudolf-Bednar-Park: 10 000 Wohnungen sind hier vorgesehen. Dabei die innovativen Wohnbauten im Sonnwendviertel und die Smart City – Smart Housing Seestadt Aspern, um auch das zu erwähnen. Das alles sind Sachen, die sich sehen lassen können, und darauf sind wir stolz. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – StR DDR Eduard Schock: Aber kein einziger Gemeindebau, Herr Kollege! Wo ist der Gemeindebau?)*

Ökonomisch ist es eben vernünftiger, jetzt den sozialen Wohnbau so zu gestalten, wie wir es machen, nämlich in Kooperation mit gemeinnützigen Wohnbauträgern; weil wir so noch mehr soziale Wohnungen bauen können als in der Vergangenheit auf Basis der gegenwärtigen Verhältnisse. Seestadt Aspern: sechs Baugruppen gleichzeitig. Das Smart-City-Konzept ist gegenwärtig eine Garantie für die soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Keine andere Stadt in Europa kennt diese Kontinuität an sozialer Nachhaltigkeit. Da muss ich den StR Ludwig zitieren, der gesagt hat:

„Es gibt keine andere Stadt in Europa, die über eine derartige Kontinuität der sozialen Wohnungspolitik ver-

fügt und diese auch nicht aufgegeben hat, als der Zeitgeist Neoliberalismus und Privatisierung diktierte.“ *(StR DDR Eduard Schock: Aber kein einziger Gemeindebau!)* „Die Stadt bekennt sich zu den Gemeindebauten und hat im Gegensatz zu vielen anderen Städten zu keinem Zeitpunkt einen Verkauf dieses kommunalen Eigentums in Erwägung gezogen, weil das der Spekulation und dem Steigen der Mieten massiv Vorschub leisten würde“. Also das ist das Zitat. Wir haben dem Neoliberalismus standgehalten, und deshalb können wir die Früchte dieser Politik heute ernten! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

220 000 Gemeindewohnungen, 200 000 weitere geförderte Wohnungen, 60 Prozent der Wienerinnen und Wiener wohnen im sozialen Wohnbau. Angefangen hat es, weil wir damals auch in den 1920er Jahren Mut hatten zur neuen sozialen Verantwortung, zu innovativer Kreativität. Auch damals schon haben die Großdeutschen und die Christlich-Sozialen gehetzt gegen diese Politik, haben den Finanzstadtrat Breitner bis auf das Letzte verleumdet und die übelsten Methoden angewandt. Aber man hat das durchgezogen, nämlich mit der Bevölkerung und gegen den Widerstand der reaktionären Parteien. Nur deshalb konnte das Rote Wien entstehen.

Man stelle sich vor: 1919 hatten 5 Prozent der Wiener Wohnungen fließendes Wasser, 7 hatten elektrisches Licht. Die Tuberkulose war die „Wiener Krankheit“. Und dagegen hat das Rote Wien den sozialen Wohnbau aufgezogen, wobei Ihre Vorgänger immer dagegen waren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Und das muss auch wieder gesagt werden: So wie Sie heute gegen unsere Politik sind, waren Sie auch damals gegen die Gemeindebauten des Roten Wien. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Wir waren für Mieterschutz, gesetzliche Mietzinsabgaben und zweckgebundene, kräftige Wohnbausteuern. Diese Wohnbausteuern, die die Reichen belastet haben, haben den Armen und den Arbeitern wirklich viel gebracht. Das war der richtige Weg, wäre übrigens auch heute der richtige Weg.

Der Gemeinderat hat am 21. September 1923 das erste Wohnbauprogramm beschlossen, beim Metzleinstaler Hof wurde das umgesetzt. Jede Wohnung hat ein Vorzimmer, eine Toilette sowie Wasser- und Gasanschluss, mit ausgezeichneten Gemeinschaftseinrichtungen, die ich jetzt nicht alle aufzählen will in der Kürze der Zeit. Über den Musterbau, den Karl-Marx-Hof, haben die Christlich-Sozialen in ihrer Zeitung geschrieben: „Dieser Bau wird in wenigen Wochen einstürzen, so ein großer Bau kann nie Bestand haben.“ – Er hat Bestand bis heute! Karl Seitz hat damals gesagt: „Wenn wir einst nicht mehr sind, werden diese Steine für uns sprechen.“ – Und sie sprechen nach wie vor für uns! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Mag Wolfgang Jung: Mit der Rede können Sie ins Wien Museum gehen, aber nicht in den Gemeinderat!)*

Diese Mauern sprechen nach wie vor für uns, und zwar nicht nur die historischen, sondern eben auch alle gegenwärtigen, die ich hier aufgezeigt habe. Und genauso wie wir damals gegen den Widerstand der rechten

Parteien das soziale Wohnbauprogramm durchgesetzt haben, setzen wir es jetzt fort mit unseren grünen Bündnispartnern. Nach 1945 – ich kann jetzt in den wenigen Minuten nicht die ganze Geschichte genau erzählen, die Kollegin Hatzl wird das dann fortsetzen – haben wir nach dem Faschismus und Krieg 117 000 Wohnungen gehabt, die zerstört waren, ein Fehlbestand. Bis 1958 hat man das wieder aufgebaut. In den 1960er, 1970er, 1980er Jahren: Schöpferwerk, Alt-Erlaa, Tamarisken-Gründe, Traviata-Siedlung, also großartige Bauten.

Als wir im Juni dieses Jahres in Frankfurt, einer Weltstadt, die Ausstellung „Wiener Wohnbau. Innovativ. Sozial. Ökologisch.“ eröffnet haben, hat dort die „Frankfurter Allgemeine“ geschrieben: „Machen wir es den Österreichern nach!“ Das ist in der „Frankfurter Allgemeinen“ gestanden! Es ist also wirklich ein Erfolg.

Diesen sozialen Wohnbau muss man aber auch durchsetzen gegen Bestrebungen mancher Kreise in der Europäischen Union. In der Europäischen Union gibt es Verschiedenes: soziale Gedanken, aber auch neoliberale, die den sozialen Wohnbau nur auf die ganz Armen beschränken wollen und uns vorschreiben wollen. Da werden wir den sozialen Wohnbau, der die großen Kreise der Bevölkerung bis weit in die Mittelschichten umfasst, verteidigen und werden ihn weiter durchsetzen; weil er erfolgreich ist und weil er einfach gut ist!

In diesem Sinn kann ich abschließend sagen: Der soziale Wohnbau in Wien hat nicht nur eine großartige Vergangenheit, er hat eine große Gegenwart und die rot-grüne Stadtregierung wird alles daran setzen und ist erfolgreich darin, diesen im Interesse der BürgerInnen Wiens in die Zukunft fortzusetzen. Wir sind erfolgreich dabei. – Danke schön. (*Anhaltender Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist GR Walter zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Vorsitzender! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Also wenn ich mir den Kollegen Stürzenbecher so anhöre, dann wundert es mich eigentlich, dass er nicht bis in die Steinzeit zurückgegangen ist, als Menschen angefangen haben, in Höhlen zu wohnen. (*Zwischenruf von GR Dr Kurt Stürzenbecher.*) – Ja, da würde ich aber empfehlen, bei der Aktuellen Stunde die Zeit des Erstredners auf mindestens eine halbe Stunde auszudehnen, dann könnte man so über die ganze Historie ein bisschen zurückschauen. (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Ich habe zu zwei Drittel über Aktuelles gesprochen!*) – Ja eh. Nein, du hast ganz kurz ein paar Themen aufgezählt, und dann bist du wieder in die Historie gegangen, also komm!

Im Übrigen, die Themenbauten sind ja alle schön und gut. Du hast auch die Wienerberg-City erwähnt, aber dass der Wienerberg abgesehen von einem Bus heute noch immer nicht g'scheit verkehrstechnisch erschlossen ist, das hast du nicht erwähnt. Dass Eurogate die größte Passivhaussiedlung Europas ist, ist auch super, aber ob das etwas mit dem sozialen Wohnbau zu tun hat, bin ich

mir noch nicht so ganz sicher.

Im Übrigen, wenn du sagst, du willst heute die Früchte aus dem Neoliberalismus ernten (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Dass wir dem standgehalten haben!*), dann muss ich dir schon ganz deutlich widersprechen. Erstens hat die Gemeinde Wien auch schon einige Bauten verkauft. Wie du weißt, hat der Rechnungshof schon mal empfohlen, die ganzen Mischhäuser zu verkaufen. Im Übrigen haben wir schon des Öfteren diskutiert über die gemeindeeigenen Reihenhäuser, die im Wesentlichen wesentlich günstiger sind als zum Beispiel die Siedlungswohnhäuser, die jetzt ja um einiges teurer geworden sind. Dann frage ich mich nur, wo die soziale Gerechtigkeit hier bleibt!

Wenn du sagst, dass die Christlich-Sozialen gegen sozialen Wohnbau gehetzt haben, dann muss ich dir schon ganz deutlich widersprechen. Vielleicht erinnerst du dich daran, dass die Christliche Nothilfe genau in diesen Jahren gegründet wurde und dass daraus das heutige ÖSW herausgegangen ist, speziell nach dem Zweiten Weltkrieg. Also ich würde sagen, mein Lieber ... (*Zwischenruf von GR Siegi Lindenmayr.*) – Nein, das stimmt ja gar nicht, dann müsst ihr ein bisschen mehr Geschichte auch von anderen lernen und andere akzeptieren, denn eines ist auch klar: Der Kollege Stürzenbecher hat nämlich auch die Wohnbausteuer von Breitner erwähnt, aber die Wohnbausteuer wurde ja nicht nur von den Reichen bezahlt, sondern auch von anderen. Auch heute zahlen wir alle, wie du weißt, einen Wohnbauförderungsbeitrag (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Die Reichen 35 Prozent, die anderen 2 Prozent!*), und ich glaube nicht, dass man als eine Partei, sprich, die SPÖ, hergehen und so tun muss, als ob das nur der SPÖ gehört. Noch gehören die kommunalen Wohnbauten allen Fraktionen und allen Menschen und BürgerInnen dieser Stadt, mit Verlaub gesagt! (*Beifall bei der ÖVP und von GR Ing Bernhard Rösch.*)

Ob am Hugo-Breitner-Hof oder am Karl-Seitz-Hof oder am Karl-Marx-Hof, da stehen in der Regel die Gründerväter, hätte ich fast gesagt, der Sozialistischen Partei oben. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass da auf irgendeinem Bau oben steht, Eigentum der SPÖ (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Ist es auch nicht!*), sondern es steht maximal oben: Eigentum der Stadt Wien. – Und das sind mit Verlaub alle Menschen, die hier wohnen!

Aber jetzt komme ich zur Aktuellen Stunde, mein lieber Kollege. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ist wirklich aktuell!*) Nein, es geht sich aus, denn ich bin kurz und schnell, ich mache das auch so wie er.

Im Übrigen, Herr Kollege Stürzenbecher, auch Ausschussvorsitzender! Ich hätte 5 Punkte für dich, wo du im sozialen Wohnbau sofort etwas tun kannst. Du weißt, dass die gemeinnützigen Wohnungen, wenn sie ausfinanziert sind, im Moment einen Richtwert von 3,29 EUR haben, und die Gemeindewohnungen, wenn sie ausfinanziert sind, haben einen Richtwert von 5,16 EUR. Also könnten wir sofort etwas tun im sozialen Wohnbau. (*Beifall bei der ÖVP und von GR Dominik Nepp.*)

Auch beim Weitergaberecht, auch beim erweiterten Weitergaberecht, können wir etwas tun. Dass die Ge-

meindewohnungen heute zum Großteil innerhalb der SPÖ-Familie vererbt werden, ist auch kein Geheimnis. Das können wir sofort abschaffen, und es kommen wieder viel mehr soziale Wohnungen auf den Markt.

Drittens: Was ist mit dem Eigentum? Seht euch die geförderten Eigentumswohnungen der letzten Jahre an! Bisher war es immer Usus, Vielfalt in dieser Stadt zu haben. Und wenn der Kollege Hundstorfer damit argumentiert, dass so viel Wohnbeihilfe oder Grundsicherung in Wien bezahlt werden muss, weil es so wenig Eigentumsbildung gibt, dann hat das wohl auch einen guten Zusammenhang.

Als Letztes möchte ich euch noch sagen: Ein umfassendes Immobilienmanagement, dass man einmal weiß, welche Flächen es in Wien gibt, welche Trägerschaft welche Flächen besitzt, wie man sie sinnvoll managen kann, wie es weitergehen kann – das würde auch dazu beitragen, etwas Gutes daraus zu machen. Im Übrigen: Die schönen Smart-Wohnungen, die die ÖVP einmal als Startwohnungen bezeichnet hat, auch die werden am Ende des Tages nicht alles sein können.

Zum Abschluss erwähne ich einen kleinen Gedanken.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Bitte den Gedanken kurz zu fassen, die Redezeit ist abgelaufen.

GR Norbert **Walter**, MAS (*fortsetzend*): Bin schon fertig, Herr Kollege. Abraham Lincoln hat einmal gesagt: „Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, wenn ihr die Starken schwächt.“ – Danke.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist Herr GR Mag Chorherr zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Meine Damen und Herren! Neulich gab es einen interessanten Blog-Beitrag. Ich habe jetzt keine Taferln mit, darum halte ich Ihnen das nicht vor die Augen. Da werden französische Schlösser, ein Schloss in Belgien, Château Miraval, mit 45 Zimmern und Nebenräumen, stellen Sie sich ein riesengroßes Schloss vor, mit Appartementspreisen in New York, wo es einen freien Markt gibt, verglichen. Wir sehen dieses riesige Schloss – für Interessierte stelle ich dann gerne die URL zur Verfügung –, und daneben sehen wir, was man sich in New York um dieses Geld kaufen kann. Wo der freie Markt im Wohnungsbereich zugeschlagen hat, kann man sich für ein riesiges Schloss ein 120-m<sup>2</sup>-Appartement kaufen, wo man laut Beitrag in die Küche nicht einmal einen Tisch stellen kann.

Welche sozialen Konsequenzen es hat, dem freien Markt hemmungslos im Bereich des Wohnbaus Platz zu geben, sieht man nicht nur in New York. Das ist übrigens eine Stadt, die ich sehr schätze. Mit meinem deutlich überdurchschnittlichen Einkommen, wie hier 99 andere, könnte ich mir dort keine Wohnung leisten. Dort gibt es bereits Wohnungsangebote mit unter 10 m<sup>2</sup>, die nachgefragt werden, wenn Leute dort studieren wollen, und diese Entwicklung haben wir überall auf der Welt. Die haben wir abgeschwächt auch in London, die haben wir deutlich abgeschwächt, aber auch beängstigend, in

München, in anderen Städten.

Das heißt, überall dort, wo nicht der Staat deutlich eingreifend feststellt. Eigentum hat im Wohnungsbereich stark reguliert zu werden!, fahren wir in unglaubliche Ungerechtigkeiten zu Lasten des sozialen Zusammenhalts und auch zu Lasten der Ökologie und der Lebensqualität. Denn wenn du dir in der Stadt eine Wohnung nicht mehr leisten kannst und jeden Tag 100 km pendelst, egal, ob mit Auto oder U-Bahn, ist das eine Verschlechterung der Lebensqualität.

Deswegen ein vorbehaltloses Ja zu dem, was Kollege Stürzenbecher gesagt hat; und ich glaube, dass wir darüber hinausgehend noch mehr darüber nachdenken müssen, wie es auch andere Länder tun, nämlich im Bereich der Bodenpolitik.

Das Thema Gerechtigkeit ist heute eines der zentralen Themen, wenn nicht das zentrale Thema. Von Ihrer Seite kommen ja Vorschläge: Im sozialen Wohnbau sollen bitte gefälligst nur die sozial Schwachen leben. – Dann bitte ich Sie, einen kleinen Ausflug nach Paris zu machen und zu sehen, was passiert, wenn in einigen wenigen eng begrenzten Gebieten ausschließlich sozial Schwache, arbeitslose Menschen leben, die nicht so leicht Anschluss finden. Das sind Brandsätze, meine Damen und Herren!

Nicht nur weil sie unser Koalitionspartner sind, sondern auch weil wir viele Diskussionen haben, wir sind zwei unterschiedliche Parteien, möchte ich sagen: Aus der ganzen Welt kommen Menschen nach Wien und schauen: Wie ist das möglich, dass du deine Visitenkarte hergeben kannst, und der Bezirk, in dem du wohnst, nichts über den sozialen Status aussagt? Wiewohl es natürlich Unterschiede gibt ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Na ja ...*)

Nein! Sie sagen, na ja, man kann genauso im 11. oder im 15. Bezirk wohnen. Schauen Sie sich den 15. und den 20. Bezirk an. Das sind Bezirke, die sich jetzt sehr stark entwickeln – ich nenne speziell diese beiden –, wo Menschen aus allen Gesellschaftsschichten leben. Und nach Ottakring ziehen Menschen gerade hin, um eine gewisse soziale Vielfalt erleben zu können. Diese Durchmischung von reich und arm ist eine der größten Errungenschaften eines gerechten Wiens. Die ist nicht leicht weiterzuentwickeln, aber ich halte das für essentiell.

Ganz kurz noch zur Bodenpolitik, weil ich die für relevant halte und alle Länder der Welt davor stehen. Grund und Boden ist nicht vermehrbar. Darum sollen wir ganz stark unterstützen und fördern, dass wir eine städtische Bodenbewirtschaftung haben, die es nach wie vor ermöglicht, dass sozialer geförderter Wohnbau in wesentlichen Entwicklungsachsen, nicht nur am Stadtrand, sondern auch in Kernbereichen passiert. Ich nenne da den Nordbahnhof beziehungsweise den Nordwestbahnhof, wo in enger Kooperation mit Liegenschaftseigentümern es möglich ist, einen Großteil an leistbaren Wohnungen bereitzustellen.

Diese Entwicklung gilt es fortzusetzen, wir können nicht viel dagegen tun, dass leider, leider auf Grund einer weltweiten Entwicklung Reich und Arm sich auseinan-

derentwickeln. Wir sehen das an den Zahlen der Mindestsicherung, beziehungsweise daran, wie die explodieren. Aber in einem Bereich hat die Stadt einen Einfluss, und das ist eine sozial gerechte Wohnungspolitik. Da ziehen Rot und Grün in hohem Maß an einem Strang.

Da wir oft in Diskussionen in vielen Bereichen ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Herr Kollege! Ich bitte um das Schlusswort. Ihre Redezeit ist bereits abgeschlossen.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*fortsetzend*): Jetzt kommt der Schlusssatz. Danke, Herr Vorsitzender.

Gerade weil wir in vielen, oft auch peripheren Gebieten Diskussionen und Unterschiede haben, sollten wir hervorstellen, worüber wenig diskutiert wird, wo wir eine gemeinsame Politik haben, und das ist der Bereich einer sozial gerechten Wohnungspolitik. – Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Frank zu Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Henriette **Frank** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke. Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, dass ich nach meinen beiden Vorrednern hier ein paar Worte dazu sagen kann. Wir sind stolz auf das Rote Wien der 1920er, als es begonnen hat, wir sind stolz auf den sozialen Wohnbau. Stolz waren genau 18 Sozialdemokraten, denn die hat die Wohnsituation in Wien scheinbar interessiert, alle anderen waren nicht im Saal. Auch das möchte ich hier festhalten. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Der Herr Dr Stürzenbecher hat als ganz besondere Errungenschaft die Thermensiedlung und die Wienerberg-City genannt. Das sind zwei interessante Projekte, denn die Thermensiedlung wurde nie an die Therme angeschlossen und die Wienerberg-City nie wirklich attraktiv an den öffentlichen Verkehr angeschlossen. Das sind echte Fehlplanungen, die man hier im sozialen Wohnbau nicht zwingend als Projekte, auf die man stolz sein kann, anpreisen soll.

Aber, jetzt noch kurz zum Herrn Chorherr. Herr Chorherr, das Thema Schloss, das war ja wirklich grotesk! Heute werden Schlösser um 1 EUR verkauft, weil es sich überhaupt niemand leisten kann, sie zu erhalten. (*Beifall von GR Mag Wolfgang Jung.*) Die haben keine Heizung, die haben keine Sozialstruktur. Also das war schon sehr gelungen. Gut, wir freuen uns, lassen wir das.

Außerdem möchte ich festhalten: Sie haben gesagt, sozial Schwache, das heißt Arbeitslose. – Nicht jeder, der sozial schwach ist, ist arbeitslos! Bitte, das war vielleicht von Ihnen nur locker dahingesagt, aber ich möchte das schon ... (*GR Mag Christoph Chorherr: Ich habe einen Beistrich dazwischen gesetzt!*) – Okay, okay.

Aber jetzt zum eigentlichen Thema. Da möchte ich jetzt einmal sagen: Also in den letzten neun Jahren ist die Bevölkerung Wiens um 200 000 Menschen gestiegen. Und im Gegensatz zum Roten Wien der 1920er Jahre und dem Wohnbau, auf den wir wirklich stolz sein können – da hat man zwischen 1923 und 1925 25 000

Wohnungen errichtet –, schaffen Sie jetzt gerade einmal 3 500 Wohnungen im Jahr, obwohl die Bevölkerung rapide ansteigt!

Da kann man ja nicht mehr vom sozialen Wohnbau sprechen, der zudem so teuer ist, dass auch die Wohnbeihilfe um 50 Prozent gestiegen ist! (*GR Mag Christoph Chorherr: Die FPÖ hat in den letzten Sitzungen der Kommission gegen alle Projekte gestimmt!*) – Bitte, bekomme ich eine Minute dazu? Ich bin dran! Das ist meine Minute, Herr Chorherr! Sagen Sie es mir nachher!

Aber, es gehen wiederum von dieser gesamten Wohnbeihilfe auch 50 Prozent in den Gemeindebau. Das heißt, er ist ja nicht mehr so leistbar für die Menschen, wenn sie derartig hohe Beihilfen in Anspruch nehmen. Es geht mir hier auch oft nicht mehr um die soziale Komponente. Und auch das hat der Herr Dr Stürzenbecher gesagt. Jawohl, es geht um Projekte, die international herzeigbar sind. Aber da kann man um das viele Geld nur wenige machen, und dafür haben wir eine ellenlange Liste, wo mittlerweile über 30 000 Menschen jahrelang auf eine Sozialwohnung warten müssen. Das darf es in diesem Wien nicht geben!

Wenn der Herr Bgm Häupl sich bei jeder Wahl hinstellt und sagt, wir bauen im Jahr 10 000 Wohnungen, dann frage ich: Ja, wann machen Sie sie denn? Gesprochen ist viel, man müsste hier einmal auch zur Verantwortung gezogen werden, denn wir warten alle auf diese Wohnungen.

Und noch zur sozialen Komponente. Ich meine, wir statten die Häuser immer teurer aus, und die Leute können sich das nicht leisten. Aber selbst bei den Sanierungen der Altbauten – nehmen wir den Fall Rosensteingasse – müssen die Leute ausziehen, weil sie sich die erhöhten Mieten nicht leisten können. Das sind Fakten und hier soll man ansetzen, wenn man sich sozialen Wohnbau weiterhin groß auf die Fahnen heftet.

Ich möchte jetzt hier zum Schluss noch den Herrn Wurm zitieren. Ihr kennt ihn alle, und ich habe manchmal das Gefühl, er liest ziemlich genau meine Reden, denn ungefähr einen Monat später lese ich in einer Zeitung groß aufgeblasen, was ich gerade gesagt habe. Aber jetzt zitiere ich ihn: „Wie lange können wir das Fest, das wir im sozialen Wohnbau gefeiert haben, weiterfeiern? Wir leben hier über unsere Mittel. Wir haben uns in eine Qualitätsspirale hineinversteigen, die wir nur noch schwer bremsen können. Unter dem Titel einer noch höheren Qualität werden Dinge produziert, für die dann andere zahlen müssen.“ (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Deshalb haben wir die Smart-Wohnungen!*)

Es geht noch weiter: „Immer öfter werde nur für eine kleine gehobene Mittelschicht gebaut, die gerade noch in die Förderkategorien hineinfällt. Mehr Einfachheit sei notwendig, betont Wurm, auch wenn er wisse, dass dies bei Architekten unpopulär ist.“ Besonders interessant war dann der letzte Preis. „Die Baupreise sind wieder gesunken, aber in den Angeboten habe ich noch nichts davon gesehen.“ Was diese Angebote betrifft, darüber will ich mich jetzt nicht verbreitern, aber wir wissen, dass im sozialen Wohnbau, und vor allem, wenn es um Sanierung geht, sehr viel Einsparungspotenzial besteht.

Machen wir sozialen Wohnbau, die Freiheitlichen stehen dazu! Aber machen wir ihn auch so, dass sich ihn jene Leute, die ihn brauchen, auch leisten können! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich der Herr GR Dr Aigner zum Wort gemeldet. – Bitte schön.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Aktuellen Stunde sollen natürlich in erster Linie aktuelle Probleme der Gegenwart besprochen werden, vielleicht auch mit einem Ausblick in die Zukunft. Der Herr Kollege Stürzenbecher hat weit in die Vergangenheit zurück ... *(Zwischenruf von GR Dr Kurt Stürzenbecher.)* – Ja. Nein, Herr Kollege Stürzenbecher, Sie sollten mich gut genug kennen, um zu wissen, dass meine Vorbereitungen bestenfalls aus ein paar Stichworten bestehen, denn im Unterschied zu vielen Mitgliedern Ihrer Fraktion bin ich in der Lage, auf aktuelle Themen auch ad hoc einzugehen. *(Beifall bei der FPÖ sowie von GRin Ingrid Korosec und GRin Ing Isabella Leeb.)*

Wenn man Ihrer Rede gefolgt ist, dann hat man fast das Gefühl, dass Sie traurig darüber sind, dass die Zustände nicht mehr so sind wie in den 1920er Jahren. Und ich bin eigentlich sehr froh, dass heute die Frage des sozialen Wohnbaus vom Grundsätzlichen her eben kein Streitthema mehr ist und dass wir nicht mehr Bauten errichten müssen, die eher Festungen gleichen, mit teilweise auch militärischen Anlagen, sondern dass das heute auf einer wesentlich friedlicheren Ebene vonstattengeht. Das ist eigentlich ein Fortschritt in einer demokratischen Entwicklung von der Ersten Republik in die Zweite Republik; und ich glaube, auch darauf können wir von der politischen Kultur her sehr stolz sein.

Trotzdem, der kommunale Wohnbau hat in sehr vielen Dingen Meilensteine gesetzt. Schauen Sie nur, wie schön die alten Bauten waren, wo auch so viel Grün geschaffen worden ist, wo Freiräume geschaffen worden sind. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es zum Beispiel in den 1970er Jahren sehr wohl auch architektonische Fehlleistungen gegeben hat, nämlich die Plattenbausiedlungen et cetera. Auch da gibt es also ein Auf und Ab, was das qualitative Niveau des kommunalen Wohnbaus anlangt.

Die aktuellen Probleme sind vielfältiger Natur. Ich glaube, die Menschen, die heute den kommunalen Wohnbau in Anspruch nehmen, interessieren sich eher dafür, was wir tun, um die gegenwärtigen Probleme zu lösen, als da sind: Wartelisten, teilweise Probleme bei den Renovierungen, bei den Vergaben immer wieder auch Fälle, die dann bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft landen – das sind Probleme, die hic et nunc zu lösen sind –, oder dass Menschen mit ihren Anliegen in irgendeinem Callcenter landen und so weiter, und ihnen eigentlich nicht wirklich geholfen wird.

Die Frage der sozialen Durchmischung stellt sich für heute vielleicht auch in der Problematik: Wie viele Neo-Österreicher aus anderen Kulturkreisen verträgt ein Gemeindebau? Auch da werden sehr viele Fragen aufgeworfen und nicht gelöst. Hier wird auch sehr viel unter

den Tisch gekehrt. Wir haben ja dann auch noch eine Integrationsdebatte. So viele Vereine können Sie gar nicht gründen und fördern, dass diese Probleme eigentlich nicht wirklich gelöst würden. Da gibt es natürlich auch Herausforderungen, und da kann man Ihnen dieses gute Zeugnis, das Sie sich selbst ausgestellt haben, bei Weitem nicht so ausstellen, wie Sie das getan haben.

Wenn Sie da jetzt den Neoliberalismus schon wieder als das Feindbild heranziehen und heraufbeschwören, dann frage ich mich schon: Wer hat denn in Salzburg mit Wohnbaugeldern spekuliert, sodass man bis heute nicht weiß, wie viel Hundert Millionen Euro versickert sind? *(GR Mag Wolfgang Jung: Jawohl!)* Welche österreichische Landeshauptstadt hat mit der ehemaligen Gewerkschaftsbank eine Zinswette abgeschlossen? Schadenspotenzial: eine halbe Milliarde Euro! Und wer verscherbelt teilweise hochwertige Grundstücke, die der Stadt Wien gehören, an SPÖ-nahe Bauträger, meine Damen und Herren? *(Beifall bei der FPÖ. – Amtsf StR Dr Michael Ludwig: Wo ist das?)* So wird das Semmelweis-Areal und so weiter zu einem Schnäppchen, und die Luxuswohnungen werden dann mit einem entsprechenden Schnitt weiterverkauft, und so weiter.

Also, meine Damen und Herren, der Neoliberalismus ist auch im eigenen Land da. Kehren Sie bitte, bevor Sie da Schwarz-Blau oder die Erste Republik, die Großdeutschen und die Christlich-Sozialen heranziehen, vor Ihrer eigenen Tür! Diese Epochen liegen Jahrzehnte zurück; aber die Spekulationsverluste im sozialistischen Einflussbereich müssen wir jetzt und in Zukunft abzahlen. *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ingrid Korosec.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich der Herr GR Ing Mag Bernhard Dworak gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Die SPÖ muss schon sehr die Vergangenheit bemühen, um die großartigen Leistungen des kommunalen Wohnbaus bis heute zu bejubeln. Bis 1934 wurden 65 000 Wohneinheiten aus den Mitteln der vieldiskutierten zweckgebundenen Wohnbausteuer errichtet. Diese Steuer machte damals rund 20 Prozent des jährlichen Gemeindebudgets aus. Heute gibt die Stadt Wien rund 650 Millionen EUR für die Förderung des Wohnbaus aus. Das sind nur mehr 5 Prozent des Budgets; und für den Neubau, um den es damals eigentlich gegangen ist, ist das gerade die Hälfte.

Aber heute wird ja ein Drittel bis die Hälfte von geförderten Wohnbauten durch die Stadt Wien durch das Wohnservice vergeben. Allerdings sind die derzeit gebauten Einheiten von über 6 000 deutlich weniger, als dies in der Stadt notwendig wäre. Wir haben einen jährlichen Zuzug von 25 000 bis 30 000 Menschen, und da ist die Zahl der durch den geförderten Wohnbau errichteten Wohnungen viel zu gering. Wir haben in den Jahren 2000 und 2001 rund 10 000 geförderte Wohnungen gehabt, und das ist jetzt auf rund 6 700 zurückgegangen. Dabei leistet man sich jetzt mit dem Projekt Smart-Wohnungen sozusagen einen kleinen Etikettenschwin-

del. Die Wohnungen waren früher deutlich größer, jetzt sind sie von den Quadratmetern her um rund ein Viertel geringer. Damit hat man natürlich auch eine geringere Wohnbauleistung.

Aber ich frage mich natürlich, wie die Wohnbauleistungen der Stadt Wien erhöht werden können. Es ist vielleicht die neue Wohnbauinitiative für Verbesserung von Dachgeschoßausbauten beziehungsweise Erleichterungen bei der Vorschreibung von weniger Garagen beziehungsweise bei deutlich mehr Sammelgaragen eine Chance, hier mehr zu leisten. Aber sicher ist natürlich auch – ich stehe nicht an, das zu diskutieren –, dass die Smart-Wohnungen eine Chance sind, mehr Wohnungen in dieser Stadt zu errichten.

Aber man hat, um auf diese 10 000 Wohnungen zu kommen, natürlich auch auf den privaten Markt gesetzt. Meine Damen und Herren, es ist nicht möglich, auf diesen privaten Markt zu setzen, denn das kann der private Markt einfach nicht leisten. Sie sollten meiner Meinung nach die Förderungen im privaten Bereich, im Eigentumsbereich erhöhen. Ich möchte frei nach Schillers Don Carlos enden und zwar: „Geben Sie Gedankenfreiheit, Sire!“, rufe ich nämlich dem Herrn Bürgermeister zu. Der Herr Bürgermeister sollte deutlich mehr das Eigentum fördern, denn dann wird ihm das der Markt vielleicht danken. – Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Ellensohn. Ich erteile ihm das Wort.

GR David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Nicht in allen Fragen ist dieses Haus so leicht aufzustellen wie in dieser Frage. Aber da ist es eben ganz einfach, wer für und wer gegen etwas ist, egal, welche Krokodilstränen zwischendurch wegen des kommunalen Wohnbaus zerdrückt werden. In dieser Frage ist es ganz einfach! Die ÖVP und FPÖ haben in der Vergangenheit bewiesen, was sie davon halten, wenn der Staat oder die Stadt kommunale Wohnungen günstig zur Verfügung stellt. *(Zwischenruf von GR Norbert Walter, MAS.)* Ich komme gleich dazu! – Die SPÖ hat jetzt jedenfalls seit 90 Jahren bewiesen, was sie davon hält, dass die Stadt eigene Wohnungen zur Verfügung stellt, und das haben die GRÜNEN, seit sie existieren, ebenfalls getan, und seit wir in der Regierung sind, ist das leicht zu sehen.

Die ÖVP und die FPÖ haben gemeinsam 60 000 Wohnungen, die im Staatseigentum waren, also quasi das Pendant zu Gemeindewohnungen, die dann halt Bundeswohnungen heißen, unter Preis verkauft. Da gab es Freunderlwirtschaft, das war gerichtsanhängig, eventuell gab es auch Parteienfinanzierung oder haben einzelne Leute etwas genommen. Die Unschuldsumutung gilt schon lange nicht mehr für alle, die mit diesem Fall beschäftigt waren.

In dem Moment, in dem der kommunale Wohnbau einem Konservativen in die Hände fällt, heißt es: Aus der Traum mit dem kommunalen Wohnbau! *(Zwischenruf von GR Norbert Walter, MAS.)* Deswegen ist es gut, dass Sie in Wien in dieser Frage nichts zu sagen haben!

Man erkennt ja auch genau den Geist, der dahinter-

steht: Wir reden darüber, ob die Leute sich das Wohnen leisten können. Und die Antwort der Volkspartei lautet: Wenn die Leute keine Mieten zahlen können, dann sollen sie sich Wohnungen kaufen, dann sollen sie Eigentum schaffen. – Wenn das meine Oma gehört hätte, dann hätte sie die Frage sehr lustig gefunden, wie sich das mit dem Geld ausgehen soll! Es können sich nämlich nicht alle Leute Eigentum kaufen – hier herinnen schon ein paar, aber sonst nicht –, daher ist das ganz sicher nicht die Lösung für die Misere, wie man den Problemen auf dem Wohnbaumarkt tatsächlich beikommt!

Der Wiener Gemeindebau ist beliebt, das sieht man auch an den langen Listen von Menschen, die gerne im Gemeindebau wohnen möchten. Tatsächlich ist es ja nicht so, dass alle aus den Gemeindewohnungen flüchten, sondern es gibt tatsächlich Zehntausende, die noch zusätzlich gern dort wohnen möchten. Warum sagen die nicht auch: Wir würden gerne in diesen schönen Mietwohnungen wohnen?!

Nehmen wir nur ein Beispiel: Christoph Chorherr hat ein Schloss, das wahrscheinlich nicht sehr brauchbar ist für die meisten, nicht einmal für Menschen hier herinnen. – Aber es wird jetzt auch eine ganz normale Mietwohnung, 80er Neubau, 77 m<sup>2</sup>, im „Kurier“ inseriert: Kalt, befristet, 77 m<sup>2</sup> zu 954 EUR Miete! Dabei ist rechtlich alles einwandfrei, das passt so. So sind die Regeln und Gesetze momentan! Für nicht einmal 80 m<sup>2</sup> wird fast ein Tausender Miete verlangt. Das passt, weil wir ein komisches Zuschlagssystem haben, das die ÖVP verteidigt, wobei ich von der FPÖ noch nichts darüber gehört habe.

Wir haben insgesamt ein Mietrecht, das den Vermietern großen Spielraum gibt und – umgekehrt – die Mieter und die Mieterinnen in die Armut jagt. Daher liegt die gesamte gesetzliche Verantwortung für leistbaren Wohnraum am Ende bei den Gemeindewohnungen, bei den Genossenschaftswohnungen, also bei denen, die Regeln machen und die Vermieter eingrenzen. *(Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb.)* Da sind Sie nicht dabei!

Da kommen immer wieder abenteuerliche Sachen im Zusammenhang mit den Betriebskosten, und dann wird die Frage gestellt: Wer ist schuld? – Es ist hier hinlänglich bekannt, und es ist schon so oft gesagt worden, dass es auf Grund der Wiederholung auch den entsprechenden Lernertrag geben könnte: Die Betriebskosten im Gemeindebau steigen in etwa wie die Inflationsrate, die Mieten im Gemeindebau steigen in etwa wie die Inflationsrate, die Kosten der Genossenschaften steigen in etwa wie die Inflationsrate. Die Kosten auf dem privaten Markt explodieren hingegen. *(GR Norbert Walter, MAS: Die Privaten werden sogar billiger!)*

Deswegen haben wir ein Problem! Und Sie haben schon recht: Wenn es leicht ginge, müsste man wahrscheinlich den Genossenschafts- und den Gemeindebauanteil noch weiter ausbauen. So wie wir momentan mit den ganzen wirtschaftlichen Gegebenheiten aufgestellt sind – die man sich ja nicht alle selbst gibt – ist es tatsächlich eine große Aufgabe, den Gemeindebau zu verteidigen, und zwar gegen eine ÖVP, die jedes Mal im Wahlkampf wieder auflegt, dass man das Ganze verkaufen soll, und gegen eine FPÖ, die, wenn sie die Möglich-

keit hat, in dieser Frage auf der falschen Seite aufzeigt. (*Zwischenruf von GRin Henriette Frank.*) Sie sind ja nur so lange dafür, so lange Sie nichts zu sagen haben! In dem Moment, in dem Sie dabei sind, wird das kommunale Gut verkauft! (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Was geschieht, wenn man den Gemeindebau verkauft, können alle gerne in Dresden nachverfolgen: Dort haben auch ein paar Schlaue geglaubt, dass man die kommunalen Wohnbauten verkauft und dass man dann schuldenfrei ist. – Das hat auch funktioniert. Der gesamte kommunale Wohnbau, jede einzelne Wohnung dort, wurde 2006 verkauft. Dann war man schuldenfrei. Kurzfristig schaut das super aus im Budget, genauso wie sich das Neoliberale und Konservative vorstellen. Mittlerweile ist der Wohnungsmarkt dort von den Preisen her explodiert, es kann sich keiner mehr etwas leisten, es ist schlimmer geworden. Es ist so schlimm wie bei uns auf dem privaten Wohnungsmarkt: Wenn der Staat oder die Stadt auf dem Wohnungsmarkt nicht eingreift, dann haben wir die Idylle der Konservativen, dann werden die Leute ausgenommen ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Kollege! Ihre Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte um den Schlusssatz.

GR David **Ellensohn** (*fortsetzend*): Wir sind froh, dass wir in Wien über 200 000, nämlich 220 000 Gemeindewohnungen haben, und wir werden gemeinsam mit unserem Koalitionspartner diesen Gemeindebau verteidigen. Rot-Grün wird diesen Gemeindebau verteidigen, auf dass in 10 Jahren hier Reden zum 100-jährigen Bestehen des Wiener Gemeindebaus stattfinden. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Mag Kasal. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine Damen und Herren!

Es geht um „90 Jahre kommunalen Wohnbau“, und wir haben in den Vorreden permanent vom „kommunalen Wohnbau“, weniger jedoch vom „sozialen Wohnbau“ gehört. – Damals, in den frühen 20er Jahren, hat es wirklich sensationellen Wohnbau in Wien gegeben: 5 500 Wohnungen wurden pro Jahr über einen längeren Zeitraum hindurch errichtet. Verantwortlich war damals Finanzstadtrat Hugo Breitner. Großer Respekt! Fraglos wurde damals viel geleistet, das ist nicht zu bestreiten.

Aber sollen wir uns in einer Aktuellen Stunde im Jahr 2013 auf einen Blick in die Vergangenheit beschränken? Haben wir in der Aktuellen Stunde nicht genug aktuelle Themen betreffend den Bereich Wohnbau, sozialen Wohnbau, Gemeindewohnungen und Wiener Wohnen zu besprechen? – Im Prinzip geht es um leistbares Wohnen, und beim leistbaren Wohnen sind wir auch schon bei den Gemeindewohnungen. Wir wissen, die Wohnungsmiete einer Gemeindewohnung setzt sich zusammen aus Hauptmietzins, Betriebskosten, besonderen Aufwendungen und Umsatzsteuer.

Damit sind wir gleich bei der ersten Frage: Hauptmietzins. Warum verrechnet die Stadt Wien beziehungsweise Wiener Wohnen bei neu vermieteten Gemeinde-

wohnungen – das sind rund 10 000 im Jahr – die Richtwertmiete, wozu es keine gesetzliche Verpflichtung gibt? Erschwerend kommt noch dazu: Warum wurde per 1.10.2012 diese Richtwertmiete noch um weitere 10 Prozent erhöht? Wo ist da der soziale Aspekt beziehungsweise der soziale Gedanke?

Der nächste Punkt betrifft die Betriebskosten. Ich habe mir – und das ist relativ unbedenklich – den Betriebskostenrechner der Mietervereinigung Österreichs und den Vergleichswert, der dort angegeben wird, angesehen: Der Wien-weite Durchschnittswert ohne Gemeinschaftsanlagen beträgt 20,04 EUR pro Quadratmeter und Jahr exklusive Liftkosten. – Damit ich nicht falsch zitiert werde: Ich spreche jetzt immer über das Jahr 2011, alle Zahlen die jetzt noch folgen, betreffen das Jahr 2011.

Ich habe mir dann angesehen, wie es in den Gemeindebauten diesbezüglich aussieht und habe gefunden, dass im 21. Bezirk, in der Aistgasse 8-30 Betriebskosten in Höhe von 26,64 EUR pro Quadratmeter und Jahr verrechnet werden. Noch einmal: 20,04 EUR ist der Vergleichswert beziehungsweise Durchschnittswert. Im 10. Bezirk, in der Quellenstraße 24b werden pro Jahr und Quadratmeter 27,29 EUR verrechnet. Und im 21. Bezirk, in der Siemensstraße 21-55 werden pro Jahr und Quadratmeter 28,09 EUR verrechnet.

Im Vergleich zum Wien-weiten Durchschnitt der Betriebskosten in Wohnungen ist das ein um fast 40 Prozent erhöhter Wert! Da besteht wirklich dringender Handlungsbedarf, und in diesem Zusammenhang kann ich den Herrn Stadtrat nur noch einmal ersuchen, eine transparente Vergleichsmöglichkeit aller Betriebskostenabrechnungen von Wiener Wohnen zur Verfügung zu stellen!

Aber was geschieht in dieser prekären Lage für die Mieterinnen und Mieter, für die Wienerinnen und Wiener? – Der Gaspreis wird um 9,8 Prozent erhöht. Die Fernwärme wird per 1.10.2012 um 17 Prozent erhöht. Der Kategoriemietzins allgemein wird um 5,5 Prozent, die Müllgebühren werden um 6 Prozent, die Kanalgebühren um 33 Prozent erhöht.

Gemäß dem sozialen Gedanken der SPÖ-Wien, der Wiener Stadtregierung, wurde bis 2012 ein Heizkostenzuschuss ausbezahlt. Seit 2012 gibt es diesen nicht mehr, sondern es gibt nur mehr den Energiekostenzuschuss. Da fallen 53 000 Wienerinnen und Wiener alljährlich um eine Beihilfe im wahrsten Sinne des Wortes um.

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Wir brauchen dringend neue Wohnbauten, nämlich neue Gemeindewohnungen in Wien, und zwar mindestens 5 000 pro Jahr! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau GRin Hatzl. Ich erteile ihr das Wort. GRin Eva-Maria **Hatzl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ich möchte mit der Aussage eines sozialdemokratischen Gemeinderates aus Simmering, Franz Rzehak,

beginnen. In Simmering so wie in vielen anderen Bezirken Wiens herrschte eine katastrophale Wohnungsnot. Laut bezirksärztlichen Zeugnissen, die zu Dutzenden auflagen, wurde bestätigt, dass die Kinder, wenn sie nicht in einer Wohnung mit ausreichend Licht- und Luftzufuhr wohnen, an Tuberkulose sterben. Deshalb wurde von den FürsorgerInnen darauf gedrängt, jenen Familien zu helfen. Leider konnte man aber fast nie helfen. Deshalb bekam die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien zentrale Bedeutung. Das Motto war: „Gesundes Wohnen, gesunde Menschen.“

Es wurden damals von der Stadtverwaltung zahlreiche Wohnhausanlagen mit Gemeinschaftseinrichtungen, wie Waschküchen, Kinderspielplätze, Bibliotheken, Vortragsräume, Klublokale, Arztpraxen, Freibäder, Gasthäuser und Geschäfte, gebaut. Mehr als 40 Prozent des jeweiligen Baugrundes wurden nicht verbaut, um ausreichend begrünte Innenhöfe gestalten zu können. Die Wohnungen waren somit hell und nach dem Prinzip „Licht, Luft, Sonne“ ein wesentlicher Faktor im zähen Kampf zur Ausrottung der Tuberkulose.

Nun jährte sich vor wenigen Tagen, am 21. September, die Verabschiedung des ersten Wohnbauprogrammes Wiens zum 90. Mal. Nachdem Wien am 1. Jänner 1922 ein eigenes Bundesland wurde, war durch die damit verbundene Steuerhoheit auch die Möglichkeit gegeben, den sozialen Wohnbau auf eine breite Basis zu stellen. Nach der Einführung einer zweckgebundenen Wohnbausteuer unter dem damaligen Finanzstadtrat Hugo Breitner im Jänner 1923 war der finanzielle Grundstein für das Wohnbauprogramm gelegt, das am 21. September 1923 vom Wiener Gemeinderat verabschiedet wurde. Darin wurde festgelegt, dass innerhalb von 5 Jahren zwischen 1924 und 1928 25 000 neue Wohnungen errichtet werden sollten. Bereits Ende 1926 war dieses ehrgeizige Ziel vorzeitig verwirklicht, sodass das Programm auf 30 000 Wohnungen ausgeweitet wurde und für die Jahre 1929 bis 1934 weitere 30 000 Wohnungen in Angriff genommen wurden. 1934 lebte bereits ein Zehntel der Wiener Bevölkerung in einer der rund 66 000 Gemeindewohnungen.

Seit über 90 Jahren wird der soziale Wohnbau in Wien durch die Maxime des leistbaren qualitativvollen Bauens geprägt. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Im Rahmen des sozialen Wohnbaus leben einerseits in rund 220 000 Gemeindewohnungen und andererseits in rund 200 000 mit Fördermitteln des Landes Wiens errichteten Wohnungen heute etwa 60 Prozent aller Wienerinnen und Wiener. Dieses große Angebot geförderter Wohnungen, das weltweit einzigartig ist, hat einen preisdämpfenden Effekt auf den gesamten Wohnungsmarkt der Stadt, wovon die gesamte Bevölkerung profitiert. Somit hat Wien dadurch im Vergleich mit anderen Metropolen relativ moderate Mieten.

Aber man darf auch den privaten Wohnbau nicht außer Acht lassen. Bei den 40 Prozent der Wohnungen, für welche Richtwertmiete oder frei vereinbarte Miete verlangt wird, sind die Preise nur auf Grund des hohen Anteils der kommunalen Mieten in Wien im Vergleich stabil. Aber gerade in diesem Bereich ist der Bundesge-

setzgeber gefordert, klarere Regelungen zu schaffen. Michael Ludwig hat dazu bereits Forderungen im Rahmen eines Transparenzgesetzes gestellt.

All das wird auch von der Tatsache bestätigt, dass Wiener Wohnen Europas größte Hausverwaltung ist. Sie bietet ihren Mietern ein umfassendes Service, das ständig weiterentwickelt wird. Mehr als 1,6 Millionen Menschen wohnen in Wien in rund 900 000 Wohnungen. Davon ist jede vierte eine Gemeindewohnung. Wien hat somit eine Hausverwaltung mit rund 220 000 Gemeindewohnungen. Es gibt keine andere Stadt in Europa, die über eine derartige Kontinuität der sozialen Wohnungspolitik verfügt, und diese wurde auch nicht aufgegeben, als der Zeitgeist Neoliberalismus und Privatisierung diktierte. Die Stadt bekennt sich zu den Gemeindewohnungen und hat im Gegensatz zu vielen anderen Städten zu keinem Zeitpunkt einen Verkauf dieses kommunalen Eigentums in Erwägung gezogen, weil das der Spekulation und dem Ansteigen der Mieten massiv Vor-schub leisten würde.

So gab es auch ein eindeutiges Ergebnis bei der Wiener Volksbefragung: 87 Prozent der Bevölkerung haben sich dafür ausgesprochen, dass die städtischen Wohnhausanlagen vor der Privatisierung geschützt werden sollen. Diese Tatsache wird somit vehement unterstrichen.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Werte Frau Kollegin! Ihre Redezeit ist bereits abgelaufen. Bitte zum Schlusssatz zu kommen!

GRin Eva-Maria **Hatzl** (*fortsetzend*): Wien wird seinen wohnpolitischen Weg weitergehen und den Wohnungsmarkt auch in Zukunft nicht ausschließlich marktwirtschaftlichen Kräften überlassen. Ein Verkauf des Wiener Gemeindewohnbaus kommt nicht in Frage, selbst wenn andere politische Kräfte das wollen. Wir Sozialdemokraten wollen das nicht! – Danke. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien sieben und des Klubs der Wiener Freiheitlichen drei eingelangt sind.

Vor Sitzungsbeginn ist von Gemeinderatsmitgliedern des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien ein Antrag eingelangt. Den Fraktionen wurde dieser Antrag schriftlich bekannt gegeben. Die Zuweisung erfolgt wie beantragt.

Von den GRen Dr Frigo, Mag Ebinger, Ing Rösch wurde ein Antrag an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales betreffend Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses gerichtet. Das Verlangen auf dringliche Behandlung dieses Antrages wurde von der notwendigen Anzahl von Gemeinderäten unterzeichnet. Gemäß § 36 Abs 5 der Geschäftsordnung wird die Besprechung des Dringlichen Antrages vor Schluss der öffentlichen Sitzung erfolgen. Ist diese um 16 Uhr noch nicht beendet, wird die Gemeinderatssitzung zur tagesordnungsgemäßen Behand-

lung des Dringlichen Antrages unterbrochen.

Von der Bezirksvertretung Mariahilf wurde ein Antrag betreffend Evaluierung der Dezentralisierung – Neuordnung der finanziellen Zuständigkeit für Schulsanierungen eingebracht. Dieser Antrag wurde der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke sowie dem amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport zugewiesen.

Die Anträge des Stadtsenates zu den Postnummern 3 bis 18, 22 und 24 gelten gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung als bekannt gegeben. Bis zu Beginn dieser Sitzung hat kein Mitglied des Gemeinderates zu diesen Geschäftstücken die Verhandlung verlangt. Ich erkläre daher gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung diese als angenommen und stelle fest, dass die im Sinne des § 25 der Wiener Stadtverfassung erforderliche Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates gegeben ist.

In der Präsidialkonferenz wurden nach entsprechender Beratung die Postnummern 1 und 2 zum Schwerpunkt-Verhandlungsgegenstand erklärt und gleichzeitig folgende Umreihung der Tagesordnung vorgeschlagen: Postnummern 1, 2, 23, 19, 20 und 21. Die Postnummern werden daher in dieser Reihenfolge zur Verhandlung gelangen.

Ich schlage vor, die Berichterstattung und die Verhandlungen über die Geschäftsstücke 1 und 2 der Tagesordnung, sie betreffen eine Förderung an den Verein Caritas der Erzdiözese Wien – Hilfe in Not sowie eine Subvention an die Initiative Minderheitenverein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten zusammenzuziehen, die Abstimmung jedoch getrennt durchzuführen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall, daher werden wir so vorgehen. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Hursky, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Christian **Hursky**: Bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke. Ich eröffne die Debatte. Ich erlaube mir anzumerken, dass der Erstedner jeder Fraktion 40 Minuten Redezeit zur Verfügung hat, alle weiteren Redner haben 20 Minuten. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Anger-Koch. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte ganz kurz zum Poststück 2 sprechen, das wir ablehnen werden, weil wir der Meinung sind, dass es eigentlich nicht relevant ist, eine Subvention in der Höhe von 18 000 EUR in Form von Geldern der Steuerzahler für ein Symposium auszugeben. Im Akt steht, dass es die Zielsetzung ist, in diesem Symposium die Geschichte der Mehrsprachigkeit in Wien entlang der historischen Ereignisse nachzuvollziehen, damit man den heutigen Status quo besser verstehen kann.

Ich denke, das ist natürlich sehr wichtig, aber dafür braucht man ja kein eigenes Symposium zu veranstalten, das – ich erwähne es noch einmal – mit Steuergeldern finanziert wird. Ich glaube, gerade die Integrationsarbeit

braucht ein bisschen mehr als die Veranstaltung eines Symposiums um 18 000 EUR. Integrationsarbeit beinhaltet eigentlich Erziehung, Wissen und Bildung, und da gibt es „bottlenecks“, im Hinblick auf welche wir Schutz gegen soziale Ausgrenzung und Armut geben müssen.

Ziel einer gelungenen Integrationspolitik muss sein, dass insbesondere Kinder, egal, woher sie stammen, die gleichen Voraussetzungen in diesem Land oder in dieser Stadt bekommen, und wir sind dafür zuständig, diese Voraussetzungen zu schaffen. Ich habe mir den wunderbaren Integrationsbericht für 2013, den unser Staatssekretär Sebastian Kurz herausgegeben hat, für welchen er mit Experten zusammengesessen ist, die ihre Meinung abgegeben und Empfehlungen ausgesprochen haben, und in welchem das Handlungspotenzial beschrieben wird, vorgenommen, und ich möchte nur einige Beispiele herausnehmen, die ich als sehr wichtig empfunden habe, weil ich meine, dass diesbezüglich die Stadt Wien noch teilweise im Argen liegt.

Es geht um das Potenzial der Jugendlichen, die als Migranten oder Migrantinnen zu uns gekommen sind, und es wird auch in diesem Bericht dargestellt, dass es besorgniserregend ist, dass viele Jugendliche mit Migrationshintergrund ihre Schulpflicht nicht beenden. Wir hatten das schon öfter in der Diskussion und können auch keinen Abschluss vorweisen.

Ebenso bedenklich in diesem Integrationsbericht ist die Tatsache, dass viele Jugendliche im Alter zwischen 16 und 24 keine Berufsausbildung absolvieren, keiner Erwerbstätigkeit nachgehen und keine berufliche Fortbildung machen. Wir alle wissen, was das zur Folge hat, nämlich Arbeitslosigkeit, ein Leben im sozialen Transfer und ein Gefühl der Isolation und Desintegration. Und all das soll und muss nicht sein! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir wissen, dass Menschen mit Migrationshintergrund und gerade die Jugendlichen ein wahnsinniges Asset mit ihrer Zweisprachigkeit haben, das auch für die Wirtschaft sehr nutzbar gemacht werden kann. Und deswegen dürfen wir einfach nicht zulassen, dass die Ausbildung und die Ausbildungsbiographie nicht forciert werden. Das ist einer der Fokusse, die wir gerade in der Stadt Wien anstreben müssen und ... (*Amtsfr StRin Sandra Frauenberger: Das tun wir!*) Ich weiß! Ich komme noch dazu!

Wir wollen jetzt nur auf Grund des Integrationsberichts von Sebastian Kurz auch darauf hinweisen, wo es noch notwendig ist, Löcher zu stopfen. Gerade im Bildungsbereich ist vor allem der Erwerb der Sprache notwendig, damit die Kinder dem Unterricht folgen können. Wir wissen nämlich, dass nach wie vor sehr viele, vor allem diejenigen, die gerade in die Pflichtschulen eingetreten sind, das extreme Manko haben, dass sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Das zieht natürlich wiederum nach sich, dass auch deutschsprachige Kinder in der Volksschule dem Unterricht nicht folgen können, weil die anderen Kinder eine andere Sprache sprechen.

Ich denke, es muss ein einheitliches Niveau geschaffen werden, damit die Kinder, die der deutschen Sprache noch nicht mächtig sind, dem Unterricht auch folgen

können, wobei nicht hinunternivelliert werden darf, sondern hinaufnivelliert werden muss, um den Kindern für später eine nachhaltige Zukunft geben zu können. Das ist einer der Fokusse, die wir brauchen. Und wie ich schon angesprochen habe, ist ein wichtiger Schlüssel dafür die Beherrschung der Sprache. Das ist in dem Land, wo man lebt, wo man später auch seine Familie ernähren und einen Job haben möchte, ganz essentiell.

Was auch wichtig ist und was wir auch immer wieder eingefordert haben und mir nach wie vor in den Schulen abgeht, ist eine bessere Kommunikation zwischen der Lehrerschaft, der Schülerschaft und den Eltern beziehungsweise Erziehungsberechtigten. Dafür brauchen wir sehr wohl zusätzlich zu den Lehrerinnen und Lehrern, Professorinnen und Professoren eigens ausgebildete Personen, nämlich Schulpsychologen oder Schulsozialarbeiter, und zwar an jedem Schulstandort, die, wenn Probleme in den Schulen auftauchen, ob das jetzt Gewalt, Verhaltensauffälligkeit oder asoziales Verhalten ist – da gibt es ja eine ganze Palette –, entsprechend einschreiten können. Diese Personen können sich mehr in eine Familie integrieren als ein Pädagoge, der eigentlich lehren sollte.

Ein weiterer Punkt für eine wirklich gezielte Integrationspolitik – das wurde noch nicht so oft angesprochen – ist das Gesundheitssystem. Wir wissen, dass zumeist Menschen mit Migrationshintergrund die kostenintensive Krankenhausinfrastruktur in Anspruch nehmen und nicht die hier niedergelassenen Ärzte oder Ärztinnen beziehungsweise das Angebot der Vorsorgeuntersuchung. (*Amtsf StRin Sandra Frauenberger: Darüber informiert die Stadt Wien aber!*) Ich wollte gerade sagen: Das habe ich heute gehört, und das ist natürlich gut!

Ich weise allerdings darauf hin, dass man das auch schriftlich und audiovisuell noch viel mehr forcieren kann, damit sich die Leute besser auskennen, dass man hier aber vielleicht auch mit den Sozialversicherungsträgern gemeinsam arbeiten kann, um diesen Bereich weiter auszubauen.

Es heißt immer wieder: Die Opposition macht keine Vorschläge. – Daher wollen wir jetzt Vorschläge machen. Das steht auch im Integrationsbericht, und deswegen will ich das auch hier noch einmal mitteilen.

Ich darf noch einmal auf einen weiteren Faktor hinweisen, den ich immer wieder anbringe: Die Stadt Wien fördert wahnsinnig viele Vereine, die eigentlich für eine gute Integration nicht notwendig sind. Diese Vereine bekommen Jahr für Jahr von 100 000 bis 500 000 und noch mehr. – Ich meine, ein wichtiger Integrationsmotor in der Freizeit ist gerade der Sport. Ich weise immer wieder darauf hin, dass Integration beim Sport automatisch vor sich geht. Dabei reden die Menschen miteinander, sie entwickeln einen gemeinsamen Teamgeist und haben gemeinsame Ziele. In Anbetracht dessen glaube ich, dass dieses Geld gerade in den Sport besser investiert ist als irgendwo anders in Vereine, die im Grunde genommen keinen ergebnisorientierten Output haben. Deren Engagement ist zwar gut und schön, aber im Hinblick auf den Output ist das Geld in schulischen und außerschulischen Sport besser investiert.

Ich möchte bitte noch einmal zu bedenken geben, dass man eventuell noch einmal durchschaut, wo Gelder eingespart werden können, um nicht in Vereine zu investieren, sondern genau in jene Bereiche, wo Integration schon seit Jahrzehnten geschieht.

Auch die Verzahnung zwischen Vereinen und Schule sollte verstärkt werden. Auch das wurde im Integrationsbericht noch einmal angemerkt. Da wird viel zu wenig getan. Gerade im Pflichtschulbereich könnten die Vereine und der organisierte Sport noch viel mehr Know-how einbringen, um mit den Kindern gemeinsam Integration zu leben.

Ich will jetzt eigentlich nicht alles, was Sebastian Kurz in den letzten zwei Jahren zu erreichen versucht hat, anführen, weil ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind, und ich glaube, dass wir diesbezüglich auch in Zukunft viel mehr Hand in Hand arbeiten müssen. Ich möchte anmerken, dass der Output, den die Stadt Wien durch sehr viele Initiativen bisher hatte, nie so erfolgreich war wie gerade in den letzten zwei Jahren, da genau dieses Thema auf Schiene gebracht wurde.

Etwas Positives möchte ich noch erwähnen: Es gab durch Bundesminister Töchterle und Staatssekretär Kurz ein Fünf-Punkte-Programm zur Verbesserung der Berufsankennung. Wir hatten immer wieder Fälle, dass die Notifizierung nicht entsprechend anerkannt wurde. Das ist aber auch notwendig für eine gute Integration. Und seitdem es das Fünf-Punkte-Programm gibt, gab es hinsichtlich der Berufsankennung von AkademikerInnen aus Drittstaaten eine 30-prozentige Steigerung. Darauf bin ich sehr stolz, ich glaube, es ist eine solide Leistung, dass durch dieses Fünf-Punkte-Programm eine derartige Steigerung erreicht worden ist!

Die meisten von uns hier haben Kinder, und wir sollten für unsere Kinder eine nachhaltige Politik betreiben. Wir müssen uns alle in den Spiegel schauen und vornehmen, für unsere Kinder und deren Kindeskindern eine bessere und schönere Stadt beziehungsweise eine bessere und schönere Welt zu hinterlassen, und das kann man im Rahmen der Politik tun. Wir gestalten. Ich meine, man sollte nicht nur, wie Sie es teilweise tun, verwalten, sondern ich hoffe auch auf mehr Gestaltung. Denn gerade im Integrationsbereich ist das notwendig! – Ich danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Akkilic. Ich erteile ihm das Wort!

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Wir haben es hier mit einem Geschäftsstück zu tun, das aus zwei Komponenten besteht. Die erste Komponente ist die Mehrsprachigkeit, und die zweite Komponente ist die historische Auseinandersetzung mit der sprachlichen Vielfalt und der sprachlichen Entwicklung in Österreich. Warum ist ein solches Projekt notwendig geworden? – Es gibt sehr starke aktuelle Bezüge, warum wir über die Sprachenvielfalt beziehungsweise über die Mehrsprachigkeit in Österreich debattieren müssen. Es gab historische Abschnitte, in denen Sprache in der österreichischen Politik eine wesentliche Rolle gespielt

hat.

Nach dem Übergang von der Monarchie zur Ersten Republik wurden nationale Sprachen definiert und Minderheitssprachen definiert. Das war eine der wichtigsten Etappen für die Sprachpolitik in Österreich. Eine weitere wichtige Etappe war die NS-Zeit und die Auseinandersetzung aus der Perspektive, welche Sprachpolitik in der NS-Zeit geherrscht hat und welche Sprachenvielfalt in der NS-Zeit verloren gegangen ist. Auch das ist aus der heutigen Perspektive sehr wichtig. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Entwicklung der Sprachpolitik in der Zweiten Republik und nicht zuletzt auch die Entwicklungen auf Grund des EU-Beitritts Österreichs. Auch in diesem Zusammenhang gab es sprachliche Veränderungen.

In der aktuellen Situation in Österreich haben 8,6 Prozent der hier lebenden Menschen eine andere Muttersprache als die deutsche Sprache, und in Wien haben 56 Prozent der Kinder und Jugendlichen eine andere Erstsprache beziehungsweise Muttersprache als die deutsche Sprache. – Eine entsprechende historische Aufarbeitung der Geschichte ist wegweisend für die Zukunft, ebenso auch eine Beschäftigung damit, wie wir mit dieser Vielfalt innerhalb Europas beziehungsweise innerhalb unserer Gesellschaft umgehen werden. Die Mehrsprachigkeitsdebatte ist eine Debatte, die von sehr vielen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen geführt wird, die auch Eingang in den Forschungskindergarten gefunden hat, der zwischen 2009 und 2011 im 15. Bezirk betrieben wurde. Die entsprechenden Empfehlungen sind durchaus wegweisend.

Von wem sprechen wir, wenn wir von Mehrsprachigkeit sprechen? – Es geht dabei nicht nur um Zuwanderer und Zuwanderinnen, die mit unterschiedlichen Sprachen nach Österreich kommen. Nein! Vielmehr ist das eine Frage, von der über 500 Millionen Europäer und Europäerinnen betroffen sind. Auch in den Nationalstaaten wird darauf geachtet, dass trotz EU-Mitgliedschaft in den jeweiligen Prozessen der Mobilität die Muttersprachen der eigenen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen nicht verloren gehen. Zum Beispiel hat die deutsche Regierung in Zusammenarbeit mit der deutschen Botschaft in Slowenien bewirkt, dass gemeinsam mit den Leuten, die nach Slowenien der Arbeit wegen ausgewandert sind, auch ein Verein errichtet wird, wo die Muttersprache beziehungsweise Erstsprache genützt wird.

Die Komplexität der globalen Entwicklung beziehungsweise der Europäischen Union macht es nötig, dass die Gleichwertigkeit der Sprachen gewährleistet wird. Im Bewusstsein dessen hat die Europäische Union in der Charta der Grundrechte die Nichtdiskriminierung aller Sprachen beschlossen. In dieser Charta der Grundrechte ist festgehalten, dass innerhalb der Europäischen Union keine einzige Sprache, inklusive der deutschen Sprache in den anderen Ländern, diskriminiert werden darf.

Was aber geschieht mit den Sprachen, die nicht als autochthone Sprachen beziehungsweise als offizielle Minderheitensprachen anerkannt sind? – In Österreich sprechen sehr viele Menschen Türkisch oder BKS oder ähnliche Sprachen. Was tun wir mit den Potenzialen

dieser Kinder? Was bedeutet es für ein Kind, mit einer anderen Muttersprache aufzuwachsen als jener, die in der normalen Gesellschaft die Umgangssprache beziehungsweise Amtssprache ist?

Ich glaube, eine zukunftsweisende Sprachpolitik muss sich diesen Fragen und dieser Herausforderung stellen, und das bedeutet unter anderem eine historische Auseinandersetzung damit, Frau Anger-Koch! Und das, was die „Initiative Minderheiten“ mit diesem Projekt aufstellen will, beinhaltet eine Arbeit von sechs Monaten, bei der eine fundierte, wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema angestrebt wird. Daher meine ich, dass 18 000 EUR dafür nicht ausreichend sind. Man hat dort penibel gerechnet und auf den Cent genau ausgerechnet, wofür die Gelder jeweils ausgegeben werden, und ich glaube, dass das ein sehr wichtiges Projekt ist, das unsere Aufmerksamkeit und unsere Unterstützung verlangt.

Zur Mehrsprachigkeit: Frau Anger-Koch! Sie haben aus dem Integrationsbericht zitiert. Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang auch aus dem Integrationsbericht zitieren. – Hier ist davon die Rede, dass auch der Staatssekretär und sein Beraterteam erkannt haben, dass die Mehrsprachigkeit nicht der deutschen Sprache gegenübergestellt werden kann. Sie halten fest: „Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit gelten als Priorität und notwendige Voraussetzung für alle in Österreich lebenden Menschen. Ein wichtiges Fundament hierzu stellt die Sprache dar, die Zugang zu Bildung ermöglicht. Daher ist besonders der Erwerb der deutschen Sprache, wie auch die – eventuell schon – mitgebrachte Mehrsprachigkeit derart zu fördern, dass Ausbildungen erfolgreich absolviert werden können. Dieses Ziel gilt für alle Altersgruppen sowie unterschiedliche gesellschaftliche und soziale Schichten.“

Dieses Projekt der Initiative Minderheiten wirft auch aus dieser Perspektive einen Blick auf die Geschichte. Es wird hinterfragt: Gibt es eine Sprachengerechtigkeit? Gibt es einen Zugang, gemäß welchem alle Sprachen als gleichwertig betrachtet werden? – Ich glaube, diesbezüglich sind in der Geschichte sehr viele politische Fehler begangen worden, die heute dadurch zum Ausdruck kommen, dass man die deutsche Sprache als die einzige Sprache in diesem Land in den Mittelpunkt stellt. Ich glaube aber, das ist keine Lösung für eine mehrsprachige Gesellschaft und das ist auch keine Lösung für eine Gesellschaft, in der über 200 Sprachen gesprochen werden.

Ich habe Gespräche in sehr vielen Betrieben geführt, und sehr viele Betriebe sind stolz darauf, dass sie in ihrer Belegschaft mehrere Menschen haben, die unterschiedliche Sprachen sprechen können. Sie sind darauf eingestellt, die Kunden und Kundinnen optimal zu betreuen, indem sie die Menschen auch in ihren Muttersprachen ansprechen können, denn dadurch wird das Gefühl vermittelt: Du bist eine mir ebenbürtige Person, und du hast mit deiner Sprache in meiner Gesellschaft einen genauso guten Platz, und das wollen wir pflegen.

Sprache ist aber nicht allein nur das Gesprochene, sondern hinter jeder Sprache stehen auch ein Gefühl

und auch eine Kultur, die Sprachkultur. Es gibt Menschen, die unterschiedliche Sprachen beherrschen und die ihre Emotionalitäten, aber auch ihre unterschiedliche Kultur jeweils entsprechend zum Ausdruck bringen können. – Ich glaube, ein Mensch, der diese Vielfältigkeit nicht verliert, bringt der Gesellschaft viel mehr, als wenn er auf die eigene Sprache verzichtet und aufhört, die Erstsprache beziehungsweise Muttersprache zu pflegen.

Ich glaube, wir sind wirklich gut beraten, wenn wir die Sprachenvielfalt und die Mehrsprachigkeit beibehalten, sie fördern und forcieren. Das gilt unter anderem auch für jene Schulkinder, von denen Sie sagen, dass sie Schulabbrecher sind. Wir müssen auch aus dieser Perspektive heraus betrachten, wie die Muttersprache beziehungsweise die Erstsprache des Kindes in den Kindergärten gefördert und ob dieses Kind mit seiner Mutter beziehungsweise Erstsprache ernst genommen wurde. Dadurch kann nämlich der Weg dafür geebnet werden, dass ein Kind ein anderes Gefühl für die Schule und ein anderes Verhältnis zu unserem Bildungssystem entwickelt.

Wenn wir aber die Einstellung haben, die Gleichwertigkeit dieser Sprachen nicht anzuerkennen, und wenn wir den Kindern vorschreiben möchten, in den Pausen Deutsch zu sprechen beziehungsweise ihre eigene, mitgebrachte Sprache beziehungsweise die Sprache, die sie beim auf die Welt Kommen erlernt haben, zu vergessen, dann werten wir diese Personen ab und nehmen ihnen die Möglichkeit, dass sie sich als gleichwertige Partner und Partnerinnen in dieser Gesellschaft betrachten. – In diesem Sinn denke ich, dass es ganz wichtig ist, dass wir der „Initiative Minderheiten“ die Möglichkeit geben, sich mit diesem Projekt auseinanderzusetzen.

Abschließend möchte ich mich von einer Kollegin verabschieden. Nurten! Es ist dies heute deine letzte Gemeinderatssitzung hier, du wirst dich von uns verabschieden und ins Parlament ziehen. Ich möchte mich für meine Fraktion, aber auch für mich persönlich für die faire und gute Zusammenarbeit, die wir seit drei Jahren hatten, bedanken. Ich wünsche dir viel Erfolg in deiner neuen Position! – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr GR Blind. Ich erteile ihm das Wort.

GR Armin **Blind** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Werter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als ich vor zwei Tagen über die von der roten und der grünen Fraktion verlangte Schwerpunktdebatte informiert wurde, war ich – das muss ich zugeben – einigermaßen verwirrt. Ich habe mir gedacht: Warum suchen zwei Parteien ein Thema aus, bei dem sie nachweislich recht wenig glänzen und das zumindest bei der SPÖ nachweislich ganz entscheidend zu ganz brutalen Wahlniederlagen beigetragen hat. *(Beifall bei der FPÖ. – Ironische Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN. – Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)*

Nach kurzem Nachdenken kam ich jedoch zu der Vermutung, dass der Schwerpunkt auf Grund des Ab-

schieds der Frau Kollegin Yilmaz aus dem Gemeinderat gesetzt worden sein könnte. – Und es handelt sich um eine Vermutung, die sich mittlerweile bestätigt hat, nämlich nicht, dass sie den Gemeinderat verlässt, das wissen wir schon länger, aber betreffend die Schwerpunktsetzung.

Wenn auch, wie sich in weiterer Folge zeigen wird, ganz grundsätzliche Auffassungsunterschiede zwischen unseren Fraktionen betreffend die Frage der Integration bestehen, darf ich diese Gelegenheit dennoch dazu nutzen, Frau Kollegin Yilmaz auch namens der Freiheitlichen Fraktion unsere Anerkennung für ihre objektive und auch immer faire Vorsitzführung im Integrationsausschuss auszusprechen. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Da das Ausscheiden von Frau Kollegin Yilmaz eine kleine Zäsur – wie man sagen kann – im Hinblick auf die Integrationspolitik im Gemeinderat darstellt, weil sie diese auch entscheidend mitgeprägt hat, haben wir jetzt nach meinem Dafürhalten auch eine sehr gute Gelegenheit, die Standpunkte im Zusammenhang mit der Integrationsfrage vergleichend zu beleuchten.

Deswegen werde ich versuchen, in meinen Ausführungen auch auf Grundsätzliches einzugehen, und es meiner Kollegin Schütz überlassen, dann die Geschäftstücke – es handelt sich ja um eine Schwerpunktdebatte – zu beleuchten, um Sie möglicherweise – wie gesagt, die Hoffnung stirbt zuletzt – auch zum Reflektieren betreffend Ihre Handlungen zu bewegen.

Wenn man sich mit dem Thema „Integration Fremder in unserer Gesellschaft“ oder, wie ich meine, um es treffender zu beschreiben, „Fremder in unser Gemeinwesen“ beschäftigt, stellt sich zunächst die Frage, was man unter Integration verstehen will. – Das Wort Gemeinwesen erscheint mir deshalb besonders treffend zu sein, da ich der Überzeugung bin, dass Gesellschaften, damit sie funktionieren, in weiten Bereichen etwas gemeinsam haben müssen, was somit auch diesen Begriff erklärt.

Aus freiheitlicher Sicht bedeutet Integration – im Unterschied zu dem von Ihnen unter dem Deckmantel der Integration getroffenen multikulturellen Ansatz –, dass die Einfügung in eine Gemeinschaft zwingend mit einer Identifikationsübernahme dieser Gesellschaft einhergehen muss. Es reicht eben nicht, wie in früheren Reden betont wurde, dass jemand eine gemeinsame Sprache beherrscht, sondern auch die Übernahme der wesentlichen gesellschaftlichen Werte ist für einen gelungenen Integrationsprozess essentiell. Wenn also die Werte der Herkunftskulturen unseren Werten diametral entgegenstehen, ist es nach freiheitlicher Ansicht zwingend notwendig, dass diese diametral unseren Werten entgegenstehenden Werte aufgegeben werden müssen, um zu einer erfolgreichen Integration zu kommen.

Schon vom Begriffsverständnis her bedeutet nämlich „integrieren“ bekanntlich „wiederherstellen“. Integration wird also dann notwendig, wenn eine Abweichung vom Gesollten mittels Integration so auszugleichen ist, dass der gewünschte Zustand wiederhergestellt wird.

Ihr Ansatz hat hingegen nach unserer Auffassung mit echter Integration nichts oder nur sehr wenig zu tun,

sondern es handelt sich, wenn Sie den Begriff der Integration verwenden, um eine Täuschung. Sie verwenden in Kenntnis oder auch schuldhafter Unkenntnis der Folgen weiterhin diesen als multikulturell einzustufenden Ansatz, obwohl selbst auf europäischer Ebene – und das bedeutet in diesem Bereich wohl etwas, man beachte die Aussagen von Angela Merkel und David Cameron! – bereits maßgebliche Politiker erkannt haben, dass es sich beim multikulturellen Ansatz um einen fatalen Irrweg für Europa handelt. – Wenn Sie jetzt meinen, dass das konservative Politiker sind, und deren Meinung daher etwas weniger für Sie zählt, dann rate ich Ihnen: Setzen Sie sich mit Ihren sozialdemokratischen Kollegen in Verbindung, die Sie eines Besseren belehren können, wie beispielsweise in Deutschland Thilo Sarrazin oder der Bezirksbürgermeister von Neukölln Heinz Buschkowsky!

Woran liegt es nun unseres Erachtens, dass Sie diesen Ansatz vertreten? – In erster Linie glauben wir, dass Sie als Resultat der 68er-Bewegung massive Probleme mit Ihrer eigenen Kultur haben und die Aufnahme fremder Kulturelemente daher als eine Art Wiedergutmachung, als Kompensation oder Ähnliches betrachten. Schuld daran – so der durchaus bekannte Politikwissenschaftler und Harvard-Professor Samuel P. Huntington – ist der sogenannte Dekonstruktivismus von sogenannten liberalen und aufgeklärten Eliten, die anderes und Fremdes für wertvoller, vielfältiger und höherstufiger halten als das Vertraute und Überlieferte. Und das bringt mit sich, dass Sie die negativen Folgen Ihrer Tuns, die ja eigentlich unseres Erachtens unleugbar sind, ignorieren beziehungsweise sogar gänzlich verdrängen. Darauf werden wir dann später noch zurückkommen.

Bei der Frage der Integration ist neben der Integrationsfähigkeit auch die Integrationswilligkeit selbstverständlich ganz entscheidend. Wenn man vergleichend betrachtet, woran es nun liegt, dass diese Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit bei manchen Gruppen sehr stark gegeben ist, bei manchen Gruppen aber unterdurchschnittlich ausgestaltet ist, dann kommt man meines Erachtens zwingend zu folgenden Schlüssen:

Als erstes Element ist die Ausgangskultur der Immigranten zu betrachten. Ein zweiter Faktor ist, um wie viele Personen es sich handelt. Ich habe in einer früheren Rede bereits erwähnt, dass es natürlich leichter ist, Integration stattfinden zu lassen, wenn jemanden bloß die Sprache trennt, wenn aber die Kultur verwandt ist, sodass der Integrationsprozess lediglich im Erlernen der Sprache bestehen muss. Aber wir verschließen uns gar nicht der Erkenntnis, dass auch bei ganz fernen Kulturen Integration ganz prächtig funktionieren kann. Man braucht sich zum Beispiel nur die in Wien lebenden Koreaner, Vietnamesen oder sonstige Südasiaten anzuschauen, bei denen es offensichtlich in der Regel so ist, dass sie bestrebt sind, Höheres zu erreichen, und dass sie das auch, obwohl sie nicht eben mit Reichtum gesegnet sind, wenn sie hier ankommen, ganz überdurchschnittlich erreichen. *(GR Senol Akkilic: Das, was Sie jetzt sagen, ist rassistisch!)*

Nein, das ist nicht rassistisch! Das ist einfach Fak-

tum. Herr Kollege Akkilic! Bei Ihnen fängt der Rassismus an, wo bei Ihnen der Realitätssinn aufhört! Das ist das Problem. *(Beifall bei der FPÖ. – Weiterer Zwischenruf von GR Senol Akkilic.)*

Herr Kollege Akkilic stellt gerade fest, dass ich „Vietnamesen-rassistisch“ bin. Gut.

Es ist daher zu Recht ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** *(unterbrechend)*: Herr Kollege Blind! Ich muss Sie unterbrechen.

Herr Kollege Akkilic! Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für die Aussage „Sie sind ein Rassist“. Ich bitte Sie, mit diesen Ausdrücken vorsichtig umzugehen und insbesondere auch andere Meinungen zuzulassen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Kollege Blind! Sie können weiter fortführen.

GR Armin **Blind** *(fortsetzend)*: Es ist daher – und da wird Kollege Akkilic vielleicht noch etwas dazulernen – eine Mär zur Rechtfertigung Ihrer sozialistischen Lenkungsversuche, dass notwendigerweise eine enge Verknüpfung zwischen sozialer Stellung von Personen mit Migrationshintergrund und dem Erfolg von Kindern in der Schule dergestalt zusammenhängt, als Armut den sozialen Aufstieg quasi unmöglich macht. Das ist eine Mär, Herr Kollege! Das vorher von mir angeführte und von Ihnen so despektierlich betitelte Beispiel zeigt das nämlich in der Realität ganz deutlich.

Meines Erachtens verhält es sich vielmehr so, dass kulturelle Merkmale mancher Personengruppen im Zusammenspiel mit der Anzahl an Personen integrationshemmend wirken. Wenn man sich das anschaut, kann man feststellen, dass gerade Personengruppen, die integrationsmäßig nicht die erwünschten Fortschritte aufweisen, überdurchschnittlich stolz auf ihre Herkunftskultur sind, was per se nichts Schlechtes ist, Herr Kollege, das möchte ich gar nicht abwerten. Wenn diese Menschen dann aber auf ein kulturelles Selbstverständnis wie Ihres treffen – und nun sind wir wieder bei meinen vorigen Ausführungen –, dann machen die natürlich überhaupt keine Anstalten, sich zu integrieren, weil sie sich denken: Warum sollte ich mich in eine Gesellschaft integrieren, die sich selber nicht ernst nimmt und die in erster Linie selbst ein Problem mit ihrer eigenen Kultur hat?

Herr Kollege! Daher gilt es in erster Linie, unser eigenes kulturelles Selbstverständnis besser zum Ausdruck zu bringen und wieder einen gewissen Stolz auf unsere Kultur zu vermitteln, damit es diesen Leuten überhaupt erst ermöglicht wird, in einen Transformationsprozess, wie Sie das regelmäßig so schön bezeichnen – einzutreten.

Menschen leben nämlich nicht in Ihrem sozialistischen Labor, Herr Kollege, sondern sie leben in der Realität. Daher ist es ganz entscheidend, wie man ihnen in der Realität entgegentritt, welchen Wert man ihnen betreffend die eigene Kultur vermittelt, was man von ihnen fordert, welche Konsequenzen man bei Nichterfüllung androht und ob man auch gewillt ist, diese Forderungen umzusetzen.

Ich bin – und auch das, Herr Kollege, sollten Sie sich merken – in einer früheren Rede auf eine Studie des

niederländischen Soziologen Ruud Koopmans eingegangen, der anschaulich belegt hat, dass Länder, die Migranten verstärkte Rechte, soziale Leistungen oder auch kulturelle Diversität gewährt haben, bei der Integration am schlechtesten abschneiden. Und daher ist eben Ihr Ansatz verfehlt. Denn dann besteht – das ist ja durchaus einleuchtend – in solchen Gesellschaften gar keine Notwendigkeit, sich zu integrieren.

Die Lehre daraus ist einfach – und das ist das, was auch die Freiheitliche Fraktion vertritt –, dass Integration von Zuwanderern dort am besten gelingt, wo die Gewährleistung von Rechten zunächst restriktiv gehandhabt wird und erst bei Erreichung des Integrationsziels die Rechteverleihung stattfindet, aber nicht früher. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Und damit Herr Kollege Akkilic keinen zweiten Ordnungsruf bekommt, halte ich auch noch fest: Beim Vermitteln der eigenen Kultur oder der Werte der eigenen Kultur ist es – wie ich vorher gesagt habe – uns ganz besonders wichtig, dass wir keinesfalls so verstanden werden wollen, dass wir glauben, dass unsere Kultur per se höherwertiger ist als andere Kulturen. Wir betrachten das selbstverständlich so, dass unsere Kultur gleichwertig ist, und jegliche Überheblichkeit in diesem Bereich ist uns selbstverständlich fremd. Es ist jedoch unser fester Standpunkt, dass die hier gewachsene Kultur die Leitkultur ist und auch die Leitkultur bleiben muss und sich Migranten, die hier leben wollen, an unsere Leitkultur anzupassen haben und nicht anders herum. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Daher gehen die von Ihnen gesetzten Schritte in die vollkommen falsche Richtung! Allein der Versuch des von Ihnen propagierten erweiterten Wahlrechts für Ausländer macht Ihre persönliche Auffassung deutlich, dass Sie eben genau das höchste Recht im Staat, nämlich die Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht, als Geschenk ohne Gegenleistung und ohne Verpflichtung darbieten wollen. Deswegen sagen wir Freiheitliche – und davon sind wir tief überzeugt –: Das Wahlrecht muss, abgesehen von den bereits eingegangenen europarechtlichen Verpflichtungen, ausschließlich den Staatsbürgern in diesem Land vorbehalten bleiben. *(Zwischenruf von GR Senol Akkilic.)*

Wenn angeführt wird, dass es immer mehr Personen gibt – das ist ja Ihre Argumentationslinie –, die ohne Wahlrecht in Wien leben, dass man also von einer aufgehenden Schere der Nichtwahlberechtigten sprechen kann und dass diese Schere zu schließen ist, dann gebe ich Ihnen im Ergebnis recht. Das ist richtig! Es ist aber sicherlich nicht so, dass diese aufgehende Schere dadurch geschlossen werden muss, soll oder kann, dass die Staatsbürgerschaft verschenkt wird oder das Wahlrecht ohne Staatsbürgerschaft ermöglicht wird.

Kommen wir jetzt zu den von mir vorerwähnten Beispielen Ihrer verfehlten Integrationspolitik: Wenn man sehenden Auges durch Wien geht, beispielsweise im 10. Bezirk, dann merkt man, dass sich leider in dieser Stadt immer mehr Gegengesellschaften bilden. Es bilden sich nicht, wie man in früheren Debatten bemerkt hat, Parallelgesellschaften, die „nur“ nicht miteinander kommuni-

zieren wollen, sondern es bilden sich tatsächlich Gegengesellschaften, die unser Werteverständnis und unser Weltbild – und zwar nicht jenes der Freiheitlichen Fraktion, sondern unser westlich-demokratisches Weltbild – vollkommen ablehnen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Und das ist eben das Ergebnis der Art und Weise, wie Sie diesen Leuten entgegentreten, weil das nicht den Eindruck vermittelt, dass es entsprechende Konsequenzen gibt!

Wir haben das erst in jüngster Zeit erlebt. Hier in Wien fand vor einigen Tagen ein Treffen radikal-islamischer Salafisten statt, und solche Treffen gab es eben früher nicht in Wien, meine Damen und Herren! Im Hinblick darauf frage ich mich: Warum veranstalten die jetzt in Wien ein Treffen? Das tut man ja nicht, weil Wien eine so gute Fremdenverkehrswerbung hat! Sie sagen ja nicht, Wien ist eine so schöne Stadt, da veranstalten wir jetzt unser Salafisten-Treffen!, sondern es gibt hier jetzt eben offensichtlich eine ganz erkleckliche Anzahl an Anhängern dieser Richtung, sodass es eine entsprechende Basis gibt, die ein solches Treffen lohnend macht.

Und dann wundere ich mich halt: Da gibt es entsprechende Zeitungsmeldungen, laut Mitteilung des Kollegen Al-Rawi hat allerdings der Saalvermieter, nämlich der Verein ATIB, angeblich bis kurz vor der Veranstaltung nicht gewusst, dass es sich bei den Mietern um radikale Islamisten handelt. Das ist, wie gesagt, tagelang vorher in der Zeitung gestanden, der Verein ATIB liest aber offensichtlich keine Zeitung oder glaubt, dass diese Menschen hierher kommen, um – ich weiß nicht – Mau-Mau zu spielen oder sonstige Dinge zu tun! Man ist aber überzeugt, dass es sich keinesfalls um ein konspiratives Treffen handelt, selbstverständlich nicht! Dass man dann den Saal in letzter Sekunde gekündigt hat, ist zwar im Ergebnis erfreulich, das zeigt aber, wie konsequent und beobachtend man hier in dieser Stadt mit dieser Szene umgeht.

Wenn wir schon bei extremistischen und extremen Positionen sind, dann gehen wir gleich einen Schritt weiter, nämlich zu dem in der SPÖ jüngst in Erscheinung getretenen Milli-Görüs-Mann, Herrn Resul Ekrem Gönültas, der für die SPÖ bei der Nationalratswahl kandidiert hat, meine Damen und Herren. – Ich zitiere jetzt eine Zeitung, die nachweislich beileibe keine freiheitliche Zeitung ist, nämlich die Zeitung „da.standard“. Es handelt sich dabei um die Integrationsredaktion von „der.standard“ – also vorne mit „da“ geschrieben –, und „da.standard“ schreibt über Milli Görüs am 28. September in Zusammenhang mit Herrn Gönültas Folgendes: „Über Moscheevereine, karitative Einrichtungen, Kleinunternehmen und immer mehr Kindergärten und Schulen wie etwa dem Islamischen Realgymnasium in Wien“ – da schau her! – „kann die Milli Görüs auch noch in der mittlerweile dritten Generation die türkischen Muslime zu einem nicht unerheblich Teil an sich binden. Erbakan“ – das ist der Gründer von Milli Görüs – „selbst stellte zu seinen Lebzeiten klar, dass seine Bewegung eben nicht nur spirituell und karitativ, sondern auch klar politisch zu

sein habe.“

Und da haben wir schon das erste Problem, nämlich dass von einem fremden Staat Leute über Generationen daran gehindert werden, sich in Österreich heimisch zu fühlen, weil sie permanent an die Bindung – ich sage es ganz bewusst – an ihr ehemaliges Heimatland erinnert werden. Das, meine Damen und Herren, ist extrem integrationsfeindlich!

Im Zusammenhang mit Milli Görüs sind auch weitere Publikationen recht interessant. So zitiert beispielsweise das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen: „Die Milli-Görüs-Bewegung propagiert seit Ende der 1960er Jahre“ - also das könnte man im Gegensatz zu anderen Problemen dann doch gewusst haben – „in der Türkei die Aufhebung der laizistischen Staatsordnung“ (*GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi: Was sagt denn der österreichische Landesverfassungsschutz?*) - Herr Kollege, ich sage Ihnen jetzt einmal, was der Landesverfassungsschutz Hessen grundsätzlich über die Milli-Görüs-Bewegung sagt. (*GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi: Warum Hessen? Wir sind in Österreich!*) Nur weil eine Seite etwas nicht sieht? (*GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi: Nur weil irgendwer in Hessen etwas gesagt hat?*) Machen Sie sich einmal ein umfassendes Bild, Herr Kollege! (*GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi: Akzeptieren Sie den österreichischen Verfassungsschutz nicht?*) Es ist ja nicht so, dass die Milli-Görüs-Bewegung eine österreichisch singuläre Erscheinung ist, denn dann würde ich allein österreichische Behörden zitieren, Herr Kollege, sondern es ist eine von der Türkei gesteuerte Bewegung und daher im Gesamtzusammenhang zu betrachten. (*Beifall bei der FPÖ.* - *GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi: Wir sind doch in Österreich!*)

Herr Kollege Al-Rawi, ich höre Ihnen auch gerne zu. Sie müssen nur, weil ich habe nämlich ein rein pathologisches Problem, ich höre nämlich ein bisschen schlecht, entweder lauter reden, oder Sie kommen einfach hier heraus, melden sich, dann höre ich Sie drinnen in der Bank ganz prächtig.

Ich fahre fort im Zitat des Landesamts für Verfassungsschutz Hessen: „an deren Stelle eine islamische Groß-Türkei treten soll.“ - Es geht nämlich um die Milli-Görüs-Bewegung insgesamt und nicht um ihre singulären Ausformungen in einzelnen Staaten, sondern um ein grundsätzliches Programm. Das sollten Sie wissen, wenn Sie sich in dem Bereich schlaugemacht hätten. – „Sie versteht sich als ganzheitliche politische Kraft, die vor allem in Europa die religiöse Erziehung und Bindung ihrer Anhänger an die Türkei sowie die Erhaltung der nationalen Werte sicherstellen will.“ - Das ergibt sich nämlich auch bereits aus dem Namen der Bewegung, der übersetzt nämlich „nationale Sicht“ heißt.

Wenn man sich dann Wortmeldungen von Herrn Erbakan dazu anschaut, bezeichnet er den Westen als „falsche, wertlose, auf Stärke und Unterdrückung basierende Zivilisation“. Das ist die Sichtweise, Herr Kollege, wie Milli Görüs uns als westliche Wertegemeinschaft sieht und, so das Landesamt für Verfassungsschutz weiter: „Als Feinde des Islams brandmarkt er unter anderem“ - jetzt kommt es – „Juden, Christen, Freimaurer“ -

da sollten Sie in der Fraktion vielleicht ein bisschen vorsichtig werden – „und Imperialisten.“, meine Damen und Herren, was das auch immer genau sein soll. Das heißt, es geht hier um eine gesamtheitliche Bedrohung unseres westlichen Wertesystems. Und solche Leute, die einer solchen Bewegung angehören, kandidieren für Ihre Fraktion, für Ihre Partei! Darüber sollten Sie einmal nachdenken und in sich gehen, bevor Sie von Integrationspolitik reden! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Dann kommt es zu ganz interessanten Kuriositäten, wenn der Herr Hasan Vural, der dann immerhin AKP-affin ist - es muss sich alles schön ausgleichen - dem Milli-Görüs-Mann Gönültas, schreibt der „Standard“ weiter, „fehlende Loyalität zum türkischen Ministerpräsidenten Erdogan“ attestiert. Das ist ganz toll! Das ging so weit, dass sich Gönültas kurz vor der Wahl auf seiner Facebook-Fanpage dazu äußern musste und klarstellte, dass er über - und ich zitiere wörtlich – „unseren Ministerpräsidenten“ nie etwas Schlechtes gesagt habe. Da unterhalten sich bitte zwei österreichische Kandidaten zum Nationalrat miteinander, sprechen von „unserem Ministerpräsidenten“ und gemeint ist nicht der Mann, dem sieben Jahre in Tibet fehlen, sondern der türkische Ministerpräsident! Das ist das Problem, meine Damen und Herren! Das ist Ihre Integrationsanschauung! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Weil es mittlerweile auf der grünen Seite schon ein bisschen stiller geworden ist, möchte ich ganz kurz auch im Nachhang zur letzten Nationalratswahl sagen, der Kollege Öllinger hat sein Nationalratsmandat verloren und jetzt hat er ein bisschen mehr Zeit zum Extremistenjagen. Da würde sich für Herrn Öllinger ein ganz breites Feld bieten, wo er sich austoben kann, meine Damen und Herren. Es würde ihm wahrscheinlich endlich auch der eine oder andere tatsächliche Extremistentreffer gelingen, wenn er sich in dieser Szene einmal umschaute. Aber da schauen Sie ja allzu gerne weg. (*GRin Nurten Yilmaz: Sie sind der Experte!*)

Und dann habe ich Ihnen noch etwas mitgebracht, nämlich eine Aussage - lassen Sie mich kurz nachdenken - in der „Presse“, und zwar von Herrn Ali Ordubadi. Den kennen Sie wahrscheinlich alle recht gut, es handelt sich nämlich um den Integrationsbeauftragten des AMS. Was sagt uns der Herr Ordubadi? Das ist dann wahrscheinlich auch tiefassistisch, aber das müssen Sie dann dem Herrn Ordubadi sagen. „Junge Türken, die es trotzdem schaffen, bei uns zu einer guten Ausbildung zu kommen, gehen häufig in ihre Heimat zurück. Junge Türken brechen deutlich öfter die Ausbildung ab als andere Zuwanderer“ - da sind wir dann wieder bei den Vietnamesen - „und finden seltener eine Lehrstelle. Von durchschnittlich 12 500 arbeitslosen Jugendlichen pro Jahr stellen Migranten bereits jetzt 65 Prozent.“ - Das sind Realprobleme, Herr Kollege Akkilic, und nicht eben Dinge aus Ihrem grünen Wunderland, Zahlen, die Sie ganz gerne unter den Teppich kehren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Weil es eben diese Probleme mit der Realitätswahrnehmung gibt, noch ein paar weitere Zahlen aus der „Presse“ vom 4. September 2013, also es handelt sich

dabei also um ganz rezente Daten. „Deutliche Unterschiede beim Einkommen zwischen türkischen Migranten und der österreichischen Durchschnittsbevölkerung: Die Hälfte der türkischen Migranten in Österreich verdient weniger als 1 000 EUR pro Monat. Nur ein Fünftel der Gesamtbevölkerung verdient so wenig. Das Durchschnittseinkommen von türkischstämmigen Personen beläuft sich auf 1 100 EUR pro Monat, bei der Gesamtbevölkerung 1 480. Rund ein Drittel der österreichischen Gesamtbevölkerung verdient zwischen 1 000 und 1 500, ebenso ein weiteres Drittel verdient mehr als 1 500 pro Monat. Bei den türkischen Migranten hat ein Viertel ein Einkommen von 1 000 bis 1 500 pro Monat und 15 Prozent ein Einkommen über 1 500 EUR.“ – 15 Prozent, meine Damen und Herren! Ich halte das für bedauerlich, weil ich es nämlich bedauere, dass Menschen, die hier leben, so wenig verdienen! Es ist aber auch ein Ausfluss Ihrer gescheiterten Integrationspolitik, weil Sie offensichtlich den Menschen nicht das Handwerkszeug dazugeben, dass sie im Wirtschaftsleben und eben in der Realität und nicht in Ihrem Wunderland erfolgreicher sind!

Ich habe es Ihnen vor der letzten Wahl gesagt, und ich sage es Ihnen jetzt wieder, Sie verlieren bei der arbeitenden Bevölkerung in Wien jede Wahl. Laut „Standard“ vom 29. September 2013 haben die FPÖ 34 Prozent aller Arbeiter gewählt, was die FPÖ zur stärksten Partei bei den Arbeitern gemacht hat, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie. Im Übrigen, und das stimmt mich besonders hoffnungsvoll, sind wir auch die Nummer 1 bei den jungen Wählern. Das heißt, der Trend wird so weitergehen. (GR Christoph Peschek: *Sicher nicht!*) - Er geht deswegen so weiter, Herr Kollege Peschek, weil die Menschen nicht nur Ihre Integrationspolitik, sondern Ihre gesamte Gesellschaftspolitik schlichtweg satt haben! (GR Mag Rüdiger Maresch: *In Wien haben Sie nicht wirklich viel dazugewonnen!*) - So verlieren wie wir, wollen Sie einmal! Machen Sie einmal ein Plus davor, und das bei jeder Wahl, bei der HC Strache angetreten ist, dann reden wir weiter! Und unterhalten Sie sich in Ihrem Erfolgskurs gleich mit den deutschen Grünen, die haben Ihnen eine ganz tolle Vorlage gegeben! (Beifall bei der FPÖ. - GR Mag Rüdiger Maresch: *Aber sie haben in ein paar Bezirken gescheit verloren!*)

Sie verlieren deswegen jede Wahl, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, weil Sie sich eben nicht dazu durchringen können, entsprechende Anreize und entsprechende Forderungen auszusprechen. Sie können sich eben bislang im Nationalrat nicht dazu durchringen, zum Beispiel dem Entschließungsantrag unseres Dr Walter Rosenkranz beizutreten, die Familienbeihilfe und das Kindergeld an die Teilnahme an Deutschkursen, wenn sie notwendig sind, zu koppeln. Sie versagen aber auch hier im Gemeinderat, wenn Sie dem Antrag des Kollegen Nepp nicht stattgegeben haben, Deutsch als Pausensprache einzuführen. Sie versagen dahin gehend, wenn Sie Kinder, und wir hatten es in der Debatte schon, mit unzureichenden Deutschkenntnissen eben nicht in eine Aufholklasse schicken (GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi: *Sie haben gerade gesagt, dass die Leute jetzt arm sind!*), sondern weiterhin in eine

Regelklasse stecken, in der Sie das Tempo der Kinder, die schneller vorankommen könnten, drosseln und in Wirklichkeit den Fokus nicht auf die wahren Bedürfnisse der Zuwandererkinder lenken, Herr Kollege. (GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi: *Gerade haben Sie sich doch beschwert, dass die Leute zu wenig verdienen! Jetzt wollen Sie ihnen die Kinderbeihilfe auch noch streichen?*) - Nein, Herr Kollege! Es ist eine Frage der Teilnahme. Den Leuten wird überhaupt nichts gestrichen, wenn sie ihre Verpflichtungen wahrnehmen. Es ist einmal so, dass gewisse Sozialleistungen beispielsweise an die Mutter-Kind-Pass-Untersuchung im Sozialbereich gekoppelt sind. Wenn man zum Beispiel keine Mutter-Kind-Pass-Untersuchung macht, bekommt man andere Sozialleistungen in Wien nicht. Das sollten Sie, als Gemeinderat der Stadt Wien, Herr Kollege, wissen! (Beifall bei der FPÖ.)

Das heißt, es ist immer eine Frage, welche Anreizsituation man schafft, Herr Kollege. Ich möchte jetzt nicht einen Vortrag über die Wirkung von Regelkreisen und die positive Verstärkung in Regelkreisen halten, Herr Kollege. Da können Sie sich ein Buch über Verhaltensforschung besorgen, darin wird das ganz deutlich beschrieben. Aber wenn man eine positive Rückkoppelung, nennt sich das, gibt, dann konditioniert das. Das wissen wir aus der Verhaltensforschung schon länger und das manifestiert sich auch.

Deswegen gibt es ja Anreize. Deswegen nennt sich das Ganze auch Anreizsystem, Herr Kollege. Aber das ist wahrscheinlich dann auch ein bisschen verstaubt oder etwas, das Sie nicht verstehen. Ich erkläre es Ihnen aber dann wirklich gerne.

Ich sage Ihnen noch einmal, die Liste dieser Verfehlungen lässt sich endlos fortsetzen, Sie waren aber alle ohnedies mehr oder weniger bei den Debatten auch hier. Wenn Sie hier nicht eine ganz radikale Umkehr in Ihrer Politik einschlagen und die notwendigen Schritte setzen, dann werden wir die Schritte setzen, und zwar spätestens nach der nächsten Gemeinderatswahl mit Unterstützung der Bevölkerung. - Danke. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Berger-Krotsch. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Nicole **Berger-Krotsch** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte den Blick auf die beiden Poststücke lenken, die wir heute in der Schwerpunktdebatte diskutieren sollten. Es geht um die Förderungen an zwei Vereine, die hier exemplarisch für die vielen unterschiedlichen NGOs, Vereine und Institutionen stehen, die wertvolle Partnerinnen der Stadt Wien und auch nicht mehr wegzudenkende Partnerinnen für die Stadt im Kampf für mehr Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung sind. Es freut mich, dass das zur Verwirrung des Kollegen Blind heute beigetragen hat.

Diese Vereine sind beheimatet quer durch die verschiedensten schönen Bezirke Wiens. Wir haben unterschiedliche Schwerpunkte pro Verein. Es ist ein niederschwelliger Zugang. Es heißt, rasche, unbürokratische

Hilfe für diejenigen, die es brauchen. Die verschiedensten Zielgruppen werden pro Verein angesprochen. Es sind sehr engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Vereinen. Es wird sehr gute und qualitätsvolle Arbeit geleistet.

Frau Kollegin Anger-Koch, weil Sie auch die Arbeit und das Output dieser Vereine angesprochen haben, ich möchte Ihnen eingangs sehr danken für den Zuspruch der Wiener Integrationspolitik, den Sie hier auch ausgesprochen haben. Sie haben gesehen, dass Wien am guten Weg ist, hier integrationspolitisch etwas weiterzubringen, also das Fundament, das da ist, natürlich auch weiterzutragen und weiterzubringen und Staatssekretär Kurz auch immer Wien als positives Beispiel und das nicht nur einmal, sondern wirklich vermehrt sieht und Wien als immer wieder auch positiv darstellt. Aber was ich Sie fragen möchte, weil es für mich schon an eine Beleidigung der Arbeit der MitarbeiterInnen in diesen Vereinen und NGOs grenzt: Kennen Sie den Output dieser beiden Vereine? Wissen Sie, welche Arbeit dort geleistet wird? Haben Sie mit KlientInnen, mit MitarbeiterInnen selbst gesprochen? Denn ich möchte hier widersprechen. Ich möchte wirklich festhalten, dass qualitätsvolle gute Arbeit von sehr engagierten MitarbeiterInnen geleistet wird und möchte von dieser Stelle aus ein großes Dankeschön an diese richten! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es ist uns, wie gesagt, sehr wichtig, hier im Tandem mit diesen Vereinen und Organisationen, wie \*peppamint und Initiative Minderheiten, die diese beiden Poststücke heute sind, im Kampf für mehr Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung zu arbeiten. Wir lassen niemanden zurück. Wir wollen die Menschen stärken. Wir wollen sie empowern, dass sie ihre Chancen selbst ergreifen und sie mit den vielen verschiedenen Maßnahmen, die wir setzen, auch dazu ermuntern, eben diese Chancen selbst zu ergreifen und wir stehen ihnen sozusagen an der Seite.

Als Frauensprecherin meiner Fraktion ist mir immer sehr wichtig, dass sehr viele frauenspezifische Initiativen und Projekte immer wieder von der Stadt lange, in Dreijahresverträgen, Einjahresverträgen, gefördert werden, dass für Frauen sichtbar gemacht wird, dass Frauen empowert werden, junge Mädchen und Frauen gefördert werden. Denn wir haben ein Credo in dieser Stadt, das unsere Frauenstadträtin proklamiert hat: „Jede Frau soll in dieser Stadt sicher, selbstbestimmt und unabhängig leben können.“ Dafür kämpfen wir mit diesen Vereinen und Organisationen tagtäglich sehr engagiert.

Zu den Akten, ganz kurz: Kollege Akkilic hat sehr ausführlich schon das Poststück Nummer 2, nämlich den Verein Initiative Minderheiten, der 1991 gegründet wurde, mit seinen unterschiedlichen Tätigkeiten und eben mit dem konkreten Projekt vorgestellt. Wie gesagt, nur ganz kurz: Es ist hier das Ziel, eine minderheitengerechte Gesellschaft zu schaffen, in der individuelle Lebensentwürfe, unabhängig von Merkmalen wie ethnischer, sozialer oder religiöser Zugehörigkeit, sexueller Orientierung oder Behinderung, als gleichberechtigt und gleichwertig anerkannt sind. Es ist sozusagen auch eine Ver-

mittlerrolle, die dieser Verein zwischen den einzelnen Minderheitengruppen übernimmt. Er versteht sich als Schnittstelle zwischen Kultur und Bildung.

Das vorliegende Projekt wurde auch sehr ausführlich analysiert von Frau Kollegin Anger-Koch, was die historische Abhandlung des Themas Mehrsprachigkeit betrifft. Gerade aber auch anhand dieser historischen Abhandlung können wir die Diskussion heute genauer analysieren und betrachten. Mit diesem Symposium soll eben auch ein Bewusstsein für eine breitere Öffentlichkeit zum Thema Mehrsprachigkeit geschaffen werden. Es ist wichtig für die Auseinandersetzung, dass eben eine breitere Öffentlichkeit dieses große Potenzial der Mehrsprachigkeit, wie es in Wien herrscht, auch wahrnimmt und schätzt.

Zum Thema haben wir auch im letzten Gemeinderatsausschuss sehr ausführlich darüber gesprochen. Die Frau Stadträtin hat den Leitfaden auch heute noch einmal erwähnt, wo alle Maßnahmen zum Spracherwerb beinhaltet werden. Man sieht, Wien tut etwas, wir sprechen nicht nur darüber, Wien handelt.

Der zweite Akt, Postnummer 1, der heute zur Beschlussfassung vorliegt, hat die Mädchenberatung \*peppamint zur Beschlussfassung. Es ist der Verein Caritas der Erzdiözese Wien, der \*peppa, nämlich das Mädchenzentrum, leitet und eben jetzt \*peppamint, die interkulturelle Mädchenberatung. \*peppa ist seit 2009 auch unverzichtbar in unserer Wiener Vereinslandschaft. Wir haben hier als Zielgruppe junge Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund, wo es uns besonders wichtig ist, diesen Frauen eine Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen, sie zu empowern, zu stärken, dass sie das ergreifen können, was sie sich wünschen, was sie sich für ihr Leben vorstellen und wir eben diese Frauen, die in einem ambivalenten Spannungsverhältnis auch von Herkunft, Familie und neue Heimat hier in Wien leben, unterstützen und ihnen als Anlaufstelle für die verschiedensten Belange, die es im Leben einer jungen Frau gibt, Unterstützung zu bieten und sie zu unterstützen.

In Richtung FPÖ, wenn Sie hier auch ruhiger und bedachter und, ich möchte auch sagen, belehrender vortragen und argumentieren als zum Beispiel Ihr Kollege Jung, der oft ein bisschen energischer hier vorträgt *(GR Mag Wolfgang Jung: Ich habe überhaupt nichts gesagt! Aber manche brauchen das!)*, möchte ich Ihnen schon sagen, dass Sie heute nichts, absolut nichts zur Versachlichung der Integrationsdebatte beigetragen haben. Ich denke, es ist doch wichtiger, dass wir uns gemeinsam fragen: Wo geht jemand hin? Was macht jemand hier in Wien aus seinem Leben? Welche Chancen kann er/sie ergreifen? *(GR Mag Wolfgang Jung: Aber auch was er tut! Nicht nur die Chancen, die er hat, sondern was er daraus macht!)* Und nicht immer auseinanderdividieren, wo jemand herkommt, und diejenigen, wir und sie. Also, mit dieser Thematik, mit dieser Debatte tragen Sie nicht zur Versachlichung bei! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Armin Blind: Milli Görüs!)*

Ich möchte auch sagen, dass das zutiefst zukunftsfeindlich und menschenverachtend ist! Denn Sie müssen

endlich stolz sein auf unsere internationalen Wurzeln. Bereits 49 Prozent der Wienerinnen und Wiener haben Migrationshintergrund, das heißt, dass zumindest ein Elternteil nicht aus Wien stammt, im Ausland geboren ist. Wir müssen ein Wir sehen, ein gemeinsames Wir erzeugen, um gemeinsam an unserer Zukunft weiterzuarbeiten! Sie müssen sich endlich bewusst werden, dass Wien eine Identität als Einwanderungsstadt hat. Wien ist durch Migration groß geworden. Wir sind darauf angewiesen. Wir müssen das Talent der Zugewanderten schätzen, die Arbeitskraft schätzen. Wir profitieren auch sehr davon.

Zum Thema Mehrsprachigkeit noch, weil es eben in dem Poststück zur Initiative Minderheiten auch dezidiert angesprochen ist: Wir haben in Wien bereits über 250 Sprachen, die gesprochen werden. Wir sind eine weltoffene, vielfältige Stadt. Wir müssen die Chancen, die daraus entstehen, auch wirklich vermehrt ergreifen.

In diesem Zusammenhang auch noch einmal in die Richtung der FPÖ: Es bezweifelt niemand, dass wir eine gemeinsame Sprache brauchen, dass wir, wie gesagt, für ein gutes Zusammenleben Deutsch brauchen.

StRin Frauenberger hat das heute sehr eindrücklich in der Fragestunde zu „Start Wien“ gesagt, es ist der Beginn einer erfolgreichen Integrationsbiographie. Wir haben heute fünf Jahre „Start Wien“ auch in der Fragestunde behandelt, wo es schon mehrere Auszeichnungen gibt. 85 Prozent der neu Zugewanderten, die es nutzen, sprechen auch dafür. Es ist also kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch. Wir dürfen verschiedene Sprachen nicht gegeneinander ausspielen, aber Deutsch ist eben eine gemeinsame Sprache, für ein gutes Zusammenleben einfach ein wichtiger Start.

Seit einigen Jahren, das möchte ich auch noch kurz erwähnen, weil es heute noch nicht so intensiv behandelt wurde, gibt es große Anstrengungen mit der Zuwanderungskommission, die jetzt im „forum wien.welt.offen“ gemündet ist. Hier haben wir mit Expertinnen und Experten ein breites Bündnis, eben SPÖ, GRÜNE Regierungsparteien mit der ÖVP und den Expertinnen und Experten, wo wir zu einer weiteren Versachlichung beitragen. Sehr bezeichnend eben, dass die FPÖ hier nichts beitragen möchte und sicher auch weiterhin nicht wird. Aber hier sind wir am richtigen Weg. Ich freue mich schon, die nächste Enquete steht schon an. Wir werden hier wieder vieles Weitere gemeinsam diskutieren, um Wien und die Menschen in dieser Stadt voranzubringen.

Abschließend, wie gesagt, zukunftsorientierte Politik muss den Fokus auf das wirklich enorme Potenzial, das die vielen neu Zugewanderten hier nach Wien mitbringen, legen. Sie muss auf der Basis von Chancengleichheit alle Fähigkeiten und Kompetenzen einschließen.

Um abschließend auch noch einmal kurz auf die Wiener Charta zu kommen, hier ist das Projekt eingangs in dem Kompendium zitiert, nämlich: „Wien ist Heimat und Zuhause für Frauen und Männer, für Junge und Alte, hier Geborene und Zugewanderte, für Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen, Lebensformen und Bedürfnissen. Damit wir gut miteinander auskommen, braucht es Respekt. Respekt heißt, andere Men-

schen so zu akzeptieren,“ - Kollege Blind nickt – „wie sie sind und so, wie man selbst auch akzeptiert und respektiert werden will. Unsere gemeinsame Grundlage sind die Menschenrechte.“

In diesem Sinne lassen sie mich an dieser Stelle noch ganz kurz einer Person, die von dieser Stelle aus auch eine gute Verbündete, eine treue Kämpferin für mehr Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung war, aber dies bald auf anderer Ebene weiterführen wird, nämlich unserer Kollegin Nurten Yilmaz, danken. Ich danke dir für deine Arbeit in diesem Hohen Haus. Es hat in diesem Zusammenhang sehr viel Spaß gemacht. Wir werden in anderen Rollen weiter gemeinsam für die Menschen dieser Stadt, für Wien arbeiten. Ich danke dir recht herzlich, wünsche dir für deine Zukunft, ein paar Häuser weiter, wie du es im Gemeinderatsausschuss gesagt hast, alles Gute.

Ich bitte um Zustimmung zu den beiden Poststücken (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Feldmann. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Integrationspolitik zählt tatsächlich zu den wesentlichsten Herausforderungen der heutigen Zeit für Europa, für Österreich und für Wien. Der Ist-Zustand ist leider noch immer nicht zufriedenstellend. Es hat sich integrationspolitisch zwar viel getan, aber noch immer nicht genug getan. Wir wissen auch, dass ohne Sprache das Zusammenleben nicht funktionieren kann und dass das Erlernen der deutschen Sprache eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration ist. Wir haben als Faktum in Wien einen besonders hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund, und zwar 30 Prozent. Das heißt, wir sind mit den anderen Bundesländern nicht zu vergleichen und müssen besonders danach trachten, dass wir hier friedliche Formen des Zusammenlebens finden. Es ist durchaus Sprengpotenzial, insbesondere sozialer Natur, vorhanden, weil MigrantInnen in Wien eine deutlich höhere Arbeitslosenrate aufweisen und auch deutlich weniger verdienen als Menschen ohne Migrationshintergrund. Wohin solche Tendenzen langfristig führen, können wir in anderen Großstädten weltweit beobachten.

Das heißt aber für uns, dass wir gegensteuern müssen. Wie machen wir das? Ein sehr guter Ansatz der nachhaltigen Integrationspolitik ist es, von der reinen Subventionspolitik und vom Förderdschungel der Vereine abzusehen und, wie Sebastian Kurz vorschlägt, das Leistungsprinzip in den Vordergrund zu rücken. Wir wollen nämlich Migranten fördern und nicht nur fördern. (*Beifall bei der ÖVP sowie von GRin Uta Meyer und GRin Angela Schütz.*)

Was heißt jetzt Integration durch Leistung? Das bedeutet, jene, die regelmäßig hier leben, an der Leistung im Beruf, aber auch am Ehrenamt und in der Familie, aber nicht an der Herkunft zu messen. Was heißt das noch? Dass der Förderwahnsinn, den ich teilweise in Wien bei manchen Vereinen erkennen kann, neue För-

derrichtlinien und Kriterien braucht und dass wir die Subventionspolitik generell auf neue FüÙe stellen müssen.

Das Thema Migration ist vielschichtig. Es gibt zwei komplett unterschiedliche Gruppen. Die eine ist die Gruppe der hochgebildeten MigrantInnen und die andere ist die Gruppe der MigrantInnen, die maximal Pflichtschulabschluss haben. Man muss auf beide getrennt und dennoch auf beide gemeinsam eingehen, um zu einer erfolgreichen Integrationspolitik zu kommen. Wir haben zum Beispiel bei den hochgebildeten MigrantInnen in der ersten Generation einen Anteil an Maturanten, der um 6 Prozent - und das ist viel - höher liegt als der von ÖsterreicherInnen. Die Akademikerquote ist noch wesentlich höher. Sie liegt insgesamt um noch 4 Prozent höher als bei der Maturantenquote, und bei manchen Gruppen wie den EU-Bürgern 30 Prozent, bei Nicht-EU-Bürgern 42 Prozent, bei Österreichern hingegen nur 14 Prozent. Es sind die Migranten der ersten Generation, die hochqualifiziert sind, eine Gruppe davon überqualifiziert. Jetzt kommen die Tragödie und der Trend, dass sie nämlich in der zweiten Generation den gleichen Maturaanteil haben wie Österreicher, und dann einen um 6 Prozent geringeren. Darüber muss man nachdenken.

Was passiert? Erstens gehen sie, weil sie hier nicht die Arbeitsplätze vorfinden und zweitens ist in der nächsten Generation der Bildungswunsch oder die Bildungslust oder -freude, wie immer man es nennen will, sichtlich nicht mehr vorhanden. Darüber muss man tatsächlich nachdenken, warum sie gehen und warum sie nicht mehr in dieser Ausbildungsebene bleiben wollen. Ein Grund ist sicher, dass es hier für Qualifizierte oder Überqualifizierte nicht ausreichende Wirtschaftsstrukturen oder Fortbildungsstrukturen gibt, um die Qualifikationen umzusetzen (*GR Godwin Schuster: Sie geben es selbst zu!*), und auch nicht die geeigneten Jobs. Darüber muss man nachdenken, weil die Abwanderung in andere Länder wirklich viel Potenzial vergeudet oder abzieht.

Die zweite Gruppe, auf die ich auch noch eingehen will, weil das sehr entgegengesetzt liegt, ist die hohe Rate an MigrantInnen, die maximal Pflichtschulabschluss haben. Über diese reden wir meistens, sprechen wir meistens und lassen die andere Gruppe aus, was für mich auch deshalb schade ist, weil sich damit in der Bevölkerung ein verzerrtes Bild hinsichtlich Migration ergibt. (*GR Godwin Schuster: Richtig!*) Was ich weniger sehe, ist diese Zwischengruppe, die sich dann erst in der zweiten, dritten Generation ergibt. Aber diejenigen, die kommen, sind sehr extrem hochgebildet oder eben unter Pflichtschulabschluss, und da haben wir 35 Prozent. Da ist natürlich klar, dass wir all diese Ausbildungsmaßnahmen machen müssen, damit der Pflichtschulabschluss nachgeholt wird und es überhaupt zu einer Ausbildung und zu einer Spracherlernung kommt.

Das heißt, wir haben Überqualifikation und nicht ausreichende Schulbildung vis-à-vis stehen. Nachdem auf beide Themen eingegangen gehört, brauchen wir einen insgesamten Integrationsplan, der überschneidend ist und dennoch jedes extra behandelt. Dafür plädiere ich schon sehr lange. Ich würde mir wünschen, dass wir

diesen sehr bald angehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das alles ist notwendig, damit wir in Wien die Tradition des friedlichen Zusammenlebens weiter gewährleisten, auf der einen Seite die Hochgebildeten in Wien behalten und auf der anderen Seite auf die Herausforderungen derjenigen, die Parallelgesellschaften bilden, weil sie arbeitslos sind oder die Sprache teilweise nicht lernen, wie nachgeholte Familienmitglieder oder solche, die schon länger da sind, eingehen. Es ist auch richtig, dass jeder von uns diese Hausordnung lernen muss, aber man muss sie den Menschen auch beibringen. Daher plädiere ich noch einmal für ein Gesamtkonzept vom Kindergarten bis zum Erwachsenenbereich und so schnell wie möglich die Vorlage eines Integrationskonzeptes.

Zum Schluss, Frau GRin Yilmaz, möchte ich mich bei Ihnen in meinem Namen und im Namen meiner gesamten Fraktion für die Zusammenarbeit und Ihre Vorsitzführung bedanken und wünsche Ihnen viel Erfolg und viel Glück auf Ihrem weiteren Berufsweg. - Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Wurzer. Ich erteile es ihr.

GRin Mag. Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich freue mich sehr. Ich möchte mich mit der Postnummer 1 beschäftigen. Ich freue mich sehr, dass die Zustimmung zu solchen Subventionen und Förderungen hier mehrheitlich außer Frage gestellt wird. Aber dass die FPÖ das niemals mit uns teilen wird, ist für die Politik, die in dieser Stadt tatsächlich stattfindet, zum Glück eh unerheblich. (*GR Armin Blind: Noch, Frau Kollegin!*)

Ich widme mich also der Mädchenberatungsstelle \*peppamint, die an das interkulturelle Mädchenzentrum \*peppa angebunden ist und damit auch räumlich super gelegen ist, um die Zielgruppe sehr gut und niederschwellig zu erreichen. Die Mädchenberatungsstelle \*peppamint unterstützt junge Migrantinnen zwischen 12 und 20 Jahren bei Fragen zu Bildung und Beruf, bei sozialen, familiären, gesundheitlichen, arbeitsspezifischen und aufenthaltsrechtlichen Problemen sowie bei Gewalterfahrungen. Das wird vor allem mit persönlicher Beratung geleistet, teilweise auch telefonisch. Wichtig ist jedenfalls, dass die Beratung anonym und vor allem kostenlos in Anspruch genommen werden kann, und das zu einem großen Teil auch wird. \*peppamint unterstützt die selbstbestimmte Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund in allen sozialen und gesellschaftlichen Bereichen.

Das interkulturelle Mädchenzentrum \*peppa, aber auch die Mädchenberatung, setzen eben niederschwellig und maßgeschneidert an den Bedürfnissen von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund an. Das Angebot der psychosozialen Beratung sowie der Bildungs- und Berufsberatung unterstützt die Mädchen bei der Suche nach Handlungsalternativen. Das bedeutet kontinuierliches Empowerment, und zwar gegen alle Widerstände. Da sind teilweise viele Widerstände, die die Gesellschaft mit sich bringt und denen sich die Mäd-

chen mit einem sehr eigenständigen Weg entgegenstellen, einen eigenständigen Weg einschlagen und auch beibehalten können.

Das schätzen wir sehr. Das spielt genau in unsere Richtung, die die rot-grüne Regierung auch einschlägt. Wir arbeiten hier an einer Stadt, wir arbeiten für eine Stadt, in der jede Menge selbstbewusste Mädchen leben, die ihren Körper toll finden, die Berufswünsche eben abseits von Rollenklischees durchsetzen, die lieben, wen und wie sie wollen, die kritisch sind, die auch gern mal Nein sagen, die eingreifen, die Neues ausprobieren, kreativ, stark und in Bewegung sind, die Bühnen und Tanzflächen erobern und die selbstverständlich überallhin und alles wollen. Das ist die Politik, die diese rot-grüne Regierung in dieser Stadt fördert. Dabei unterstützen uns \*peppamint und \*peppa sehr. Sie eröffnen Räume, damit Mädchen selbstbewusst ihre Fähigkeiten entwickeln können. Das schätzen wir. Das fördern wir. Ich freue mich sehr über die Unterstützung und die Subvention, die wir heute aussprechen können.

Zu guter Letzt, Nurten, auch vielen Dank für die gute Zusammenarbeit meinerseits. Ich wünsche dir weiterhin viel Spaß und Leidenschaft im Nationalrat. - Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Schütz. - Ich erteile es ihr.

GRin Angela **Schütz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Herr Berichterstatter! Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats! Liebe Zuhörer!

Es gibt sicherlich unterschiedliche philosophische Zugänge zur Integration. Definiert wird sie aber in den meisten Fällen als eine Annäherung gegenseitiger Auseinandersetzung, Kommunikation sowie dem Finden von Gemeinsamkeiten, der Feststellung von Unterschieden und der Übernahme gemeinschaftlicher Verantwortung. Die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben setzt allerdings neben der Fähigkeit, wie hier in Österreich, des Erlernens der deutschen Sprache auch bestimmte Kenntnisse, wie der Staatsbürgerschaft, der Landeskunde, der Achtung von Gesetzen, sowie einer positiven Einstellung und vor allem dem Willen, eine weitgehende Neusozialisation und Neuorganisation der Persönlichkeit einzugehen, voraus. Daher lehnen wir Freiheitliche auch das Bilden von Parallelgesellschaften als Folge multiethnischer und multikultureller Enklaven in Wien ab.

Seit Jahren lebt die Stadt Wien allerdings davon, Parallelgesellschaften in der Form, wie sie jetzt vorhanden sind, zuzulassen und teilweise auch durch Subventionen zu fördern, statt echte Integration zu ermöglichen. Die Einstellung zur Integration ist nicht, wie Frau Stadträtin heute schon einmal gesagt hat, auf Klischees, sondern einfach auf Erfahrungswerten aufgebaut. In jeder Sitzung haben wir zahlreiche Subventionsanträge auf der Tagesordnung. Diese reichen von einigen Tausend Euro bis zu einer Million, je nachdem, was gerade vertreten ist. Wenn man sich die Subventionspolitik der Stadt Wien anschaut, dann könnte man fast vergessen, dass wir heuer eine weitere Schuldenexplosion im Stadtbudget von über 400 Millionen EUR hatten. Vielleicht liegt es

aber auch daran, dass Rot-Grün das auf der anderen Seite mit der Anhebung einer Gebührenschrabe zur zusätzlichen Mittelfreisetzung für die Klientelbefriedigung kompensiert.

Wie schaut nun diese rot-grüne Klientelbefriedigung aus? Für den Bereich Integration werden zahlreiche unterschiedliche Vereine und Projekte oder Mitprojekte gegründet, die ihr Klientel beschäftigen. Diese suchen dann um Finanzierung der entstehenden Kosten an, damit sie auf Kosten des Steuerzahlers mit Subventionen ihre Projekte umsetzen können. Wer allerdings glaubt, dass die Projekte zu 100 Prozent in den Genuss der Subventionen kommen, der irrt, weil der größte Teil der Subventionskosten nämlich auf Verwaltungskosten entfällt. Die meisten Projekte zielen allerdings rein auf die Betreuung des Migrationsklientels ab, so auch die Vereine, die wir heute auf der Tagesordnung haben. Die Caritas der Erzdiözese Wien für das Projekt „Hilfe in Not“ für den Arbeitsbereich \*peppamint in der Höhe von 30 000 EUR für das Jahr 2013 und die Initiative Minderheiten Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten in der Höhe von 18 800 EUR. Das sind heute nur zwei Beispiele von vielen, die wir immer wieder haben. Auch wenn die Summen diesmal nicht so groß sind, viele kleine Summen summieren sich auch wieder zu einem großen Betrag, den man sicher auch ganz gut für andere Bereiche zum Wohl der Wienerinnen und Wiener nützen könnte.

Womit sich die Caritas ursprünglich allerdings wirklich gut ausgekannt und einen guten Namen gemacht hat, war das soziale Engagement in Bezug auf Altenpflege und Sterbebegleitung, ein wichtiger und guter Beitrag für die Gesellschaft, etwas, was sie gut gemacht hat und was sie gut kann. Dabei sollte sie auch bleiben und dafür sollte es auch immer finanzielle Mittel geben. Leider war das einigen Vertretern nicht erfüllend genug und sie haben sich teilweise von der Politik verwenden lassen oder gemeint, dass sie selbst gutmenschlich Politik betreiben müssen. Ich kann hier nur sagen: Schuster, bleib bei deinen Leisten!

Die Subventionspolitik der Stadt Wien führt aber leider auch dazu, dass Wirtschaftsflüchtlinge vermehrt nach Wien drängen, um hier die soziale Hängematte zu genießen. Asyl ist das Zauberwort für die Massenzuwanderung in unser Sozialsystem. Viele NGOs machen leider auch mit der Betreuung von Asylwerbern Geld.

Übrigens, für uns Freiheitliche ist Asyl ein hohes Gut und wir werden nicht zulassen, dass organisierte Geschäftemacher das missbrauchen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das Motto „Alle Rechte den Ausländern und alle Pflichten für Inländer.“ kann und darf es nicht geben! Wir Freiheitlichen werden das nicht dulden!

Die Caritas selbst blickt laut Projektbeschreibung auf ein 20-jähriges Arbeiten mit Migranten zurück. Interessant finde ich jetzt nur, dass die Caritas in diesem Projektschwerpunkt auf Mädchen- und Gewaltberatung setzt und auf der anderen Seite gerade aus dieser Ecke kein Kommentar über die Vorgänge zu den radikalen Hasspredigern, die gegen Integration, aber auch gegen die Rechte der Frauen wettern, kommt.

Radikalislamisten, die in Wien Kämpfer für den Dschihad in Syrien anwerben, werden wir hier nicht akzeptieren und dulden! Gerade unter den Islamisten gibt es viele, die sich nicht integrieren wollen. (GRin Nurten Yilmaz: *Bringen Sie die Caritas jetzt mit kriminellen Machenschaften in Verbindung? Ist das so zu verstehen?*) - Nein! Ich hätte gerne von der Caritas etwas dazu gehört. Ich hätte gerne, dass sie sich auf die Seite der Schwachen gestellt und dazu Stellung bezogen hätte. Das hat sie leider nicht gemacht. Aber sonst mischt sie sich immer in die Politik ein. (Beifall bei der FPÖ. - GR Kurt Wagner: *Die Caritas gehört nicht der SPÖ!*)

Viele der Vereine, die von der Stadt Wien Subventionen bekommen, bieten neben „Mama lernt Deutsch“-Kursen psychologische und Gewaltberatung sowie Paartherapien an. Bei dieser Mädchenberatung \*peppamint werden rund 40 Prozent Gewaltberatungsprobleme aufgearbeitet und in der Familie betreut. Die Mädchen sind laut Aussagen des Vereins zwischen 8 und 24 Jahre alt. Der Schwerpunkt der betreuten Frauen kommt aus der Türkei.

Hier kann man sich natürlich schon die berechtigte Frage stellen, warum das so ist. Da drängt sich schon eine Studie des deutschen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über jugendliche Migranten und muslimische Jugendliche vom Oktober 2010 auf, die einfach sagt, dass es im Bereich der Gewaltkriminalität, aber auch der Deutscheindlichkeit einen Bereich gibt, nämlich den der Türken, die einfach mit einem sehr hohen Prozentsatz dabei sind. Diese Studie sieht die Ursache für Gewalttätigkeit von jugendlichen Migranten in gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen. Diese Studie zeigt auch auf, dass 42 Prozent der muslimischen Zuwanderer interreligiöse Partnerschaften ihrer Töchter ablehnen. Was man auch nicht vergessen darf und ein großes Problem darstellt, ist, dass ein großer Teil der Migranten nichtdeutscher Muttersprache ist, das sind ungefähr rund 25 Prozent. Diese finden natürlich auch erschwert einen Zugang zu einem Arbeitsplatz oder vielleicht sogar gar keinen.

Wenn man sich dann auch noch die Kriminalitätsstatistik des Bundesministeriums ein bisschen anschaut - aus dem Jahr 2012 habe ich sie mir hergenommen -, sind 41 Prozent der ausgeforschten Tatverdächtigen Ausländer, wobei diejenigen mit Migrationshintergrund nicht eingerechnet werden.

Wenn ich mir dann auf der anderen Seite anschau, dass Wien die Quote um 150 Prozent übererfüllt und noch 300 000 illegal in Wien lebende Personen dazu kommen, dann bietet sich hier schon ein Bild, das hinterfragenswert ist.

Zum zweiten Verein, dem Verein Initiative Minderheiten, der 1991 gegründet worden ist und der sich laut seiner eigenen Definition als Vermittler zwischen den einzelnen Minderheitengruppen und zwischen der Mehrheit und Minderheit als Schnittstelle zwischen Kultur und Bildung sieht, möchte ich noch sagen, bei diesem Rahmensymposium mit der aktuellen Debatte zur Mehrsprachigkeit mit historischen Entwicklungen und Konflikten,

die Sie da in Verbindung bringen, stellt sich für mich schon die Frage, ob dieses Projekt die Integration in der Stadt Wien wirklich weiterbringt.

Was ich auf jeden Fall sehe, ist, dass die rot-grüne Mehrheit mit ihrer Multikulti-Politik jegliche Integrationsbemühungen gezielt torpediert. Als bestes Beispiel fällt mir da jetzt nur die massive Beteiligung junger Neo-Österreicher an den Pro-Erdogan-Demonstrationen ein, wo eine junge Demonstrantin dem ORF ein Interview gegeben hat, die sich unter dem Applaus ihrer radikalislamistischen Freunde dazu verstiegen hat zu sagen: „Mein Blut ist türkisches Blut. Nur weil ich einen österreichischen Pass habe, heißt das noch lange nicht, dass ich im Kopf österreichische Staatsbürgerin bin.“ - Das zeigt einmal mehr auf, dass viele türkischstämmige Bürger auf unseren Staat, seine Gesellschaft und deren Werte pfeifen und sich gar nicht integrieren wollen! (Beifall bei der FPÖ.)

Als letzten Punkt möchte ich auch noch das Thema Frauengesundheit hernehmen. Auch in diesem Bereich wird alles dem Thema der Migration untergeordnet. Wir haben ein aktuelles Beispiel, das mich schon beschäftigt und das mich nicht gerade positiv stimmt. Nur weil Frauen mit Migrationshintergrund nicht so gerne zum Gynäkologen gehen, werden die Brustkrebsuntersuchungen umgestellt. Bis jetzt war es so, dass man jedes Jahr einfach zum Gynäkologen gegangen ist, dort seine Untersuchungen gemacht hat, die wirklich wichtig und notwendig sind und die jede Frau ein Mal im Jahr machen sollte. Der Arzt hat dich dann, je nachdem, wie deine Vorgeschichte ist, zur Mammographie überwiesen, eventuell auch zum Ultraschall, wenn es notwendig war. Jetzt ist das nicht mehr so. Jetzt gibt es das nicht mehr. Jetzt kann er nur noch bei begründetem Verdacht überweisen. Jetzt wirst du von der Krankenkasse eingeladen, aber nur im Alter zwischen 44 und 59 Jahren. Davor und danach musst du nämlich selbst schauen, wie du die Einladungen kriegst. Selbst die Leute zwischen 44 und 59 Jahren werden nicht regelmäßig eingeladen. Ich muss ehrlich sagen, ich habe zum Beispiel bis heute keine Einladung bekommen, eine Vorsorgeuntersuchung vorzunehmen. Aber mein Gynäkologe kann mich auch nur noch bei begründetem Verdacht zuweisen. Ob das jetzt wirklich eine Verbesserung ist, bezweifle ich ganz gewaltig.

Solange die Integration in Wien eine Einbahnstraße ist, werden wir Subventionen dieser Art und anderer Art sicher nicht zustimmen! (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Yilmaz. - Ich erteile es ihr.

GRin Nurten **Yilmaz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Liebe Frau Stadträtin! Verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das ist meine letzte Rede hier im Wiener Gemeinderat, bevor ich in den Nationalrat wechsele. Ich will sie für ein paar grundsätzliche Gedanken benutzen.

Der Wiener Gemeinderat vertritt die Wienerinnen und Wiener. Der Wiener Gemeinderat vertritt die ver-

schiedensten und unterschiedlichsten Positionen der Wienerinnen und Wiener. Das spiegelt sich natürlich in den Debatten, wie zum Beispiel hier, immer wider, aber auch in der Ausschussarbeit.

Mein Ziel war immer, gemeinsame Lösungen zu finden, ohne aber die eigenen Grundwerte aufzugeben. Das gelingt natürlich nicht immer. Es gibt hier im Gemeinderat Abgeordnete, deren Grundwerte mit meinen kaum übereinstimmen. Das wirkt sich natürlich auf deren Meinungen und Überzeugungen aus. Einige dieser Abgeordneten waren hart, aber fair. Ich habe die Auseinandersetzung in der Sache mit ihnen immer sehr geschätzt. Und einige waren hart und unfair. Das sind zum Glück einige wenige gewesen. Mit den meisten Frauen und Männern hier im Saal habe ich sehr gerne gearbeitet. Nicht wenige von ihnen sind im Laufe der zwölfjährigen Jahre meine Freundin oder mein Freund geworden.

Sehr geehrte Damen und Herren, so wie alle hier im Saal liebe ich meine Stadt und liebe unsere Mitbewohnerinnen und Mitbewohner. Beim Wetter in Wien könnte man vielleicht noch einiges verbessern, aber im Großen und Ganzen ist unsere Stadt einfach leiwand. Sollte ich ein bisschen dazu beigetragen haben, dann wäre ich mehr als froh. Das kann ich selbst nicht entscheiden, das müssen andere tun. Ich habe jedenfalls mein Bestes gegeben. *(Allgemeiner Beifall.)*

Eines kann ich getrost sagen, meine Arbeitsschwerpunkte Integrationspolitik und Frauenpolitik waren nicht die langweiligsten hier im Rathaus. Da hat es im Bezirk, in den Ausschüssen, im Plenum überdurchschnittlichen Bluthochdruck gegeben. Das ist zwar aus ärztlicher Sicht nicht besonders gut, aber politisch offensichtlich unbedingt notwendig, sonst wären die Themen ja nicht so große Aufreger.

Ich bin jetzt für fünf Jahre in den Nationalrat gewählt worden. Natürlich werde ich dort Politik für Österreich machen. Aber ich bleibe Wienerin, ich bleibe Ottakringerin. Es hat sich nicht das Stück, sondern die Bühne geändert.

Ich will jetzt auch den Augenblick nutzen, den vielen Helferinnen und Helfern, die meine Arbeit unterstützt haben, zu danken. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unserem Klub, im Rathaus, in der SPÖ und den Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion.

Danken möchte ich unseren Koalitionspartnern, im Besonderen GR Akkilic, GRin Wurzer, GRin Hebein und GRin Vana, für ihre konstruktive Arbeit. Besonders möchte ich allen Stadträtinnen und Stadträten und deren Büros und MitarbeiterInnen in den Stadträtinnenbüros und Stadtratbüros sehr herzlich danken. Zu guter Letzt unserem Bgm Michael Häupl. Ich werde die gemeinsame Zeit hier niemals vergessen. Ich möchte keinen einzigen Tag, den ich hier verbracht habe, missen.

Zum Abschluss noch, man kann unterschiedlicher Meinung sein, aber man muss die Menschen immer respektvoll behandeln. Ich habe das im Laufe der zwölfjährigen Jahre probiert, aber ich habe sicher das eine oder das andere Mal diesen respektvollen Umgang fehlen lassen. Sie alle kennen den stressigen Alltag, den wir

als Gemeinderäte und Gemeinderätinnen manchmal haben. Da fallen manchmal Worte, die man rückwirkend bereut. Dafür ersuche ich um Pardon. Für meine harten Worte, die Antwort auf Untergriffe waren, ersuche ich aber nur um Verständnis. Denn wie sagt der Ostbahn Kurti so richtig: „Lossts eich nix gfoin!“

Auf Wiedersehen und Glückauf! Alles Gute! *(Allgemeiner Beifall, lang anhaltend und mit Standing Ovationen bei SPÖ und GRÜNEN sowie Überreichung eines Blumenstraußes durch GR Dipl.-Ing. Rudi Schicker an GRin Nurten Yilmaz.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Berichterstatter hat auf das Schlusswort verzichtet.

Ich bitte um Verständnis, dass ich in meiner Funktion als Vorsitzender, und ich versuche, hier für alle Fraktionen zu sprechen und deshalb auch ausgewogen zu sein, ein bisschen auf Nurten Yilmaz eingehe. Ich bitte auch um Entschuldigung, dass ich sie, so wie immer, per du anspreche.

Weil du, Nurten, heute die letzte Rede im Haus gehalten hast, nach einem sehr engagierten Leben in diesem Haus, habe ich mir gedacht, was in einem Kopfe vorgeht, wenn man nach so langer, relativ langer Zeit, hier ausscheidet, in Bälde im Nationalrat angelobt wird und neue Herausforderungen warten, und zwar echte, wirkliche Herausforderungen, wie sie auch hier bestanden haben, nur eine neue Bühne, wie du richtig gesagt hast, auf dich wartet.

Ich habe dich, glaube ich, erstmals kennen gelernt in einer Zeit, wo wir uns um die Anliegen von Immigranten bemüht haben, weit vor unserer Funktion in diesem Hause. Ich kann mich noch erinnern, ich ging beim Verein österreichisch-türkische Freundschaft ein und aus, weil ich den damaligen Geschäftsführer auch sehr gut kannte. Ich habe die Meinung vertreten, dass du den Zugang hast, der zu meinem ziemlich parallel ist, nämlich nicht für irgendetwas zu arbeiten, sondern für den Menschen selbst, der verstärkt auch Unterstützung braucht. Ich habe auch den Eindruck, dass du das Gemeinsame über das Trennende stellst und das auch hier immer wieder sehr stark bewiesen hast.

Wenn ich mir anschau, du warst später auch im Kuratorium des Wiener Integrationsfonds, wo ich damals schon als Vizepräsident wirken durfte, kenne ich genau dein Engagement aus dieser damaligen Zeit. Du bist 1999 bis April 2001 Bezirksrätin in Ottakring gewesen und hattest dich damals auch mit Kinder- und Jugendfragen beschäftigt. Das heißt, das Thema Mensch stand auch hier sehr stark im Mittelpunkt. Als du im April 2001 in den Wiener Gemeinderat und Landtag gewählt wurdest, hattest du auch einen direkten Weg in jenen Ausschuss gefunden, der sich mit Integration, Personal, Frauenfragen, Konsumentenschutz und, und, und beschäftigt hat. Das heißt, du hast eine sehr klare Linie gehabt. Du wurdest im Februar 2007 zur Vorsitzenden dieses Ausschusses gewählt. Ich konnte das alles sehr direkt miterleben, weil wir immer im gleichen Ausschuss tätig waren. Du hattest auch Tätigkeiten als Mitglied gewählt in dem Gemeinderatsausschuss Finanzen, Wirt-

schaftspolitik und Wiener Stadtwerke. Du warst auch Mitglied in der Gemeinderätlichen Personalkommission. In manch anderen Ausschüssen, damit die Zeit nicht zu kurzweilig ist, warst du Ersatzmitglied. Das hattest du in der Tat auch sehr intensiv wahrgenommen.

In dieser Zeit, habe ich den Eindruck, und man hört es auch an den Wortmeldungen, hast du dir einen Respekt erarbeitet, den man sich tatsächlich verdienen muss und den man nicht automatisch erhält. Verlieren kann man einen derartigen Respekt irrsinnig rasch. Heute hat sich gezeigt, du hast ihn nicht verloren, sondern ausgebaut. Du warst eine wunderbare Vorsitzende im Gemeinderatsausschuss, weil du auch die Ausgewogenheit voll gelebt hast. Man muss auch andere Meinungen respektieren und akzeptieren und kann diese anderen Meinungen a priori als Gegner insgesamt darstellen. Wir grenzen da niemanden aus. Du hast Linie behalten, Haltung bewahrt durch deine Korrektheit und durch deine Seriosität.

Ich wünsche dir, und hier glaube ich, im Namen aller sprechen zu dürfen, viel Glück, viel Kraft, viel Beharrlichkeit. All das braucht man in dieser politischen Tätigkeit. Ich wünsche dir den nötigen Erfolg. Nur Erfolg ist nämlich die Stufe für den nächsten Erfolg. Deshalb viel Erfolg in deiner Zukunft und vielen herzlichen Dank für deine Arbeit hier in diesem Hause! - Danke vielmals! (*Allgemeiner Beifall.*)

Wir kommen nun zur Abstimmung, die wir getrennt durchführen.

Wer der Postnummer 1 die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mehrheitlich, mit Stimmen der Regierungsparteien und der ÖVP, so angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 2. Wer diesem Poststück die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit den Stimmen der Regierungsparteien mehrheitlich so angenommen worden.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 23 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft den Verkauf einer Liegenschaft in der KatG Gerasdorf. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Kubik, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Gerhard **Kubik**: Danke schön. - Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Poststück.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Frank. Ich erteile es ihr.

GRin Henriette **Frank** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Bei dem vorliegenden Geschäftsstück geht es um den Verkauf eines Grundstückes mit 62 995 m<sup>2</sup> in Gerasdorf. Nun, grundsätzlich ist gegen einen Grundstücksverkauf nichts einzuwenden. Ein bisschen anders ist es bei diesem Akt. Da wird vom Käufer, es ist die EPS aus der Porr-Gruppe, ein Betrag von 160 000 EUR - ich lasse jetzt die Einzel-Euros weg - bezahlt, und parallel dazu bekommt die Porr von der Stadt Wien 660 000 EUR, weil das Grundstück so stark kontaminiert ist.

Jetzt geht aus dem Akt aber hervor, dass die Dekontaminierung bis zu 95 Prozent, zumindest die ersten 10 Jahre, aus dem Altlastenfonds gesponsert oder getragen wird. Das heißt einmal, dass hier ja, würde die Stadt Wien das Grundstück behalten, sie gar nicht wirklich belastet wird, weil 95 Prozent sowieso der Altlastenfonds zahlt. Trotzdem verkaufen wir es an die Porr, und trotzdem geben wir der Porr noch einmal 660 000 EUR.

Außerdem steht weiter in dem Aktenstück, dass es auf die Gesamtdauer die Stadt Wien zirka 1,018 Millionen kosten würde, müsste man die gesamte Dekontaminierung tragen. Würde ich jetzt schon einmal die 500 000 abziehen, die sowieso übrig bleiben aus dem, was mir die Porr zahlt und ich an die Porr zurückzahle, dann blieben gerade noch rund 500 000 EUR übrig. Die Frau Bluma, würde sie eine Rede halten, würde jetzt sagen: Das sind gerade einmal 0,004 Prozent des Gesamtbudgets.

Das heißt, um die 500 000 EUR, die das die Stadt Wien kosten würde, verkaufe ich an die Porr ein 63 000 m<sup>2</sup> großes Grundstück im Speckgürtel der Stadt Wien. Würde ich es in den 10 Jahren oder in 15 Jahren sanieren, dann würde ich hier sehr, sehr viel Geld verdienen! Dazu kommt, dass der Mittelwert, der von Sachverständigen, von Magistratsdienststellen, von wem immer ermittelt wurde, bei 3,23 EUR pro Quadratmeter liegt, die Stadt es jetzt aber auf 2,54 heruntersetzt und noch einmal der Porr etwas schenkt.

Ich kenne solche Verkäufe zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Kirchwegger-Haus. Das ging durch viele Hände. Es kam auch zur Porr, die es relativ günstig kaufen konnte, und von der Porr hat es die Stadt Wien dann wieder sauteuer zurückgekauft! Also diese Geschichte zu verfolgen, wird sicher noch spannend.

Dann heißt es in einem Schreiben vom 25.6.: Die Verhandlungen werden von der Porr Umwelt geführt, der Käufer ist die WIBEBA. Im September sind dann die EPS der Käufer und die WIBEBA Verhandler. Insgesamt gibt es sieben verschiedene Firmenbuchauszüge, weil das ja offensichtlich ein bisschen die Runde gemacht hat. Also ich glaube, dieses Geschäftsstück ist schon, ich würde nicht sagen, dubios, aber es ist hier eine eindeutige, massive Verschwendung von Steuergeldern.

Besonders auffallend ist auf der Seite 5 dieses Vertragswerkes: Die Bedingungen, damit es überhaupt dazu kommt, sind einerseits die grundverkehrsbehördliche Genehmigung und andererseits das Vorliegen des rechtskräftigen Fördervertrages. Eine Bedingung, dass auch der Gemeinderat das beschließen muss, ist entfallen oder hier nicht unbedingt notwendig.

Also ich glaube, wenn wir 63 000 m<sup>2</sup> verkaufen, ob kontaminiert oder nicht - aber dass wir dann dem Käufer, der es schon unter Wert bekommt, noch einmal 660 000 EUR draufzahlen, das ist nicht in Ordnung! Das ist für mich eine Verschwendung von Steuergeldern, und wir werden das mit Sicherheit ablehnen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Bevor ich Herrn GR Mahdalik das Wort erteile, möchte ich alle Besucher und Besucherinnen auf der Galerie besonders herzlich

begrüßen, mich für das Interesse bedanken und insbesondere einen prominenten Gast, den Maler Gottfried Helnwein, und seine Frau begrüßen. Schön, dass Sie Interesse an der Debatte haben! *(Allgemeiner Beifall.)*

Das Wort hat nun Herr GR Mahdaliik.

GR Anton **Mahdaliik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Werter Berichterstatter! Verehrte Damen und Herren!

Ich möchte insbesondere zwei aus meiner Sicht prominente Kämpfer gegen die Zerstörung von Steinhof auf der Tribüne zum wiederholten Male begrüßen: die Frau Röhrich und den Herrn Hadinger! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Beim vorliegenden Aktenstück sehen wir ja, dass die Stadt Wien Grundstücke kauft, Grundstücke verkauft und manchmal auch Grundstücke tauscht. Manchmal sogar an stadtnahe Wohnbauträger, wie im Punkt 24, der heute nicht zur Diskussion kommt, zu sehen ist: einem Verkauf an die ARWAG.

Bei einem stadteigenen Wohnbauträger wie der Gesiba im Falle von Steinhof sollte so ein Grundstückstausch erst recht möglich sein. Das ist ein In-Firm-Geschäft: Die Genossen reden mit den Genossen, die Roten könnten sich das untereinander ausmachen. Der Wohnbaustadtrat mit der stadteigenen Wohnbaugesellschaft, -genossenschaft sollte kein großes Problem darstellen.

Das Projekt am Steinhof wurde ja angeblich abgespeckt auf nur mehr 200 Wohnungen. Aber wir haben da einen ganz klaren Zugang zu diesen 200 Wohnungen, weil wir sagen: 200 Wohnungen am Steinhof sind 200 zu viel! 100 Wohnungen wären 100 zu viel. Es soll dort überhaupt keine Wohnbautätigkeit stattfinden!

Dabei bleiben die Freiheitlichen, sehr geehrter Herr Stadtrat, und die Bevölkerung, die sich mit über 70 000 Unterschriften für die laufende Unterschriftensammlung und auch schon mit der Petition gegen die Zerstörung von Steinhof ausgesprochen hat. Auch die Bevölkerung bleibt bei ihrer Linie, dass dieses einzigartige Ensemble Otto Wagners samt Parklandschaft nicht zerstört werden darf, nur weil sich ein stadteigener Wohnbauträger offenbar die Taschen bis an den Rand füllen will mit Luxuswohnungen in Grünuhe-Bestlage. Darum wundern wir uns ... *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Also der gelehrte Wiener wundert sich überhaupt nicht mehr. Natürlich ist auch die SPÖ daran interessiert, und die GRÜNEN wahrscheinlich auch, weil ein bisschen was abfallen wird. Denn wenn die Gesiba dort die Luxus... *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das sind so deine Unterstellungen! Reiß dich ein bisschen zusammen, Toni, echt!) Was abfallen kann immer ... (GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Bei der Regierungsbeteiligung der FPÖ war das so! In Kärnten war das so! - Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir machen ja auch immer sehr viel Werbung für die Abfallverminderung, also kann auch ein bisschen was für die GRÜNEN abfallen. Die sollen dann nicht beleidigt sein, denn wir haben in den letzten zwei Jahren gemerkt, was für die GRÜNEN alles abfallen kann. *(Beifall bei der*

*FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb. - Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Es ist ja kein Zufall, Kollege Margulies, Kollege Maresch, sehr geehrter Herr Klubobmann, dass es früher keine grüne „Wienwoche“ gegeben hat. Seit ihr in der Regierung seid, haben sie den Schwarzen die Hälfte vom Stadtfest weggenommen, und da ist für euch was abgefallen - gar nicht so wenig: 450 000 EUR! *(Beifall bei der FPÖ. - GR Mag Rüdiger Maresch: Wo ist euer Geld von der Telekom? Wo ist das? Gebt ihr es zurück ... - Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Da werden dann auch Familienmitglieder mit Beraterposten versorgt. Da fällt auch für manchen Familienclan etwas ab. Also tut nicht so scheinheilig! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Du bist scheinheilig!) Ihr habt es euch gerichtet. Ihr habt im Falle von Steinhof auch alle Prinzipien, die ihr vorher gehabt habt, vergessen, verraten, manche sagen vielleicht sogar, verkauft. (GR Dipl-Ing Martin Margulies: Korrupt seid nur ihr! - GR Mag Rüdiger Maresch: Warum gebt ihr es noch immer nicht zurück? Wo ist das Geld? - GR Dipl-Ing Martin Margulies: Durch die Bank korrupt!)*

Von den Gaddafi-Millionen möchte ich heute gar nicht reden. Das steht ja nicht zur Debatte. *(Heiterkeit bei den GRÜNEN. - GR Mag Rüdiger Maresch: Hörst, wann redet der Haider ... - Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Damals ist unter dem Parteisprecher Pilz in den wilden 80er Jahren auch ein bisschen was abgefallen für die GRÜNEN aus dem fernen Libyen. *(Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Aber eigentlich wollten wir heute über einen möglichen Grundstückstausch reden. Ein Grundstückstausch, wenn man nur den politischen Willen dazu hat, wäre locker möglich, wenn der StR Ludwig, den ich ja persönlich sehr schätze, sagt, setzen wir uns zusammen, liebes Gesiba-Management, schauen wir, ob ihr adäquate Ersatzgrundstücke irgendwo ins Auge fassen könntet, unterhalten wir uns, verhandeln wir, ihr baut die 200 Wohnungen anderswo und macht so auch euer Geld.

Denn am Steinhof wird eines nicht stattfinden, nämlich die Erfüllung der rot-grünen Schlagworte vom leistbaren Wohnen, von den Smart Cities, von den günstigen Sozialwohnungen und, und, und, wie es in den Sonntagsreden immer so schön heißt. Und wo wird dann gebaut? In grüner Best-Ruhelage am Steinhof für die Reichen und Schönen dieser Stadt! Denn Sozialwohnungen werden das genauso wenig werden wie etwa jene besprochenen oder oftmals angesprochenen in den Danube Flats, wo wir ebenfalls unsere Zweifel haben, ob da wirklich Hinz und Kunz einziehen werden oder nicht doch die oberen Zehntausend dieser Stadt beziehungsweise die rote und grüne Nomenclatura.

Also, wenn die Stadt Wien willens wäre - und wir wollen heute in einem Antrag erneut versuchen, eine einstimmige Willenserklärung herbeizuführen -, einen Grundstückstausch mit der Gesiba durchzuführen und somit das Jugendstil-Ensemble Otto Wagners am Steinhof zu retten für unsere Kinder und Kindeskinde, dann könnte sie das locker tun, bestehende Verträge hin oder her. Es sind ohnehin lauter Genossen *(GR Mag Rüdiger*

*Maresch: Du hast schon einmal gesagt ...*), bei der Gesiba oder bei der Stadt Wien. Und für die GRÜNEN - ich darf es wiederholen - wird vielleicht auch ein bisschen was abfallen. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Wie war das vor ein paar Jahren? Habt ihr da nicht dagegen gestimmt?*) Vielleicht kriegt ihr beim nächsten Mal ... (*GR Mag Rüdiger Maresch: ... nicht verkaufen?*)

Ich bin gescheitert geworden. Man kann lernen. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Du bist „gescheitert geworden“!*) Du wirst sagen, das ist keine große Kunst. Sag es bitte! Normalerweise sagt es der Chorherr, der ist aber gerade nicht da. Wenn ihr ein bisschen schmähdast seid, helfe ich euch gern weiter.

Darum stellen wir hier also heute zum wiederholten Male den Antrag. Denn unser Ziel und auch das Ziel der engagierten Kämpfer gegen die Verbetonierung von Steinhof ist es, dieses wirklich weltweit einzigartige Ensemble - das gibt es auf der ganzen Welt nur ein Mal! - zum UNESCO-Welterbe zu erheben, was natürlich die roten, die rot-roten Wohnbaupläne durchkreuzen würde. Gut wäre es allemal für unser kulturelles und architekturhistorisches Erbe.

Darum wollen wir heute als ersten Schritt den sicherlich möglichen Grundstückstausch mittels Antrag anleiern. Und zwar soll sich der Gemeinderat dafür aussprechen, dass die Stadt Wien dem stadteigenen Wohnbauträger Gesiba ein adäquates Ersatzareal für den Bau von 200 Wohnungen anbietet und durch den Grundstückstausch den Erhalt des Gesamtkunstwerks Otto Wagners am Steinhof sicherstellt, wobei wir die sofortige Abstimmung verlangen. - Und ich mich gleichzeitig für Ihre Aufmerksamkeit bedanken darf. (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Berichterstatter hat nun das Schlusswort.

Berichterstatter GR Gerhard **Kubik**: Danke, Frau Vorsitzende!

Jeder, der mich länger kennt, weiß, dass ich in Geographie immer schlecht war. Aber dass Gerasdorf so nah bei den Steinhof-Gründen liegt, wie jetzt in der Rede herausgekommen ist (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) - soll sein. (*StR Mag Manfred Juraczka: Alles ist relativ!*) Alles ist relativ, ja, aber wenn man ein bisschen fußmarod ist, dann nehmen Distanzen wahrscheinlich eine andere Dimension ein.

Mir sind nur zwei Dinge eingefallen. Zum einen, wie das so gekommen ist mit Unterstellungen, was nicht alles passiert sein könnte, gibt es ein Sprichwort: „Wie der Schelm denkt, so ist er.“ Das ist das eine. Beziehungsweise wie man Geld kassieren kann, kann man auch sagen: „Learning by doing.“ Also ihr habt ja als FPÖ bewiesen, dass man es gut kann, wenn man einmal dort sitzt, wo man es vielleicht zusammenbringt.

Aber zurückkommend zum Aktenstück - fast -: Ich denke, dass es auch gut war, dass die Vertreter der Bürgerinitiative Steinhof jetzt einmal gesehen haben, wer ihre vermeintlichen Interessen vertritt und in welcher Form. Also ich glaube, es war auch für sie eine lehrreiche Stunde, zu sehen, wer meint, sie vertreten zu kön-

nen.

Zum Aktenstück selber denke ich, dass es durchaus ein guter Verkauf ist, ein Verkauf von einem Grundstück, das schwer belastet ist. So wie es früher war: Vor 30, 40 Jahren hat man eben den Dreck irgendwo hineingeworfen, es dann zugedeckt, und die Geschichte war's. In der Zwischenzeit ist es zu sanieren, und die Sanierung geht ja nicht nur die nächsten 20 Jahre, sondern danach hinaus auch weitere Jahre.

Ich glaube, dass es in Summe ein gutes Geschäft für die Stadt ist, dass man sich dieses Problems jetzt in dem Verkauf an die Firma EPS entledigt hat, und denke, dass es somit auch eine Zustimmung zu diesem Aktenstück geben kann. - Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Dies ist mit Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den vorliegenden Beschlussantrag der FPÖ-Gemeinderäte Mahdalik, Gudenus und Frank betreffend notwendigen Grundstücksaustausch zwischen der Stadt Wien und der Gesiba am Steinhof. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt. Ich ersuche jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Der Antrag ist von FPÖ, ÖVP und dem klubunabhängigen Mandatar unterstützt und daher abgelehnt.

Es gelangt nunmehr Postnummer 19 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 7812E im 22. Bezirk, KatG Aspern. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Mag Duzdar, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Mag Muna **Duzdar**: Danke sehr. - Ich ersuche um Zustimmung zum vorliegenden Aktenstück.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mahdalik. Ich erteile es ihm. (*GR Gerhard Kubik, darauf Bezug nehmend, dass GR Anton Mahdalik mit Krücken geht: Soll jemand die Sachen hinaustragen? - GR Anton Mahdalik, auf dem Weg zum Rednerpult: Das schaffe ich gerade noch! Nächstes Mal mit dem Rollator!*)

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Berichterstatterin! Werte Damen und Herren!

Hier haben wir ein Plandokument aus dem 22. Bezirk betreffend die Seestadt Aspern, wo ja rundherum, besonders im Norden des ehemaligen Flugfeldes, auch sehr viel Radwegbau stattgefunden hat. Das ist nichts Ehrenrühriges, wir sind auch sehr dafür, dass dort Radwege gebaut werden. Auf der Ostbahn-Begleitstraße im zweiten Teil sind aber wieder nur Mehrzweckstreifen auf die Straße gepinselt worden, was ja nicht extrem sicher ist. Dafür war uns auch die Geldausgabe der Stadt Wien ein bisschen zu viel, darum haben wir das damals im Ausschuss abgelehnt. Aber an und für sich bin besonders ich für den Ausbau von Radwegen, denn wie schon

einige Male erwähnt, fahre ich im Jahr so viel Rad wie der ganze Grüne Klub zusammen. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Auf dem Hometrainer!*) Auch.

Aber wie ich den Medien entnehmen musste, ist schon wieder ein neues grünes Projekt - ich glaube nicht, dass die SPÖ wirklich begeistert davon ist - in Planung für einen ganz, ganz wichtigen Radweglückenschluss, nämlich beim Schottentor, weil dort bis jetzt die armen Radfahrer einen Umweg von 300, 400 m nehmen müssen und vielleicht 2 Minuten länger brauchen. Obwohl ja Radfahren eigentlich gesund sein soll, und wenn man 300, 400 m länger fährt, dann ist es noch gesünder!

Es gibt noch keine Planungen, zumindest nicht uns bekannte Planungen für diesen Radweglückenschluss, wo unter anderem auch die Nebenfahrbahn, wo sich das Hotel de France befindet, quasi einem Fahrradweg weichen soll, wenn man den Medien Glauben schenken darf. Es hat auch noch kein öffentliches Dementi gegeben, weder von Rot noch von Grün. Dann soll der Radweg weitergehen Richtung Jonas-Reindl, über eine stark befahrene Straße, und dann weiter zum bestehenden Ring-Radweg.

Ich habe mir das angeschaut, zwar nicht jetzt mit Krücken, aber ich bin ja sehr oft von Eßling ins Rathaus gefahren und bin natürlich auch dort gefahren. Ich bin über den Donaukanal gefahren, daraufhin in der Maria-Theresien-Straße und wäre auch zum Ring-Radweg gekommen, wenn ich gewollt hätte, bin aber gleich zum Rathaus weitergefahren. Da gibt es dann keinen Radweg mehr, sondern da fährt man einfach auf der Straße weiter.

Das war bis jetzt kein großes Problem. Aber die GRÜNEN haben schon wieder ein Problem erkannt - wie auf der Mariahilfer Straße, wo man drauf und dran ist, die bestfunktionierendste Einkaufsstraße Wiens auf Dauer zu ruinieren, wenn die SPÖ noch länger zusieht.

Auch dort möchte man jetzt eine Situation herbeiführen. Ich habe mir ein paar Mal überlegt, wie das die GRÜNEN machen wollen - das müssen sie uns einmal vorhüpfen - dort beim Jonas-Reindl, bei der Unterführung, wo der gesamte Fußgängerverkehr aus gutem Grund daruntergeleitet wird, wo auch Geschäfte sind, wo Straßenbahnlinien fahren. Nicht nur unterirdisch, auch oberirdisch fahren sehr viele Straßenbahnlinien. Es gibt auch keine Zebrastreifen dort, wo wahrscheinlich der Radweg geplant ist, was dann ungefähr 100 m ausmachen würde.

Interessant wird es natürlich, wenn man vom Hotel de France über die Nebenfahrbahn kommt. Wenn man dann quert, gibt es wahrscheinlich noch immer keinen Zebrastreifen, sondern nur einen Fahrradstreifen mit Ampel. Das kenne ich auch noch nicht so oft in Wien.

Dann kommt man zum Jonas-Reindl, zu den Stationen - zu den Imbissbuden und allem, was dort noch ist - der Linien D, 1, 71, 43 und 44, wo beiderseits der Stationen, quasi dieser Gebäude, die Leute auf die Straßenbahngarnituren warten, dann dort einsteigen und aussteigen. Also wie ihr dort den Radweg vorbeiführen würdet oder wollt, das würde mich interessieren! Nicht nur mich, sondern uns alle hier im Saal und vor allem die

zehntausenden Fahrgäste, die dann jeden Tag, wenn die Radwege wirklich dort vorbeigeführt werden - oder zumindest einer -, auch wieder gefährdet wären.

Ihr könnt natürlich ums Reindl herumfahren, dann ist der Umweg nur mehr 200 m lang, und es dauert nur mehr 1 Minute länger. Aber dafür ist das Ganze einfach zu teuer. Wir schätzen die Kosten ohne notwendigen Schienenumbau - wenn der kommt, dann wird es richtig teuer, 5 Millionen EUR, glaube ich -, so wird auch dieser ganze wahrscheinlich nächste Murks 2 Millionen EUR kosten. Nur, damit die Radfahrer sich 2, 3 Minuten und 300, 400 m ersparen!

Das ist eine ganz stark befahrene Kreuzung. Bis jetzt haben die Autofahrer, wenn es grün geworden ist, fahren können. Wenn man dann wirklich links auf den Ring abbiegen möchte und nicht Richtung Herrengasse weiterfährt, Richtung Ring und Ringturm abbiegen will - und da fahren noch die Radfahrer, die ja nicht zu 100 Prozent diszipliniert sind, drüber -, dann wird natürlich auch der Individualverkehr behindert. Dann haben wir rund um das Schottentor, um die Votivkirche, um das Rathaus und, und, und, in der Herrengasse nur noch Stau.

Aber wir lassen uns überraschen, die Detailplanungen sollen ja schon vorliegen, wenn wir sie irgendwann einmal präsentiert bekommen, was sie bringen, sprechen uns aber heute in einem Antrag - und wollen auch alle anderen Fraktionen davon überzeugen - gegen dieses Projekt, das aus unserer Sicht sicher wieder in einem Fiasko enden wird, aus.

Darum bringen wir folgenden Antrag ein: Der Gemeinderat spricht sich im Interesse der Wiener Steuerzahler, Umwelt, Wirtschaft, Straßenbahnfahrgäste der Linien D, 1, 71, 43 und 44 sowie der Leichtigkeit und Flüssigkeit des motorisierten Individualverkehrs gegen das geplante Radweglückenschlussprojekt im Bereich des Schottentors aus, wobei wir hier die sofortige Abstimmung verlangen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Also: Nichts gegen Radweglückenschlüsse, aber alles mit Maß und Ziel!

Wenn wir jetzt schon radwegtechnisch im Bereich der Seestadt waren - in der Einleitung meines Redebeitrags, und weil ja der Kollege Kubik gesagt hat, als Fußmarder hat man vielleicht ein bisschen mehr Rechte in der heutigen Sitzung -, möchte ich gleich in Aspern bleiben. Da tut sich im Moment einiges, nicht nur im Bereich der Seestadt. Nein, es wurde auch klammheimlich und ohne Information der politischen Gremien eine Erweiterungsfläche des Friedhofes Aspern an den Wohnfonds Wien verkauft, weil angeblich kein Bedarf für weitere Gräber besteht.

Das hat uns insbesondere gewundert, weil der 22. Bezirk der am stärksten wachsende, der jüngste - deswegen brauchen wir trotzdem Gräber - der Stadt Wien ist. Wir haben heute 165 000 Einwohner, 2030 werden es 200 000 werden. Also wenn wir sie dann nicht in Zehnerschichten übereinander stapeln wollen, die Toten, die nachher trotzdem, auch wenn wir ein junger Bezirk sind, noch vorhanden sein werden, dann brauchen wir natürlich Friedhofserweiterungsflächen.

Schaut euch einmal den internationalen Vergleich an!

Ich habe jetzt die Zahlen aus dem Bauausschuss nicht mitgebracht, aber ein Kollege im Bezirk hat sie sich angeschaut. Es gibt ja Statistiken in jeder Art, in jeder Lebenslage oder auch, je näher es dem Lebensende zugeht, wie viele Quadratmeter Friedhofsfläche pro Einwohner in Wien zur Verfügung stehen. Da stehen wir im Vergleich mit anderen europäischen Hauptstädten durchaus sehr schlecht da.

Darum verstehen wir nicht, warum hier eine Erweiterungsfläche, eine Grünfläche, wo noch dazu geschützte Ziesel vorhanden sind, unter der Erde, manchmal über der Erde, warum so eine Erweiterungsfläche, eine notwendige Erweiterungsfläche - außer, wir machen irgendwo einen neuen Friedhof auf, auf dem Flugfeld in der Seestadt vielleicht, ich weiß nichts davon -, warum so etwas an den Wohnfonds Wien verramscht wird, der das nachher an einen Wohnbauträger verhökert. Ich nehme an, das wird dann die Sozialbau oder die Gesiba oder die ARWAG oder eben sonst wer im roten Einflussbereich sein.

Es gibt eine Bürgerinitiative, die innerhalb von 2 Tagen am Wochenende 2 000 Unterschriften gegen dieses Vorhaben gesammelt hat. Denn wer das Norwegerviertel in Aspern kennt, der weiß, dass es sehr, sehr dicht bebaut ist, seit vielen Jahren schon. Es gibt noch relativ viel Grün dazwischen, aber es wird natürlich immer weniger. Wenn diese Grünfläche, die jetzt zwar nicht direkt der Erholung dient, aber zukünftigen Gräbern, wenn diese Grünfläche mit Wohnbauten - und es werden ja keine zwei-, dreistöckigen, sondern ein bisschen höhere sein - zubetoniert wird, geht das massiv auf Kosten der Lebensqualität der Anrainer im Norwegerviertel.

Wir sehen auch die Hintergründe: Da ist natürlich wieder Geld zu machen! Ein Wohnbauträger profitiert, und vielleicht auch wieder die eine oder andere Partei, ohne da etwas unterstellen zu wollen. Aber wir wollen trotzdem diesen - aus unserer Sicht - Schurkenzug verhindern und beantragen hier in der Hoffnung, einhellige Zustimmung zu erlangen, Folgendes in einem Beschlussantrag: Der Gemeinderat spricht sich gegen eine Umwidmung der Erweiterungsflächen des Asperner Friedhofes zu Gunsten eines geplanten Wohnbauprojektes und für den Erhalt des Grünareals in seiner jetzigen Form samt geschützter Ziesel-Population aus, wobei wir die sofortige Abstimmung verlangen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Damit wir in Aspern bleiben und bei der Seestadt, bei der U2-Verlängerung von der Aspernstraße auf das Flugfeld, in die jetzige Seestadt, mit drei neuen Stationen, nämlich Hausfeldstraße, Aspern Nord und Seestadt: Hier wurde, was natürlich notwendig war und auch unsere Zustimmung bekommen hat, das Sekundärnetz, neben dem 26er vor allem das Busnetz, massiv ausgebaut beziehungsweise umstrukturiert. Das ist alles schön und gut, die U-Bahn-Stationen sind auch für die meisten Bewohner gut zu erreichen, in annehmbarer Zeit, mit einigen, mit vielen Buslinien. Ich glaube, ich kann jetzt mit zwei oder drei Buslinien zur Station Aspern Nord fahren. Zu anderen kann ich dann, wenn ich wieder halbwegs beieinander bin, zu Fuß gehen.

Aber entweder wurde eines nicht bedacht, oder es

wurde am falschen Fleck gespart. Für sehr viele Bewohner, für tausende Bewohner in der Wegmayer-Siedlung, in der östlichen Wegmayer-Siedlung - Kollege Maresch wird das vielleicht kennen, weil es schon Richtung Lobau geht. Sonst bist du ja nicht so oft im 22., aber falls sich wer ankettet, beim Faschingskrapfen Vorbeibringen damals mit dem Van der Bellen und mit der Vassilakou, bist du dabei gewesen. *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* Ich sage es ja nur: Kirschenallee runter, östlich davon, linker Hand, liegt die Wegmayer-Siedlung. Dort wohnen einige Tausend Leute, einige Dutzend bis 100 oder 120, vielleicht auch 200 Schulkinder, die jetzt durch die Umstellung einiger Buslinien massive Nachteile in Kauf nehmen müssen. Wenn sie zur Heustadelgasse fahren müssen, was früher eine halbe Stunde gedauert hat, fahren sie jetzt eine Stunde. Und die Afritschgasse genauso: Nach Stadlau dauert es jetzt auch eine Stunde statt einer halben Stunde.

Es kann ja vorkommen, dass bei so einer komplizierten Planung etwas schiefgeht. Da sind wir die Letzten, die dann mit dem Finger deuten und sagen: „Schlecht gemacht.“ Oder: „Ihr seid wirklich für alles zu dumm.“ Das würde ich natürlich nie behaupten. Vielleicht war es nur im Eifer des Gefechtes, oder vielleicht hat man zu spät angefangen mit der Planung. Vielleicht waren es Irrtümer, Versehen, die aus eigenen Stücken vielleicht auch repariert worden wären.

Vielleicht habt ihr es ohnehin vor, aber wir wollen hier ein bisschen nachhelfen, denn die Proteste aus der Bevölkerung werdet sicher nicht nur ihr bekommen haben, sondern die kommen natürlich auch zu uns. Aber der Bezirksvorsteher Norbert Scheed weiß sicher schon ein Lied davon zu singen, wie viele Leute jetzt unter dieser Umstrukturierung zu leiden haben. Darum wollen wir heute - und da hoffen wir wirklich einmal, wahrscheinlich schon wieder vergebens, auf einhellige Zustimmung -, dass sich der Gemeinderat dafür aussprechen soll, dass die Buslinienführungen im Bereich der U2-Verlängerung zur Seestadt Aspern so rasch wie möglich optimiert werden sollen. Hier verlangen wir ebenfalls die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ganz zum Schluss - die Roten können schon weghören - möchte ich es noch einmal wiederholen, die Mariahilfer Straße haben wir ohnehin schon lang und breit besprochen: Das habt ihr versemmt! Mehr vergeigen kann man eine Geschichte eigentlich nicht. Ich weiß nicht, vielleicht ist das nächste Projekt, wo ein Bürgermeister, der sich jetzt schon um Querungen für eine Buslinie kümmern muss, sich einmischen muss, der Radweglückenschluss, der sicher im Grünen Klub einmal beschlossen, ich weiß nicht, ausgetüfelt, auf ein Blatt Papier gebracht wurde und der dann schließlich zu den Medien dringen konnte.

Aber ich glaube, ihr macht hier den nächsten Fehler - außer ihr seht es nicht als Fehler an und sagt, Hauptsache, die Stammklientel wird bedient. Die Roten halten ohnehin die meiste Zeit den Mund. Es kostet ein paar Stimmen, doch auch wieder nicht so viele, dass es gefährlich wird. Aber ich glaube, ihr macht schlussendlich doch einen Fehler, denn irgendwann werden vielleicht

die Radfahrer, die jetzt nicht jeden Tag bei der Lindengasse, beim Hauptquartier vorbeifahren, auch sagen: Alles mit Maß und Ziel, und nicht jede Summe für jeden Blödsinn aus dem Fenster werfen!

Denn um 2 Millionen EUR - oder um 5 Millionen, wenn man Schienen verlegt - kann man schon einigen Tausend Leuten wieder einen Heizkostenzuschuss in der Höhe von 300 EUR auszahlen, und die müssten im Winter nicht in einer kalten Wohnung sitzen. Aber ich fürchte, es gilt bei diesem geplanten Radweglückenschluss das Gleiche wie beim Projekt Mariahilfer Straße. Diesmal sollen ja 100 m Radweg 2 Millionen EUR kosten. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das kann man nicht so ...*) Das wäre vielleicht ein neuer Rekord. Ring-Radweg: Ihr gebt zwar nur 4,5 Millionen EUR zu, ihr seid aber noch lange nicht fertig. Ich glaube, 8,5 Millionen wird er schlussendlich kosten.

Was lernen - für alle möchte ich nicht sprechen: Was lerne ich daraus? Angelehnt an euren Wahlkampf-Slogan, und keiner ist persönlich angesprochen, sondern die Partei als gesamte: Ihr seid zu 100 Prozent belämmert und zu 0 Prozent kompetent! Es ist traurig, ja. (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin GRin Mag Muna **Duzdar**: Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte ein paar Worte zu dem gegenständlichen Plandokument sagen. Kollege Mahdalik hat viel gesprochen, er hat viel über Radwege gesprochen, aber er hat nicht gesagt, worum es bei dieser Flächenwidmung oder Änderung der Flächenwidmung eigentlich geht. Es geht in Wirklichkeit um das größte Stadtentwicklungsgebiet Europas mit 240 Hektar! Und es geht vor allem darum, mit dieser Änderung heute Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass dieses Zentrum tatsächlich ein urbanes, ein innovatives und natürlich auch ein moderner Betriebsstandort wird.

Nach Abwägung vieler Optionen und Auslotung vieler Möglichkeiten sowie gegen den Druck internationaler Konkurrenz hat sich ein renommiertes internationales Unternehmen, in der Technologie weltweit führend, nämlich Hoerbiger, zur Ansiedelung in der Seestadt Aspern entschieden. (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Umsiedlung!*) Das ist natürlich ein großer Vorteil für die Seestadt. In Kooperation mit der Technischen Universität werden an diesem Standort 600 Arbeitsplätze entstehen: 300 in der Produktion, 300 in der Verwaltung. Das sind Arbeitsplätze für Wien, für die Donaustadt, für die Seestadt!

Ich glaube, dass es sehr wichtig ist zu betonen, dass es um zukunftsorientierte Arbeitsmöglichkeiten geht. Hoerbiger errichtet mit einem Campus in der Größe von 24 000 m<sup>2</sup> eine Arbeitsstelle und eine Betriebsstätte und hat natürlich vor, mit diesen Möglichkeiten, die sich dort eröffnen, in Zukunft auch zu expandieren. Expansion bedeutet in diesem Zusammenhang selbstverständlich auch die Entstehung von weiteren Arbeitsplätzen. Vor diesem Hintergrund muss man diese Flächenwidmungsänderung sehen, und vor diesem Hintergrund setzen wir

dann auch die Voraussetzungen für einen modernen Betriebsstandort in der Seestadt. - Das zum Plandokument.

Ich möchte in aller Kürze auch auf die Anträge der FPÖ eingehen. Es gibt in der Donaustadt mittlerweile ein neues Oberflächennetz. Es gibt ein neues Buskonzept. Es gibt seit dem 5. Oktober die Verlängerung der U2 in die Seestadt Aspern. Es ist - und das muss man auch hier so sagen - eine einmalige Erfolgsgeschichte für die Donaustadt!

In den letzten 10 Jahren hat dieser Bezirk drei U-Bahn-Verlängerungen hinter sich gebracht. Mit diesem neuen Oberflächennetz soll es jedem Donaustädter und jeder Donaustädterin möglich sein, innerhalb von 15 Minuten zu einer U-Bahn zu gelangen. Das ist einmalig! Das darf man nicht schlechtreden, und man darf auch nicht akzeptieren, dass es schlechtgeredet wird, denn was die Erschließung des öffentlichen Verkehrs anbelangt, ist das natürlich eindeutig eine tolle Geschichte.

Herr Kollege Mahdalik! Bereits bei der Eröffnung der Verlängerung der U2 hat der Bezirksvorsteher der Donaustadt, Norbert Scheed, die Bevölkerung eingeladen, mitzuteilen und zu kommunizieren, wenn es allfällige Probleme gibt, wenn es allfällige Mängel gibt, um natürlich Korrekturen vorzunehmen. Das bedeutet, dass es bereits einen Prozess gibt, der ist schon voll auf Schiene. Jetzt so zu tun, als ob in der Hinsicht nichts getan worden wäre, ist de facto falsch und nicht richtig! Auch wenn Anpassungen erforderlich sind, so muss man dennoch sagen, dass dieses Konzept einmalig für den Bezirk ist.

Ich möchte hier in Wirklichkeit damit schon schließen und nochmals betonen, was es eigentlich bedeutet, heute diese Änderung der Flächenwidmung vorzunehmen, nämlich in Richtung eines Stadtentwicklungsgebietes zu gehen, das innovativ und urban ist, das einen der modernsten Betriebsstandorte entstehen lässt.

Ich ersuche um Zustimmung. - Danke. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Dies ist mit Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP so angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über drei vorliegende Beschlussanträge.

Der erste Beschlussantrag ist der Antrag der FPÖ-Gemeinderäte Mahdalik, Baron und Dadak betreffend Radweglückenschluss im Bereich Schottentor. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wird von FPÖ, ÖVP und dem klubunabhängigen Mandatar unterstützt, er hat daher nicht die ausreichende Mehrheit und ist abgelehnt.

Die folgenden zwei eingereichten Beschlussanträge haben denselben Betreff, aber einen unterschiedlichen Inhalt.

Betreff ist die Optimierung des Sekundärnetzes rund um die U2-Verlängerung, aber bei dem ersten Antrag,

den ich jetzt zur Abstimmung bringe, geht es um die Umwidmung der Erweiterungsflächen des Asperner Friedhofes. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dies wird von FPÖ, ÖVP und dem klubunabhängigen Mandatar unterstützt, hat daher nicht die ausreichende Mehrheit und ist abgelehnt.

In dem dritten vorliegenden Antrag, betreffend Optimierung des Sekundärnetzes, geht es nun auch um die Optimierung des Sekundärnetzes, nämlich um die Optimierung der Buslinienführung im Bereich der U2-Verlängerung. Wer diesem Antrag zustimmen will, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dies wird unterstützt von FPÖ, ÖVP und dem klubunabhängigen Mandatar, hat daher nicht die ausreichende Mehrheit und ist abgelehnt.

Es gelangt nunmehr Postnummer 20 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 8038 im 10. Bezirk, KatG Favoriten. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Gaal, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Kathrin **Gaal**: Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mahdalik. Ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Werte Berichterstatterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben es wieder einmal gehört: In Wien ist alles so einmalig, was Rot und Grün angreifen, auch in der Seestadt. Es gibt keine Fehler, und wenn die FPÖ einen Antrag einbringt, ist längst alles auf Schiene. Man könnte ja sonst einmal in die Verlegenheit kommen, einem freiheitlichen Antrag zuzustimmen.

Wenn der Bezirksvorsteher in einer Eröffnungsrede - die U2-Verlängerung ist ja zwei Mal eröffnet worden, einmal noch vor dem Wahltag, da hat es eine geschwinde Voreröffnung gegeben, und danach jetzt die richtige Eröffnung - die Bevölkerung einlädt: Ich meine, es ist ja selbstverständlich, dass Verbesserungsvorschläge von der Bevölkerung immer beim Bezirksvorsteher deponiert werden können! Da braucht er keine offizielle Einladung auszusprechen.

Wenn er da sagt: „Ich lade Sie ein, die Verbesserungsvorschläge bei mir in der Bezirksvorstehung zu deponieren.“, dann ist das Ganze schon auf Schiene für die Kollegin Duzdar. Also brauchten wir eigentlich überhaupt keine Anträge mehr zu stellen (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*), denn immer sind alle Bezirksvorsteher, alle Stadträte, alle Gemeinderäte offen für jeden Verbesserungsvorschlag. Daher könnten wir uns die Sitzungen in Zukunft quasi sparen. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Wollen Sie nicht im 22.?*)

Es ist, wie gesagt, einmalig, was die SPÖ immer macht und was die GRÜNEN machen. Es ist alles so einmalig ... (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: ... auf Schiene! Gehen Sie doch zu Scheed!*) Das habe ich ihm ohnehin schon gesagt, dem Norbert. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Warum belästigen Sie uns damit?*) Aber ihr habt euch

jetzt gegen die Optimierung des Busnetzes ausgesprochen. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Zur Sache!*)

Einmalig ist auch - und da bin ich schon beim Aktenstück - der Planentwurf 8038 im 10. Bezirk, im Bereich Laxenburger Straße/Favoritenstraße: ganz einmalig nämlich die Vorgangsweise von Rot und Grün im Bezirk, im Gemeinderatsausschuss und heute hier im Gemeinderat.

Da hat es einen einstimmigen Bezirksvertretungsbeschluss gegeben, dass die derzeitige Rechtslage in den Innenhöfen entlang der Favoritenstraße bestehen bleiben soll. - Punkt 1.

Punkt 2: Es wurde einstimmig beschlossen, dass in den Hofbereichen Favoritenstraße 91 sowie 110-120 keine Erhöhung erfolgen soll. Einstimmig beschlossen!

Nummer 3: Einhellig zugestimmt - in den Innenhöfen sollen Dachflächen nach dem letzten Stand der Technik begrünt werden. Alles einstimmig im Bezirk, alle Parteien haben zugestimmt.

Was kommt dann im Planungsausschuss zur Abstimmung? Dass im betreffenden Innenhof - Sie haben ja auch die Kontakte zur betroffenen Bevölkerung, zur zugegebenermaßen kleinen, aber feinen Bürgerinitiative, die betroffen ist, sicher hergestellt -, nämlich der eine Innenhof soll sehr wohl verbaut werden, und zwar viel größer, höher und lebensqualitätsmindernder als zuvor geplant und vom Bezirk einstimmig beschlossen. Statt eines begrüntes Flachdaches soll jetzt ein 4,5 m hohes Giebeldach errichtet werden, was natürlich die Beschattung verschlechtert, die Sonnenstunden, die Sonneneinstrahlung vermindert, Lebensqualität reduziert.

Was ist im Bezirk passiert, nachdem unsere Fraktion eine Neubehandlung des Plandokumentes verlangt hat? Die Bezirksratsfraktionen von Rot und Grün wurden zwischenzeitlich offenbar auf Linie gebracht und haben gesagt, nein, nein, was der Gemeinderatsausschuss geändert hat - dass statt dem begrüntes Flachdach jetzt ein 4,5 m hohes Giebeldach errichtet werden kann und dass die Gebäudehöhe schließlich nicht 4,5, sondern 9 m beträgt -, ist alles in Ordnung.

Auch wieder einmalig, diese Vorgangsweise gegen die Bürger, gegen die Betroffenen - und das wieder einmal im Ressort der Stadträtin unter anderem für BürgerInnenbeteiligung!

Die betroffenen Bewohner, die Anrainer geben sich damit nicht zufrieden. Wir geben uns ebenfalls nicht damit zufrieden und wollen versuchen, noch einen Meinungsumschwung herbeizuführen, indem sich der Gemeinderat heute - das wollen wir jetzt beantragen - dafür aussprechen soll, das Poststück Nr 20 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und den Planentwurf erneut im Bezirk, im Gemeinderatsausschuss und schlussendlich hier zu behandeln. Dabei soll natürlich den ursprünglich einstimmig beschlossenen Stellungnahmen der Bezirksvertretung Favoriten Rechnung getragen werden. - In formeller Hinsicht verlangen wir hier wie üblich die sofortige Abstimmung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wie ich der Berichterstatterin versprochen habe, mache ich es ganz kurz und bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin GRin Kathrin **Gaal**: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Beim vorliegenden Plandokument befinden wir uns quasi im Zentrum von Favoriten, mit vielen Wohnungen, mit vielen öffentlichen Einrichtungen wie zum Beispiel dem Amtshaus, mit der Fußgängerzone Favoriten, einer der wichtigsten und beliebtesten Einkaufsstraßen in Wien, mit dem auch sehr beliebten Viktor-Adler-Markt, und all das liegt direkt an der U1. Somit ist es zweckmäßig, dort eine Adaptierung der Flächenwidmung vorzunehmen, und es ist zweckmäßig, die Favoritenstraße als Geschäftsstraße auszuweisen. Denn die Attraktivität dieser Einkaufsstraße ist zu erhalten, vor allem auch in Hinblick auf die Entwicklung rund um den neuen Hauptbahnhof.

Mit diesen Adaptierungen einher gehen auch Adaptierungen der angrenzenden Hofbereiche, wo es einen Beschluss der Bezirksvertretung Favoriten gegeben hat, das stimmt. Es ist auch weiter die Bauhöhe in diesem Bereich auf 4,5 m festgesetzt. Das heißt, es wird zu keiner Verschlechterung der Lichtverhältnisse und somit zu keiner Verschlechterung der dortigen Lebensqualität kommen. In diesem Sinne bitte ich Sie noch einmal um Ihre Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Es wurde ein Antrag auf Absetzung dieses Geschäftsstückes gestellt. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, also die Zustimmung zur Absetzung, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die FPÖ und damit die Minderheit, der Antrag hat nicht die nötige Mehrheit gefunden.

Daher bitte ich jene Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin Folge leisten wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit den Stimmen der GRÜNEN, der SPÖ und der ÖVP mehrstimmig so angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 21 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 7914 im 23. Bezirk, KatG Atzgersdorf. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Gaal, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Kathrin **Gaal**: Danke vielmals. Ich bitte nochmals um Ihre Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Kickert. *(Ruf: Stiftner nicht?)* Kollege Stiftner ist gestrichen, ja.

GRin Dr Jennifer **Kickert** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben hier ein Poststück auch zu einer Flächenwidmung vorliegen, deren Geschichte durchaus wechsellvoll war in dem Sinne, dass es in sehr, sehr vielen Gesprächen zu der Ausführung dieser nun vorliegenden Flächenwidmung gekommen ist.

Es hat gerade in der letzten Phase, in den letzten vier Wochen auch intensive Gespräche mit AnrainerInnen

gegeben, in der Bezirksvorstehung und mit dem Bezirksvorsteher, bei denen es darum gegangen ist, Qualitäten, die die AnrainerInnen nicht missen wollten, in einer gewissen Form zu erhalten und andere Rücksichtnahmen in fachlicher Hinsicht durchführen zu können.

In dem Verlauf, jetzt auch im Verlauf unterschiedlicher Kommissionen und Ausschüsse ist der Zustand eingetreten, dass ein Plan im Planungsausschuss beschlossen worden ist, während eine Petition im Petitionsausschuss in Behandlung genommen worden ist, die sich noch um bestimmte Änderungen bemüht. Auch in der letzten Phase dieser Überschneidungen der Arbeit dieser Ausschüsse haben sich noch Änderungen ergeben, und diese Änderungen werden dann von meiner Kollegin Karner-Kremser vorgestellt werden. Jedenfalls ist diese Planvorlage nun mit einem Abänderungsantrag versehen, und ich ersuche Sie um Zustimmung.

Ich möchte darauf hinweisen, dass hier Kolleginnen und Kollegen, der Herr Bezirksvorsteher und andere sich eingesetzt haben und offensichtlich trotz 0 Prozent Kompetenz und 100-prozentiger Belämmerteit zu einem Ergebnis kommen, von dem ich ausgehe, dass die betroffenen AnrainerInnen dann zufrieden sein werden. Also, denke ich mir, kann es mit der Zuschreibung des Herrn Kollegen Mahdalik nicht sehr weit her sein. - Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Karner-Kremser. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Vielen Dank. - Ich freue mich sehr, dass ich diesen Abänderungsantrag einbringen kann, eben deswegen, weil er in einer so engen Kooperation mit der Bürgerinitiative und auch mit dem Petitionswerber, Herrn Kager, abgestimmt worden ist.

Ich darf jetzt kurz nur die Änderungen zur Kenntnis bringen: Die Baukörperanordnung im Blockinneren möge so verändert werden, dass nunmehr zwei Punkthäuser an der östlichen Grundgrenze zum Wohnhaus Walter-Jurmann-Gasse 2a in der Bauklasse III errichtet werden können, während die bisher vorgesehenen drei Baukörper nach Westen verschoben werden und die Bauklasse IV enthalten sollen. Für jenen bebaubaren Bereich, der auf Höhe des Wohnhauses Gregorygasse 14 ausgewiesen ist, soll eine Reduktion der Gebäudehöhe von Bauklasse IV auf Bauklasse III vorgenommen werden.

Das heißt, es ist hier zu einer entscheidenden Veränderung der Baumassenkörper und auch einer Reduktion der Bauklasse gekommen. Das entspricht den Wünschen der Bürgerinitiative, und ich freue mich sehr, dass es hier zu einer Einigung gekommen ist.

Ich darf diesen Abänderungsantrag einbringen mit dem Verlangen auf sofortige Abstimmung. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch. - Bitte.

GR Mag Rüdiger **Maresch** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Ich bringe einen Beschlussantrag ein. Es geht darum, dass wir im 23. Bezirk - oder im Süden Wiens insgesamt - sehr, sehr viele Neubauten haben, sehr, sehr viele Wohnbauten, sehr viel Veränderung, und da braucht es natürlich auch eine Veränderung bei der Verkehrsorganisation. Es geht uns darum, dass wir ein System von neuen öffentlichen Verkehrslinien, von Möglichkeiten für den MIV, von Möglichkeiten für den Fuß- und Radverkehr brauchen.

Deswegen der Beschlussantrag an die zuständigen StadträtInnen der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Stadtwerke und der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung. In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung des Antrags. - Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Troch. - Bitte.

GR Dr Harald **Troch** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Bei diesem Poststück ist ja auch das Thema Petitionsausschuss gefallen. Der Petitionsausschuss ist bekanntlich ein neues Instrument in Wien, ein neues Instrument der politischen Auseinandersetzung, etwas zum Thema zu machen, aber vor allem ein Instrument der Bürger und Bürgerinnen.

Ich möchte in dem Zusammenhang auch meiner Meinung Ausdruck verleihen, dass der Petitionsausschuss mit seinen Möglichkeiten nicht ein Instrument der politischen Parteien sein sollte und auch nicht werden sollte. Es ist etwas Neues in Wien - nicht ganz Neues, wir wissen ja, dass es bereits 1848 einen Petitionsausschuss gegeben hat. Aber das muss natürlich mit neuem, mit modernem Leben erfüllt sein. Das heißt, mit den Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts auch Bürger und Bürgerinnen nicht nur an der Information, am Thema zu beteiligen, sondern ihnen letztlich doch auch die Möglichkeit zum Mitentscheiden zu bieten.

In dem Zusammenhang möchte ich mich bei zwei Kolleginnen bedanken, die sich sehr intensiv eingebracht haben, um eine neue Struktur, eine sehr bürgernahe Struktur in Wien mit Leben zu erfüllen und auch den Weg zu dieser neuen Struktur zu gestalten. Ich möchte mich bedanken bei Kollegin Mag Sonja Ramskogler, meiner Stellvertreterin in diesem Vorsitz, die sich hervorragend, wunderbar, sehr kompetent und auch mit viel Zeitaufwand hier eingebracht hat. Und ich möchte mich bedanken bei Kollegin Dr Jennifer Kickert von unserem grünen Koalitionspartner, die ebenfalls mit äußerster Hingabe, mit einer hohen Kompetenz, mit einem unglaublichen Bemühen tätig ist für die Inhalte, für, ja, wir sagen Petenten und Petentinnen dazu, für die Einbringer und Einbringerinnen von Petitionen, um nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen und letztlich auch die Arbeitsfähigkeit dieses neuen Ausschusses mit Leben zu erfüllen und sinnvoll zu erfüllen.

Ich möchte mich aber auch bei den Vertretern der Oppositionsparteien bedanken, wie wir diesen Weg gegangen sind - wir haben oft den englischen Ausdruck

„learning by doing“ für das auf Schiene Bringen dieses Ausschusses verwendet -, und möchte ganz einfach auch sagen: Dkfm Aichinger, Dr Ulm und Dr Wansch, die sich hier auch sehr konstruktiv dabei eingebracht haben, das habe ich geschätzt. Und ich glaube, wir haben da wirklich der Stadt Wien gedient, um etwas Neues, etwas Sinnvolles, etwas Zeitmäßiges, etwas Bürgernahe auf die Schiene zu bringen.

Für mich selbst war es in der Zeit, wo ich Gemeinderat war, in diesen 13 Jahren spannend, mit 3 Bereichen zu tun zu haben, die ich als Hardcore-Bereiche der Wiener Stadtpolitik sehr schätze: Das ist die Wohnbaupolitik, das ist die Stadtentwicklung, das sind Kultur und Wissenschaft. Es sind dies auch drei Bereiche, die uns von vielen anderen Großstädten der Welt sehr unterscheiden, besonders der Bereich Kultur: Wien ist Kultur an und für sich, das ist fast ein „Ist gleich“-Zeichen, Wien steht für Kultur.

Hier hat es mir einfach besonders getaugt und auch Spaß gemacht, im Bereich der Straßenbenennungen Akzente setzen zu können. Wir haben ja diesen Unterausschuss für Verkehrsflächenbenennung. Wo wäre Wien ohne seine Geschichte? Wo wäre Wien ohne seine Kultur? Hier einen zeitgemäßen Zugang, aber auch einen kritischen Zugang, eine kritische Aufarbeitung mit Namensbenennungen zu finden, der auch den geschichtlichen Erfahrungen entspricht, die wir gemacht haben, die wir auch machen mussten, ist natürlich eine schöne Aufgabe.

Auf der anderen Seite: Ich glaube, wenn man zu der Identität Wiens, zu seiner Geschichte steht, muss man sich mit Geschichte auseinandersetzen. Es gibt ja das berühmte Zitat Bruno Kreiskys, das jedem hier bekannt sein wird und das man als Politiker oder als Politikerin auch nie vergessen sollte.

Hier auch ein Dank an das Team der SPÖ, insbesondere in der Fraktion des Unterausschusses, und im Speziellen an Franz Schuller, mit dem ich viel Zeit verbracht habe, um die Ausschusssitzungen gut vorzubereiten.

Insgesamt ein Dankeschön aber auch an das Plenum des Gemeinderates, an all meine Kollegen und Kolleginnen, mit denen ich in dieser Zeit, in der ich hier tätig war, gut und produktiv zusammenarbeiten durfte, sowohl von meiner eigenen Fraktion, der SPÖ, als auch von den anderen Fraktionen. Es geht ja nicht immer nur um ein Kräftemessen. Es geht letztlich darum, für diese Stadt, für die Wiener und Wienerinnen möglichst viel auf die Schiene zu bringen! - Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ, GRÜNEN und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich GR Dipl-Ing Stiftner und ich erteile ihm das Wort.

GR Dipl-Ing Roman **Stiftner** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Damen und Herren!

Ich werde auch für meine Fraktion gerne die Gelegenheit ergreifen und dem Kollegen Dr Troch alles Gute für seine Tätigkeit im Nationalrat wünschen, aber jetzt natürlich auch kurz Stellung zu diesem bestehenden

Aktenstück nehmen, wo sich aus meiner Sicht, und das möchte ich ausdrücklich betonen, etwas Positives im Rahmen der letzten Entwicklungen in eine Kompromissvariante entwickelt hat, die die Anliegen der Anrainerinnen und Anrainer, die dort bereits wohnen, in einem ausreichenden Maße berücksichtigt. Das Leben besteht aus Kompromissen. Letztendlich aber ist es ein Kompromiss, mit dem alle, glaube ich, ganz gut leben können.

Es bleibt unbestritten, dass die Stadt Wien wächst und deshalb Wohnbau aus sozialen Gründen notwendig ist. Deshalb ist natürlich auch jeder Wohnbau mit solchen Kompromissen ausgestattet. Deshalb wird auch meine Fraktion sowohl dem Abänderungsantrag als auch dem Antrag betreffend die Verkehrslösung zustimmen und unterstützen, nämlich auch aus der Überzeugung heraus, dass gerade Liesing ein Bezirk ist, der sich durch ein hohes Maß an Zuzug und Bevölkerungswachstum auszeichnet. Es gibt zahlreiche noch freie und bestehende Stadtentwicklungsflächen. Es gibt ja auch einige Bauprojekte, die uns vor Kurzem vorgestellt worden sind, die aber auch zur Konsequenz haben, dass die bereits bestehende, relativ spärliche Infrastruktur des Bezirkes weiterhin gehörig belastet wird und es deshalb notwendig ist, vor allem im Verkehrsbereich die Verkehrsinfrastruktur zu überdenken. Dieser Bezirk, der sich letztendlich aus einer ländlichen Gebietsstruktur hin zu einem städtischen Gebiet entwickelt, ist auch mit den notwendigen Infrastrukturmaßnahmen auszustatten, das aber natürlich immer in friedlicher Koexistenz mit den Bauhöhen, die natürlich auch mit den bestehenden, sehr ländlichen Gebieten verträglich sein müssen, die diesen Bezirk kennzeichnen.

In diesem Sinne möchte ich mich bei den Beteiligten der Regierung auch dafür bedanken, dass dieser Kompromiss jetzt letztendlich möglich geworden ist und hoffe, dass wir gemeinsam, auch was die Verkehrslösungen betrifft, zu einer vernünftigen Weiterentwicklung kommen werden. Das betrifft sowohl den Straßenverkehr als auch den öffentlichen Verkehr, der im Bezirk Liesing derzeit – ich glaube, wir können das übereinstimmend festhalten – unterentwickelt ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr GR Mag Dr Wansch und ich erteile es ihm.

GR Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Berichterstatte! Sehr geehrte Damen und Herren!

Auch ich möchte für meine Fraktion die Gelegenheit nützen und Kollegen Dr Harald Troch für seine Tätigkeit und Zusammenarbeit danken. Ich möchte seine Sachlichkeit in der Zusammenarbeit hervorstreichen. Auch wir wollen ihm alles Gute für seine weitere Tätigkeit wünschen, auch im Sinne aller Österreicherinnen und Österreicher, für die Sie im Nationalrat tätig sein werden. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Sie haben zu Recht das Thema Petitionsausschuss angesprochen, ein neues Gesetz, eine besondere Art der Tätigkeit, wo man zumindest in der Stadt Wien nicht

auf Erfahrungswerte zurückgreifen kann. Ich habe versucht, „learning by doing“ zu übersetzen. Es ist mir nichts Sinnvolles eingefallen. Darum sage ich, es stimmt, „learning by doing“ ist zu machen, der Weg ist begonnen. Ich möchte aber nicht verhehlen, dass wir erst am Anfang des Weges sind und noch sehr viele Steine auf dem Weg liegen, um schlussendlich den Hoffnungen der Bürger gerecht zu werden und aus dem Petitionsrecht ein wirkliches Instrument der Bürgermitbestimmung zu machen.

Ein Beispiel für die Steine auf dem Weg zeigt sich auch beim gegenständlichen Geschäftsstück. Ganz kurz die Geschichte: Es hat damit begonnen, dass der Flächenwidmungsplan mit gravierenden, großvolumigen Bauvorhaben aufgelegt wurde, und wie wir der Petitionsformulierung entnehmen mussten, ohne ein Bürgerbeteiligungsverfahren in irgendeiner Weise durchzuführen. Das ist leider eine Schule in Wien und leider sind alle Aussagen, besonders der GRÜNEN, dass sie Wert darauf legen, Bürger zu informieren, Bürger mitbestimmen zu lassen, transparente Prozesse durchzuführen, nur Lippenbekenntnisse. Das zeigt sich bei allen Vorhaben, auch bei diesem hat sich das gezeigt. Dann waren die Bürger gezwungen, eine Petition einzubringen. Im Petitionsausschuss am 16. Oktober wurde die Petition behandelt. Dort war noch keine Rede davon, dass der Plan geändert werden soll. Es war auch keine Rede davon, dass dieser Antrag von der heutigen Sitzung zurückgezogen wird. Man wollte drüberfahren. Im Petitionsausschuss selbst sind die Anträge abgelehnt worden, die Bezirksvertretungsstellungnahme einzuholen. Man hat die Stellungnahme vom Bezirksvorsteher beschlossen. Allerdings ist der Antrag, auch die Stellungnahme der Bezirksvertretung – ein demokratisches Organ, wo alle Parteien vertreten sind – einzuholen, verweigert worden. Kein sehr demokratischer Akt. Und es ist den Petitionswerbern verweigert worden, ihnen die Äußerungen des Bezirksvorstehers beziehungsweise die sonst eingeholten Stellungnahmen zur Kenntnis zu bringen, also auch kein Ruhmesstück der Bürgerbeteiligung. Umso erfreulicher ist es, dass schlussendlich die Bürgerinitiative und wahrscheinlich auch die Petition es möglich gemacht haben, heute einen Abänderungsantrag beschließen zu können, der einen Kompromiss darstellt. Die Betonung liegt auf Kompromiss und Kompromiss bedeutet, dass man teilweise seine Standpunkte aufgeben muss. Aber ich kann an dieser Stelle nur gratulieren, gratulieren für den erfolgreichen Einsatz und eigentlich auch für die Vorgangsweise, dass man mit Kompromissen bereit ist zu leben. Deshalb wird die Freiheitliche Partei diesem Antrag und dem Abänderungsantrag zustimmen. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Für eine tatsächliche Berichtigung hat sich Frau GRin Dr Kickert zum Wort gemeldet und ich erteile es ihr.

GRin Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Ich möchte tatsächlich berichtigen, dass im betreffenden und gerade vom Kollegen Wansch erwähnten Petitionsausschuss sehr wohl darauf hingewiesen worden ist,

dass sehr vieles noch in Fluss ist und Gespräche stattfinden. Also dass diese Information im Petitionsausschuss nicht gegeben worden wäre, ist falsch. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatterin hat auf das Schlusswort verzichtet.

Gestatten Sie mir, bevor wir zur Abstimmung kommen, dass ich diese Gelegenheit auch nütze, um dem ausscheidenden Gemeinderat und Landtagsabgeordneten Dr Harald Troch den Dank auszusprechen, der mehr als nur eine Höflichkeit ist, so etwas zu sagen. Harald Troch hat sich die Veränderung selbst gewünscht. Die Wahl hat ihm recht gegeben. Er wird im Nationalrat nun neue politische Herausforderungen haben. Harald Troch ist ein Simmeringer, so wie man ihn sich auch vorstellt, mit Riesenengagement eigentlich seit seiner Jugendzeit. Er war von 1993 bis 2001 Mitglied der Bezirksvertretung in Simmering und ist dann am 27. April 2001 als Abgeordneter zum Wiener Landtag und Mitglied des Gemeinderates gewählt worden und entsandt worden.

Du hast selbst darauf hingewiesen, welche Tätigkeiten du gemacht hast, das heißt, ich könnte mir das jetzt alles ersparen. Aber ich möchte trotzdem darauf hinweisen, dass du von Sachlichkeit getragen warst, von profundem Vorbereiten auf die Inhalte, die hier auch zur Diskussion gestellt wurden, von einer sehr großen Korrektheit ohne Untergriffe, auch nicht gegenüber dem politisch Andersdenkenden. Du hast als Vorsitzender des Gemeinderatsausschusses Petitionen und BürgerInneninitiativen selbst gesagt: Wir sind im 21. Jahrhundert angekommen. Es war eine ganz wichtige Entscheidung, die Rot-Grün hier vorgelegt und auch beschlossen hat, nämlich sehr niederschwellig der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich einzubringen, ihre Anliegen vorzubringen. „Learning bei doing“ ist ein Begriff, den du gewählt hast. Ich glaube, dass es ein richtiger Begriff für diesen Ausschuss ist. Aber hier ist ganz, ganz Wichtiges unter deiner Vorsitzführung passiert.

Im Gemeinderatsausschuss Kultur und Wissenschaft sind viele Themen gewesen, zu denen du dich hier auch zum Wort gemeldet hast. Im Besonderen wichtig ist dieser Unterausschuss für Straßenbenennungen. Im Immunitätskollegium war dein Wirken auch da, das aber nicht sehr intensiv gewesen ist, weil es ganz einfach nicht viele Sitzungen dazu gab. Aber als Beiratsmitglied im Wohnfonds Wien, Fonds für Wohnbau und Stadterneuerung, ist das Engagement schon wieder beträchtlich höher gewesen.

Du warst noch in drei Bereichen Ersatzmitglied, nämlich: Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung, Finanz- und Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke und im Unvereinbarkeitsausschuss.

Ich möchte das nicht zu lange machen, aber ich glaube, wir wünschen dir allesamt alles, alles Gute für deine politische Zukunft. Wir wünschen dir viel Erfolg. Ich glaube, man soll nie vergessen, woher man gekommen ist, das heißt, im Nationalrat gilt es auch, die Interessen

Wiens verstärkt zu vertreten. Es ist höchst notwendig, das auch zu tun. Alles, alles Gute und vielen Dank, lieber Harald. (*Allgemeiner Beifall.*)

Wir kommen nun zur Abstimmung. Es wurde ein Abänderungsantrag der SPÖ, GRÜNEN und ÖVP eingebracht. Er ist hier auch entsprechend vorgetragen worden. Wer diesem Abänderungsantrag die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Ich danke für die Einstimmigkeit.

Ich lasse nun die Postnummer 21 abstimmen. Wer diesem Geschäftsstück die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Er wird von den Regierungsparteien und der ÖVP unterstützt und hat damit natürlich ausreichende Mehrheit.

Es wurde ein Beschluss- und Resolutionsantrag von den GRÜNEN, SPÖ und ÖVP eingebracht. Auch dieser Antrag ist hier entsprechend vorgetragen worden. In formeller Hinsicht wurde die sofortige Abstimmung beantragt. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Auch dieser Antrag ist einstimmig so angenommen worden.

Wir kommen nun zu dem Verlangen, dass der von den GRen Univ-Prof Dr Peter Frigo, Mag Ebinger und Ing Rösch eingebrachte, an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales gerichtete Dringliche Antrag betreffend Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses gemäß § 38 Abs 2 der Geschäftsordnung verlesen und hierauf mündlich begründet wird. Ich bitte daher die Frau Schriftführerin um Verlesung dieses Dringlichen Antrages.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Die Frau Schriftführerin würde ihn gern verlesen, aber er ist nicht da. Einen Moment (*Schriftführerin GRin Mag Barbara Feldmann wird der Dringliche Antrag übergeben.*), jetzt ist er da.

„Wegen steigender Inflation und zunehmender Teuerung haben immer mehr Menschen Schwierigkeiten, sich ihr Leben leisten zu können, obwohl sie hart arbeiten. Der Mikrowarenkorb, Bedarf des täglichen Lebens, weist, anders als die offizielle Inflationsrate, einen Kaufkraftverlust von über 7 Prozent aus. Als Folge der Politik der Belastungen in Wien haben sich die Zahlen jener, die an oder unter die Armutsgrenze gefallen sind, drastisch erhöht. Deutliche Erhöhungen bei den Müll-, Kanal- und Wassergebühren, den Tarifen im öffentlichen Verkehr führen neben den ständig steigenden Energiekosten zu einer zunehmenden Verarmung von Teilen der Wiener Bevölkerung. Besonders von der Teuerung betroffen sind Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen. Wien sollte daher stärkeres Engagement in die Armutsbekämpfung und Vorbeugung setzen.“

Bis vor Kurzem erhielten alle in Wien gemeldeten Arbeitslosengeld-, Notstandshilfe-, Pensionsmindestsicherungs- und Kinderbetreuungsgeldbezieher mit einem Einkommen unter dem geltenden ASVG-Richtsatz eine Einmalzahlung, Heizkostenzuschuss, die zwar gering war, die aber dazu diente, die gestiegenen Energiebeziehungsweise Heizkosten besser bestreiten zu können. Dieser wurde nun durch Gesundheitsstadträtin Wehsely zu Gunsten eines Modells ‚Wiener Energie-

Unterstützung 2012/2013' abgeschafft. Allfällige Zuschüsse zu Geräteerneuerung oder Energieberater helfen den durch die Gebührenlawine der Stadt Wien von Delogierungen betroffenen beziehungsweise gefährdeten Menschen, die auch nicht wissen, wie sie die Heizkosten bezahlen sollen, nicht. Stattdessen sind sie auf die Mittel zur Begleichung der Energiekosten angewiesen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 36 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien nachfolgenden Antrag:

Der Wiener Gemeinderat ersucht das zuständige Mitglied des Stadtsenats, allen in Wien gemeldeten Arbeitslosengeld-, Notstandshilfe-, Pensionsmindestsicherungs- und Kinderbetreuungsgeldbeziehern mit einem Einkommen unter dem ASVG-Richtsatz für die Heizperiode 2012/2013 einen Heizkostenzuschuss von 300 EUR zu gewähren. Gemäß § 36 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat wird beantragt, dass der Antrag mündlich begründet werden kann und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfindet.“

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Für die nun folgende Begründung des Verlangens auf dringliche Behandlung dieses Antrages sieht die Geschäftsordnung gemäß § 30 Abs 3 eine Redezeit von 20 Minuten vor. Zur Begründung des Verlangens erteile ich nun Herrn GR Univ-Prof Dr Frigo das Wort.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Meine Aufgabe ist es, unseren Dringlichen Antrag über die Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses zu begründen. Aber eigentlich ist es sehr traurig, eine Hilfe für die Ärmsten der Armen zu begründen. Vielmehr finde ich, ist es sogar eine Schande, dass die rot-grüne Koalition diesen Heizkostenzuschuss, diese Hilfe für die Ärmsten der Armen, abgeschafft hat. Ich empfinde das eigentlich als eine Schande für Wien, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Nun begründen wir es halt. Gehen wir einmal zur Teuerungswelle, die ja seit der rot-grünen Koalition ständig steigend ist und die Tendenz ist ja nach wie vor steigend. Nicht nur die Inflation, die wir alle kennen, die auch in unserem Antrag vorkommt, Mikrowarenkorb 7 Prozent, kennen wir ja. Gehen wir zu den Gebühren, vor allem zu denen, die wirklich die Armen betreffen. Nehmen wir das Wasser her mit 33 Prozent. Nehmen wir das Gas her mit 16 Prozent, Kanal- und Müllgebühren 6 Prozent, die Fernwärme 8 Prozent. Der Fahrschein ist auch teurer geworden mit 11 Prozent, nicht jeder braucht eine Jahreskarte. Einen Hund hat auch bald wer, Hundesteuer mit 65 Prozent. U-Bahn-Steuer mit 177 Prozent.

Aber diese ganzen Prozente - wenn ich denke, wenn ich mir im AKH beim Anker einen Kaffee und ein Kipferl kaufe, dann kostet das 6 EUR, meine Damen und Herren! 6 EUR! Da spürt jeder die Teuerung, da braucht er nicht viel über Prozente nachzudenken. Und diese Teuerung, die wir spüren, die spüren natürlich die Armen umso mehr. Dementsprechend frage ich mich, wie man

sich heutzutage mit einem Durchschnittseinkommen eine Familie leisten kann. Wir fordern eben eine Unterstützung der Ärmsten der Armen, eine Unterstützung der Alleinerzieher und der Familien (*Beifall bei der FPÖ.*)

Was hier selten gesagt und selten gedacht wird, ist, dass das, was wir bei der Familie, bei der Alleinerzieherin bedenken müssen, natürlich die sind, die wirklich am ärmsten ist, und das sind natürlich die Kinder. Die Kinderarmut, an die wir wahrscheinlich immer denken, ist, wenn wir an Entwicklungshilfe denken, an die armen äthiopischen Kinder, die natürlich nach Dürrekatastrophen hier am Verhungern sind. Aber auch in Österreich und vor allem in Wien hungern Kinder, und daran müssen wir denken, meine Damen und Herren! Die Kinderarmut ist in Österreich, wenn man sich den Sozialbericht anschaut und auch den Kindergesundheitsbericht, ganz schön groß. Gesamt-Österreich ... (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sie sind ja gegen die Kindermindestsicherung! – GR David Ellensohn: Sie sind gegen die Kindermindestsicherung! Bitte? (GR David Ellensohn: Sie sind gegen die Kindermindestsicherung! Sehr schmerzhaft!)*) Das hat nichts mit der Kindermindestsicherung zu tun, überhaupt nicht (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Mehr als der Heizkostenzuschuss!*). Der Heizkostenzuschuss ist jetzt das Thema und über den reden wir jetzt. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Aber ihr wart's dagegen gegen die Kindermindestsicherung!*)

Prinzipiell gibt es eine große Kinderarmut und die Kinder leiden natürlich leider Gottes auch an einer kalten Wohnung, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ. – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Pharisäer! - Heiterkeit beim Redner.*) Und zwar lese ich hier, es sind zirka 1 Million Menschen in Österreich von Armut betroffen und da betrifft es zirka 300 000 Kinder. Hochgerechnet auf Wien sind es zirka 90 000 Kinder, die in Wien davon betroffen sind. Das ist eine erkleckliche Anzahl und dementsprechend sollten wir hier handeln.

Und wenn mir die GRÜNEN da so zurufen, ich bin ein Pharisäer - wenn ich denk', dass ihr 50 Millionen für die Mariahilfer Straße ausgeben's und jetzt, glaube ich, für die grünen Radwege 35 Millionen, dann bitte seid's ruhig! (*Beifall bei der FPÖ.*) Bitte Ruhe.

Prinzipiell muss man dazu sagen, dass die Familienförderung insgesamt stärker sein muss. Das ist wirklich eine langjährige FPÖ-Forderung, das muss man schon sagen, nämlich nicht nur im Zusammenhang mit dem Heizkostenzuschuss, der ja eigentlich nur 100 EUR war und den die FPÖ ja schon lang unterstützt hat, wobei 100 EUR ein bisschen wenig ist. Lediglich im Wahljahr 2008 gab's einmal 200 EUR. Aber wir fordern insgesamt einen Heizkostenzuschuss von 300 EUR. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Nun ist ja das an und für sich prinzipiell ein interessanter Geniestreich von irgendeinem realitätsfremden Schreibtischtäter gewesen, das abzuschaffen, und ich verstehe es ja bis heute nicht, warum man das abgeschafft hat. Erstens einmal gibt es den Heizkostenzuschuss ja in den anderen Bundesländern und ich verstehe hier diese Anfeindung überhaupt nicht, wenn man das wieder fordert, weil die anderen Bundesländer sind ja auch nicht blöder als Wien, denke ich einmal. Bis 2012

haben Sie ja diesen Heizkostenzuschuss durchaus ausbezahlt, wie gesagt zwar nur 100 EUR, aber immerhin. Letzten Endes wurden ja mit diesem Heizkostenzuschuss 60 000 Wiener Haushalte unterstützt. Mit dieser neuen Energieunterstützung, wie Sie es nennen, haben Sie ja eigentlich etwas relativ Sinnloses geschaffen. Erstens einmal ist diese Heizhilfe ja gescheitert, weil es ja an Information mangelt. Sie müssen sich vorstellen: Von 60 000 Wiener Haushalten, die Sie unterstützt haben, kommt jetzt statistisch raus, sind noch 7 000 übrig geblieben. Von 60 000 auf 7 000! Also wo ist da etwas passiert? Das ist gescheitert! Meine Damen und Herren, Ihre Heizhilfe ist gescheitert! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Diese Energieunterstützung, soweit ich es verstanden habe, bezahlt also einen Durchlauferhitzer. Aber ein Durchlauferhitzer beziehungsweise eine Therme kostet ja fast 2 000 EUR - wir haben uns da erkundigt, ich habe selbst jetzt einmal einen gebraucht - beziehungsweise wird hier nur ein Energieberater bezahlt. Das braucht man aber nur einmalig. Aber jeden Winter muss ich meine Heizkosten zahlen. Dementsprechend ist diese Energieunterstützung letzten Endes für ärmere Leute sinnlos, weil sie sich einerseits eine neue Therme nicht leisten können, andererseits aber brauchen sie saisonal, sprich, jährlich, eine Heizkostenunterstützung. Dementsprechend noch einmal: Bitte um Wiedereinführung dieses Heizkostenzuschusses anstatt zum Beispiel Entwicklungshilfe, die kein Mensch braucht!

Gehen wir jetzt noch einmal zu unserem Dringlichen Antrag, den ich Ihnen noch einmal explizieren möchte. Prinzipiell wurde nämlich, und das muss man auch dazusagen, diese Heizkostenhilfe relativ unkompliziert ausbezahlt, nämlich an in Wien gemeldete Arbeitslosengeld-, Notstandshilfe-, Pensions-, Mindestsicherungs- und Kinderbetreuungsgeldbezieher, die unter dem geltenden ASVG-Richtsatz waren. Das war eben eine Einmalzahlung, die unkompliziert ausbezahlt wurde. Das, was jetzt bei dieser Energieunterstützung passiert, ist leider Gottes auch ein bisschen sozial unfair gewesen. Nicht nur, dass es eben einmalig ist und eben Informationsmangel war, sondern dass die Menschen sich hier aktiv informieren mussten und aktiv beantragen mussten, was eben zu einem starken Ausfall führte, weil es die Menschen leider nicht gemacht haben, meistens eben wegen Informationsmangel. Vielleicht haben sie es aber auch aus einer sozialen Komponente heraus nicht beantragt, weil eben einerseits dieses Informationsdefizit da war, zum anderen vielleicht auch die sozialen Möglichkeiten fehlten. Wie gesagt, die Zahlen sprechen für sich. Diese Art der Unterstützung, die beantragt werden muss, ist leider Gottes für viele Mitmenschen nicht möglich gewesen. Deswegen bitte um die Streichung dieses sinnlosen Energiezuschusses und Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Nun gibt es auch Zahlen, wie viele Leute es eigentlich in Wien betrifft. Das habe ich mir auch noch angeschaut. In Gesamt-Österreich betrifft es zirka 450 000 Wohnungen. Es hat mich auch erstaunt, dass es so viele Wohnungen gibt, wo die Leute ihre Wohnungen nicht entsprechend warm heizen können. Auf Wien hochge-

rechnet kann man davon ausgehen, dass es 250 000 bis 280 000 Wohnungen sind. Also das finde ich schon eine erkleckliche Anzahl an Wohnungen, die nicht entsprechend warm geheizt werden können, deswegen auch diese Anzahl an Kinder, 70 000 bis 80 000 Kinder! Das, glaube ich, begründet unseren Antrag auf Heizkostenzuschuss genug, natürlich auch in einer entsprechenden Höhe. Eine Mindesthöhe für uns sind eben 300 EUR.

Nun komme ich zu unserem Antrag und möchte unseren Beschlussantrag jetzt formal einbringen und auch formal um eine sofortige Abstimmung ersuchen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich ersuche, unseren Antrag und unsere langjährige FPÖ-Forderung um eine Erhöhung des Heizkostenzuschusses beziehungsweise seine Wiedereinführung zu unterstützen. Danke schön, danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich danke dem Herrn Gemeinderat für die Begründung.

Bevor wir zur Debatte kommen, darf ich mitteilen, dass der Herr GR Mag Ebinger ab 14.30 Uhr beruflich verhindert ist und daher an der Sitzung nicht mehr teilnehmen wird.

Ich eröffne die Debatte, wobei ich bemerke, dass die Dauer der Diskussion maximal 180 Minuten beträgt. Zur Besprechung des Dringlichen Antrags hat sich Herr GR Mag Gudenus zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich darauf aufmerksam mache, dass die Redezeit mit 20 Minuten begrenzt ist. Ausgenommen von dieser Redezeitbegrenzung sind der Herr Bürgermeister und die zuständigen amtsführenden Stadträte. Bitte schön.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke! Sehr geehrter Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich darf zuerst einmal das Argument von Prof Frigo aufgreifen und da hat er recht gehabt. Es ist ja wirklich ein Armutszeugnis für eine Stadt, die von sich auch zu Recht behauptet, weltweit in vielen Bereichen sozial und wirtschaftlich auf einem hohen Niveau zu sein, dass wir jetzt hergehen müssen und eine Selbstverständlichkeit beantragen, nämlich dass die bedürftigen Wienerinnen und Wiener über den Winter nicht frieren müssen. Das ist ein Armutszeugnis für eine Weltstadt wie Wien, vor allem unter einer rot-grünen Stadtregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Man sieht ja auch im Endeffekt, es ist ja ein Gradmesser der moralischen Verfassung einer Gesellschaft, wie die Politik und wie die Gesellschaft selbst mit den Bedürftigen in der Gesellschaft umgeht. Das ist eine regelrechte Watsch'n für die Ärmsten der Armen, dass Sie diesen Heizkostenzuschuss gestrichen haben. Schämen Sie sich, meine sehr geehrten Damen und Herren, schämen Sie sich! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es freut mich zwar, dass die zuständige Frau Stadträtin der Diskussion hier beiwohnt. Aber man sieht es ja an den eher karg gefüllten Reihen der Stadtregierung, wie peinlich Ihnen das ja auch ist. Es ist ja auch sachlich nicht zu rechtfertigen: Ein Kostenfaktor von 6 Millionen EUR bei einem Budget von fast 12 Milliarden EUR? Ich meine, bitte, was fällt Ihnen da ein Stein aus der Krone,

diese 6 Millionen für die bedürftigen Wienerinnen und Wiener weiter auszuzahlen? Was fällt Ihnen da ein Stein aus der Krone? Natürlich, da muss subventioniert werden, da müssen dann linke Spinnereien von den GRÜNEN wie die „Wienwoche“ subventioniert werden, wo der Herr Phettberg sich austoben kann. Ja, das ist Ihre Prioritätensetzung! Aber die Ärmsten der Armen müssen frieren! Das ist ein Armutszeugnis, eine Schande! (*Beifall bei der FPÖ.*) Da treiben Sie die Menschen durch die Teuerungen der Gebühren regelrecht in die Armut und durch die Teuerungen der Mieten. Sie sind Prestreiber Nummer 1 bei den Mieten in Wien, das ist unbestritten! Sie treiben die Menschen durch die Gebühren in die Armut! Sie zahlen Entwicklungshilfe ins Ausland. Ich meine, wo ist Ihre Nächstenliebe für die Wienerinnen und Wiener? Das ist ein Fremdwort für Sie, das gibt es nicht. Wo ist hier die Nächstenliebe? Es sagen ja die Meteorologen im Prinzip einhellig, ich weiß, so was ist schwer voraussehbar, wenn es über Monate geht, aber die Statistik sagt auch im Vorfeld des Winters, der kommt, ganz klar, wenn man das vorausblickend vorrechnet: Der nächste Winter wird rekordverdächtig kalt und lange werden. Und Sie sitzen da, ohne mit einer Wimper zu zucken, sperren den Heizkostenschuss und schaffen ihn de facto ab. Das ist eine Schande für eine ach so soziale Stadtregierung! Schämen Sie sich, meine sehr geehrten Damen und Herren, schämen Sie sich! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich darf zitieren, was mein geschätzter Kollege Ellensohn gesagt hat, als er noch in der Opposition war: „Es braucht einen Rechtsanspruch auf alle Sozialhilfeleistungen, darunter auch für den Heizkostenzuschuss. Menschen dürfen nicht zu Bittstellern gemacht werden.“ Zwei Jahre später schaut es anders aus. Da werden auf dem Altar der Macht alle Grundsätze geopfert. Das ist ja nicht der einzige Grundsatz, der geopfert wurde. Da gibt es ja viele andere Grundsätze auch. Das würde ja jetzt den Rahmen sprengen, darüber zu sprechen.

Die Frau Brauner, die Frau Finanzstadträtin hat gesagt: Wir werden sicher nicht bei den Sozialausgaben sparen, speziell beim Heizkostenzuschuss werden wir nicht sparen. Das war unmittelbar vor der Wien-Wahl. Drei Jahre oder zwei Jahre später, nämlich letztes Jahr, wurde er abgeschafft, da schaut es anders aus. Jetzt ist nicht mehr von einer notwendigen Sozialausgabe zu sprechen, jetzt ist nichts mehr von einer notwendigen Sozialausgabe mit Rechtsanspruch zu hören, nein. Sie haben es zuerst halbiert und dann überhaupt abgeschafft.

Aber es ist ja ganz klar, dass diese 6 Millionen EUR eben für andere Projekte gebraucht werden. Der Herr Van der Bellen bekommt seine 210 000 EUR, wobei ich korrigiere, er bekommt sie ja nicht aus dem Zentralbudget, sondern eigentlich von der AVZ indirekt. Die ist ja mittlerweile pleite geworden, hört man, von 1,7 Milliarden auf unter 65 Millionen EUR innerhalb von 10 Jahren. Das ist auch eine Glanzleistung! Da merkt man auch, wo die Prioritäten hier im rot-grünen Wien liegen. Die Theorie ist Marx, die Praxis ist Madoff, weil die AVZ zu 25 Prozent an einem hochbetrügerischen Madoff-Fonds

beteiligt war. Da liegen uns die Unterlagen vor. Und der Herr Van der Bellen kassiert sein Geld davon. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber da sieht man ja, wie hier die Politik und auch die Prioritäten vorhanden sind. Da werden auch Dutzende Millionen in das Fiasko Mariahilfer Straße investiert, hunderte Millionen versickern in Fehlspekulationen der Frau Finanzstadträtin, jeder ideologische Blödsinn in Wien wird subventioniert, da ist Ihnen jede Miss- und Freunderlwirtschaft wichtiger, aber die Unterstützung für die Armen gibt es nicht mehr, die wurde abgeschafft! Sie haben die letzten drei Jahre seit dem Antritt der rot-grünen Stadtregierung eindrucksvoll bewiesen, dass Sie im Endeffekt noch mehr Armut geschaffen haben. Und dann lassen Sie die Betroffenen, die von der Armut betroffenen Menschen im Regen stehen und lassen sie frieren! Das ist einfach ungehörig, einfach eine Ungehörigkeit! In Wirklichkeit ist es eine soziale Kälte, die man hier im rot-grünen Wien spürt, und die Sozialdemokratie sollte sich wirklich noch einmal schämen. Was hier aufgeführt wird, hat mit sozialer Politik überhaupt nichts mehr zu tun, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Prof Frigo ist ja kurz auch auf die Zahlen eingegangen. Wir haben mittlerweile in Wien über 325 000 Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze leben müssen, unter den Kindern sind es 28 Prozent. Damit liegt das rote Wien nicht nur österreichweit mit gewaltigem Vorsprung auf dem beschämenden 1. Platz, nein, sogar im EU-Durchschnitt ist Wien leider abgeschlagen beziehungsweise rekordverdächtig Nummer 1, wenn es um die Armut der Kinder geht. Der EU-Durchschnitt liegt bei 20,5 Prozent, in Wien haben wir 28 Prozent. Es lichten sich die Reihen bei der Sozialdemokratie immer mehr. Ich weiß ja ganz genau, jeder, der noch einen Funken Gewissen in sich ruhen hat, kann sich nur für die Leistung der rot-grünen Stadtregierung schämen, dass bedürftige Menschen frieren müssen. (*Beifall bei der FPÖ.*) Jeder, der einen Funken Gewissen in sich ruhen hat, muss sich auch schämen.

Aber kurz ausgeführt, was es eigentlich bedeutet, arm zu sein. Was bedeutet Armut konkret? Das können wir uns alle wahrscheinlich nicht so wirklich vorstellen. Aber es bedeutet zum Beispiel, da gibt es ja auch ganz klare Studien darüber, eine höhere Säuglingssterblichkeit. Es bedeutet eine höhere Zahl von geborenen Kindern mit Untergewicht. Es bedeutet eine höhere Sterblichkeitsrate bei Unfällen oder auch häufigere akute oder chronische Erkrankungen. Ja, auch das ist leider in Wien Realität. Das ist in Wien bei über 325 000 Menschen Realität. Und da lassen Sie die, die heizen wollen, einfach frieren und im Regen stehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist unsozial! Wenn man im Endeffekt tausende Menschen im Winter vor der Entscheidung stehen lässt, ob sie lieber essen oder heizen sollen, dann kann man nur sagen: Sie haben in Ihrer Politik vollkommen versagt! Das ist ein Armutszeugnis für eine ach so große und auch wirtschaftlich starke Weltstadt wie Wien. Schämen Sie sich, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

In Wirklichkeit, der Herr Prof Frigo hat es auch ausgeführt, ist auf Grund des neuen Angebots der Bezieherkreis von 60 000 Beziehern auf 7 000 geschrumpft. Ja, das ist bitte auch logisch. Wer von diesen Menschen, die Tag für Tag um das nackte Überleben kämpfen, kann etwas mit einem Energieberater anfangen, der einen berät, wie man im Endeffekt effizienter Energie einsetzt, jemand, der Tag für Tag auch überlegen muss, ob er jetzt Essen kaufen oder heizen soll? Oder wenn den armen Menschen, den bedürftigen Menschen, angeboten wird, einen geringeren finanziellen Beitrag zu leisten, wenn sie in Fenster oder in eine Therme investieren, die ja mehrere Tausend Euro kosten. Das ist ja nicht zumutbar! Und Hand aufs Herz, im Endeffekt ist es lächerlich. Es zeugt ja auch von einer überaus großen Abgehobenheit einer politischen Kaste, die schon längst die Bodenhaftung verloren hat, die schon längst den Draht zum Bürger verloren hat, die schon längst nicht mehr weiß, wo den Bürger im Endeffekt der Schuh drückt.

Diese rot-grüne Stadtregierung gehört abgewählt und wir werden 2015 dafür sorgen. Das kann ich Ihnen versprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Bertolt Brecht hat ja in seiner Dreigroschenoper geschrieben: „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.“ Aber bei dieser rot-grünen Verliererkoalition schaut es anders aus: Keine Moral in der Regierung und kein Essen für die Menschen. Das ist genau die Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier in Abwandlung von Bertolt Brecht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf Sie noch einmal im Sinne einer sozialen Politik, im Sinne der bedürftigen Wienerinnen und Wiener, aber auch im Sinne und im Endeffekt einer Nächstenliebe, die gelebt werden muss, vor allem in unserer Heimatstadt, einladen: Machen Sie eine Kehrtwendung! Führen Sie den Heizkostenzuschuss wieder ein! Stimmen Sie dem heutigen Beschlussantrag zu!

Sehr geehrte Frau Stadträtin! Stimmen Sie positiv unserem Dringlichen Antrag heute zu. 6 Millionen EUR! 6 Millionen EUR! Was für ein Stein fällt Ihnen aus der Krone? 6 Millionen EUR, meine sehr geehrten Damen und Herren! Geben Sie den Wienerinnen und Wienern 300 EUR pro Jahr, damit sie sich das Heizen im Winter leisten können und halbwegs über die Runden kommen! Das fordern wir Freiheitliche im Sinne der Wienerinnen und Wiener! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Korosec. Ich erteile es ihr.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Winter steht vor der Tür und Sie, die rot-grüne Fraktion, haben hier tatsächlich die Absicht, den Heizkostenzuschuss nicht mehr einzuführen. Sie sind das einzige Bundesland, weil alle - Herr Kollege Wagner, Sie lachen, aber es ist so -, anderen Bundesländer teilweise erhöht haben, Vorarlberg auf 250 EUR, wie Sie wissen. Aber Wien ist eben anders. *(Beifall bei der ÖVP. – Aufregung bei GR Kurt Wagner.)*

Zwei Parteien, eben Sie beide, die angeblich die Armut so bekämpfen - ich meine, allein die Tatsache, der

Kollege Gudenus hat gesagt, es sitzt ja niemand da herinnen, die Frau Stadträtin, ja, und die zwei für Soziales Zuständige und der Herr Klubobmann. Aber ansonsten ist schon Leere. Aber ich glaube nicht, dass Sie sich schämen. Da denke ich gar nicht so positiv wie der Herr Gudenus. *(Aufregung bei SPÖ und GRÜNEN.)* Es ist Ihnen eigentlich egal, ob sozial Schwache *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Das Problem ist, Sie wissen nicht, wie die Neuerung ausgestattet ist. Sie wissen das nicht!)*, ob die Ärmsten der Armen nichts haben. Das ist Ihnen offensichtlich egal. Herr Klubobmann, auch bei Ihnen nehme ich das an. Es ist Ihnen egal, ob die Menschen in ihren Wohnungen frieren. Ich kann auch nur den Kollegen Gudenus wiederholen: Schämen Sie sich dafür! *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Das Problem ist, Sie wissen nicht, wie die Neuerung ausgestattet ist! Sie wissen das nicht!)* Ich komme darauf zurück. Sie brauchen mir nicht zu sagen, dass ich mich nicht auskenne. Sie können beruhigt sein, ich weiß, wovon ich spreche. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: 600 EUR mehr, das wissen Sie? Okay! Das wissen Sie, dann sprechen Sie hier dazu!)*

Meine Damen und Herren! Ich bin grundsätzlich dafür bekannt, dass ich den Blick eigentlich immer in die Zukunft richte. Manchmal aber ist es auch notwendig, den Blick zurück zu tun und Ihnen auch den Spiegel vorzuhalten, und das tu ich jetzt. Für die Heizperiode 2008/2009 haben sozial schwache Bürgerinnen und Bürger 200 EUR erhalten. Am 8. Juli 2010, also einige Monate vor der Wiener Gemeinderatswahl, hat die Frau StRin Brauner, Herr Kollege Gudenus hat es auch erwähnt, gemeint: „Wir werden sicher nicht bei den Sozialausgaben sparen so wie in Kärnten, wo der Heizkostenzuschuss gestrichen wurde.“ *(Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Das stimmt auch!)* Nach der Wahl ist bei Rot-Grün nicht vor der Wahl, denn im November 2010, also ganz kurz nach der Wahl, hat man einmal den Heizkostenzuschuss halbiert: 100 EUR sind auch ausreichend für die Ärmsten der Armen. Und das in einer rot-grünen Koalition!

Meine Damen und Herren! Ich habe schon im Vorjahr gesagt, bei Ihnen, bei der Grünen Fraktion, bestimmt der Standort den Standpunkt. Denn ich kann mich noch an die Diskussionen erinnern, wo die Frau Vassilakou gemeint hat, damals im Jahr 2008 ist es um 200 EUR gegangen, und ich zitiere wörtlich: „Sie lassen die Menschen in dieser Stadt frieren und meinen dann, das ist Sozialpolitik und feiern sich als diejenigen, die die Wiener Bevölkerung vor Armut, vor Kälte, vor dem sozialen Abstieg schützt.“ Kaum waren Sie in der Regierung, offensichtlich war es dort so heimelig oder ist es so heimelig, wurde der Heizkostenzuschuss bereits halbiert. Da gab es schon einen offensichtlich großen Sinneswandel bei Ihnen. 50 Prozent genügen auch. 2012 war dann plötzlich alles anders, weil Sie, Frau Stadträtin, erklärten, den Heizkostenzuschuss wird es nicht mehr geben, aber dafür werden Sachleistungen angeboten. Frau Kollegin Hebein, Sie haben diesen Vorschlag begeistert unterstützt und meinten, wie wichtig und wie notwendig das sei. Jetzt kann ich Ihnen sagen, natürlich auch die Wiener ÖVP vertritt den Standpunkt, dass rich-

tige Energieberatung und Sachleistungen für Erneuerungen, die auch energiesparend sind, durchaus richtig und wertvoll sind. Nur das eine kann nicht mit dem anderen ausgetauscht werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Heizkostenzuschuss ist für die Ärmsten der Armen notwendig. Das heißt, das eine tun, nämlich Energieberatung, Zuschüsse zu Erneuerungen, und das andere nicht lassen, nämlich Heizkostenzuschuss zahlen. Das wäre gute Sozialpolitik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie schaut jetzt das Ergebnis aus? 7 000 Haushalte erhielten heuer Energieunterstützung. Solange es den Heizkostenzuschuss gegeben hat, haben ihn 60 000 Menschen erhalten. Offensichtlich gibt es in diesem Topf noch 2 Millionen, wir haben aber jetzt bereits Ende Oktober. Die Zahlen zeigen ganz deutlich, meine Damen und Herren: Ihre Reform ist gescheitert! Die Regelung, die damals getroffen wurde, wurde nicht nur von Ihnen, Frau Hebein, so begrüßt, sondern auch die SPÖ, der Kollege Wagner, hat das auch freudig begrüßt und auch der Herr Ellensohn, et cetera, et cetera. Ich habe damals in meinem Redebeitrag gesagt, wenn man freundlich gestimmt ist, dann sagt man, das sei naiv. Das Ergebnis zeigt: Wie wahr, wie wahr, Herr Ellensohn.

Wien hat als einziges Bundesland den bisherigen Heizkostenzuschuss von 100 EUR - und diese 100 EUR waren und sind auch der niedrigste Heizkostenzuschuss in ganz Österreich - abgeschafft, weil auch 100 EUR für die Ärmsten der Armen zu viel sind. Dann haben Sie noch versucht, das als Erfolg zu verkaufen.

Meine Damen und Herren! Die Streichung des Heizkostenzuschlages ist ein unglaublicher Schlag ins Gesicht von vielen Betroffenen. 60 000 Menschen sind davon betroffen. Frau Stadträtin! Ich will Ihnen heute wirklich nicht nahetreten, aber wie ich heute in der „Kronen Zeitung“ gelesen habe, wo Sie meinten, das Geld wird jetzt nicht mehr mit der Gießkanne verteilt, so hat mich das schon sehr betroffen gemacht, weil 60 000 Mindestbezieher, 60 000 Mindestpensionisten, AlleinerzieherInnen, wenn Sie da sagen, wenn da 200, 250 oder 300 EUR bezahlt werden, das tun Sie nicht mehr, weil das Gießkannenprinzip war, also das macht mich betroffen. *(Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Ich glaube nicht alles, was in der Zeitung steht!)* Ja, okay, gut. *(Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Sie kennen mich gut genug!)* Ja eben, das ist auch der Grund, warum ich so betroffen war. Bitte, man kann es lesen und es wurde nicht korrigiert.

Meine Damen und Herren! Die Heizkosten in einer eiskalten Wohnung kann man weder mit Energieberatung noch mit Sachleistungen kompensieren. Das heißt, in der Lebensrealität ist es reiner Zynismus.

Ich habe Ihnen im Vorjahr gesagt, wir haben natürlich viele Briefe bekommen, ich habe auch heuer wieder viele Briefe bekommen. Ich bin auch überzeugt, dass auch bei Ihnen diese Briefe eintrudeln. Und wenn Sie sie lesen und wenn Sie sie ernst nehmen, dann müssten Sie aufgerüttelt werden.

Wenn mir ein Briefschreiber mitteilt: „Willst du nicht frieren, dann musst du hungern. Willst du nicht hungern, dann musst du frieren.“, so ist das die Lebensrealität von

vielen Bürgerinnen und Bürgern in Wien. Daher, meine Damen und Herren, Frau Stadträtin, hier ist Handlungsbedarf gegeben. Wir verlangen für die Heizperiode 2013/2014 mindestens 250 EUR. Das sind 15 Millionen EUR, ein Klacks, wenn man weiß, was sonst an Geld hinausgeworfen wird. Also ich möchte es jetzt gar nicht wiederholen, es ist ja da einiges gesagt worden von der Mariahilfer Straße angefangen. Da spielen 30, 50 Millionen keine Rolle und letztendlich ist es ein Chaos. Für mediales Eigenlob, für Inserate in den Zeitungen, mehrtägige Feste mit teuren Stars wie zum Beispiel die Eröffnung der U2 am 5. Oktober, da gibt die Stadtregierung jedes Jahr Millionen um Millionen aus, ungeniert. *(Beifall bei der ÖVP.)* Aber für die Ärmsten der Armen haben Sie keinen Cent zum Heizen! Setzen Sie daher endlich die richtigen Prioritäten, denn Wien ist unter Rot-Grün nicht Sozialhauptstadt Europas, sondern das Gegenteil. Und was wir in Wien seit Beginn des Jahres haben, ist ein bewusster Kahlschlag, den Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, ganz allein zu verantworten haben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Daher bringen wir einen Beschluss- und Resolutionsantrag ein betreffend Wiener Heizkostenzuschuss muss wieder eingeführt werden:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, den Heizkostenzuschuss auf 250 EUR anzuheben und als Geldleistung an bedürftige Wienerinnen und Wiener wieder auszuzahlen. Die Maßnahmen der Wiener Energieunterstützung sollen parallel dazu als nachhaltige Unterstützung zur Senkung der Energieausgaben in einkommensschwachen Haushalten durchgeführt werden.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung des Antrages verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Natürlich, meine Damen und Herren, sind wir auch für den Antrag, den Sie von der FPÖ eingebracht haben. Auch da werden wir zustimmen, denn jeder Euro, den die Ärmsten der Armen mehr bekommen, wird von uns unterstützt.

Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass in einer Weltstadt Wien, wo Sie uns ständig Studien vorweisen, wie gerne man hier lebt, wie gut es uns geht - und wir leben ja alle auch gern in dieser Stadt -, die Armen im Endeffekt im Stich gelassen werden. Das werden wir nicht akzeptieren. Daher beschließen Sie einen Heizkostenzuschuss von 250 oder 300 EUR und Sie würden damit zeigen, dass Ihnen die Ärmsten der Armen in Wien doch am Herzen liegen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Hebein.

GRin Birgit **Hebein** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es fällt schon schwer, ruhig zu bleiben, wenn man der ÖVP und der FPÖ zuhört, wie Sie über die Ärmsten der Armen sprechen. Das sind nämlich die gleichen Parteien, ÖVP und FPÖ, die nichts anderes tun, als gegen die Ärmsten der Armen zu kampagnisieren. Sie stellen die Mindestsicherung in Frage. Sie stellen in Frage, ob die Menschen, die die Mindestsicherung erhal-

ten, überhaupt wirklich arm seien. (*Aufregung bei GR Ing Udo Guggenbichler.*) Und die ÖVP und FPÖ sind genau die Parteien, die jetzt ... vielleicht weil es Winter ist, wird scheinbar ihr Herz erwärmt, plötzlich, weil es draußen kalt wird. Das sind die gleichen Parteien, die die Kindermindestsicherung ablehnen. Das ist ja unglaublich! Was erlauben Sie sich überhaupt? (*Aufregung bei der ÖVP.*) Für wie blöd halten Sie die Menschen überhaupt? 70 EUR mehr pro Kind (*Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.*) pro Monat, in Wien von Rot-Grün beschlossen. Sie nicht! Sie haben es abgelehnt, ÖVP und FPÖ. Das sind 800 EUR pro Kind mehr im Jahr. Und jetzt stellen Sie sich raus und sagen: Na, die 800 EUR, die dürfen die Kinder auf keinen Fall haben. Das wollen wir nicht, nein, also 20 Millionen weniger. Aber wir wollen 300 EUR, weil wir ein Herz für Arme haben, weil es draußen kalt ist. Das glaubt Ihnen kein Mensch! (*Aufregung bei ÖVP und FPÖ. – Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Wenn wir (*GR Ing Udo Guggenbichler: Kinderarmut! Kinderarmut!*) übers Heizen reden, wenn wir wirklich ernsthaft übers Heizen reden, dann reden wir über die Auswirkungen von Armut. Was heißt das? Das heißt, dass die Menschen nicht mehr mit ihrem Geld auskommen. (*Aufregung bei GR Mag Alexander Neuhuber.*) Das heißt, sie können die Miete nicht zahlen, die Lebenshaltungskosten. Das heißt (*Weitere Aufregung bei den GRen Mag Alexander Neuhuber und Ing Udo Guggenbichler.*), es gibt tatsächlich ernsthafte Probleme, weil es Parteien gibt, voilà, wie die ÖVP, die sich weigern, den Menschen ordentliche Gehälter zu zahlen, Gehälter, von denen man leben kann! (*Große Aufregung bei der ÖVP.*) Genau! Und jetzt hergehen und sagen, draußen ist Winter, aber wir wollen 300 EUR, die wollen wir schon für die Menschen. Ein kleines Körpergeld, weil wir sind ja großherzig und großzügig, weil der Winter vor der Tür steht. Sie haben es mitzuverantworten, dass die Menschen nicht mehr von der Arbeit leben können! Genau Sie haben das mitzuverantworten! (*GR Ing Udo Guggenbichler: Sie predigen! – Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Weitere Aufregung bei ÖVP und FPÖ.*)

Und jetzt reden wir ernsthaft über die Energieunterstützung. Was will Rot-Grün? Wir reden jetzt ernsthaft darüber. Laut ... (*GRin Ingrid Korosec: Das wollen wir auch! Das wollen wir auch!*) Ja, bitte, geh, Krokodilstränen, diese hier. (*Aufregung bei der FPÖ.*) Die Armutskonferenz sagt, 100 000 Menschen in Wien können sich das Heizen nicht leisten, davon 25 000 Kinder. Es gibt grobe Schwierigkeiten. Das größte Problem ist die Scham. Das größte Problem ist, die Menschen zu erreichen, die es betrifft. Das ist eine der Säulen der neuen Wiener Energieunterstützung. Wir wollen in aufsuchende Arbeit investieren, damit man die Menschen überhaupt erreichen kann, die es wirklich betrifft. Das ist einmal Punkt 1.

Das Zweite: Wir haben inzwischen 4 Millionen EUR ausgegeben. Es wurde nämlich kein Cent gestrichen. Und wir haben es schon 100 Mal gesagt, aber Ihnen ist es nicht zu blöd, sich hier immer wieder herauszustellen und zu sagen, wir haben das Geld gestrichen. Das ist falsch! Das heißt, inzwischen haben (*Weitere Aufregung*

*bei der FPÖ.*) wir 4 Millionen EUR ausgegeben, den Großteil davon als Hilfe in besonderen Lebenslagen. Das sind vor allem Menschen, die sich die Raten nicht mehr leisten können. Die Jahresabrechnungen kommen von Gas und Strom, es gibt Rückzahlungen, das heißt, Unterstützungen für mehr als 100 EUR, nämlich das, was die Menschen brauchen. Das heißt, ein hoher Anteil ist finanzielle Unterstützung.

Das Zweite ist, wenn sich ÖVP und FPÖ über den Austausch von Durchlauferhitzern lustig machen, dann muss ich schon in aller Deutlichkeit sagen (*Aufregung bei GR Ing Bernhard Rösch.*), die sind hoch gefährlich. Wir unterstützen es massiv, dass die veralteten Durchlauferhitzer ausgetauscht werden.

Der 3. Punkt ist eine nachhaltige Investition: Energieberatung, Austausch von veralteten Geräten. Wir wollen hier nachhaltig helfen, wir wollen sozial helfen.

Und, ja, ein paar Tausend Menschen haben wir erreicht und bis zum Ende des Jahres werden es weitere paar Tausend Menschen sein, denn im Gegensatz zu früher gilt die Energieunterstützung das gesamte Jahr über. Der Erfolg wird sich daran messen lassen, wie viele betroffene Menschen wir konkret erreichen können. Das ist der rot-grüne Weg.

Jetzt zum Abschluss ein ernstes Wort zum Herrn Abg Gudenus. Herr Abg Gudenus, war Ihnen die Rede vielleicht zu links, zu schreiend, zu laut? Sind das nicht Sie gewesen, der unlängst gesagt hat, bei linken Schreibern wollen Sie den Knüppel aus dem Sack nehmen? Sie reden von Moral? Sie sind ein verbaler Gewalttäter! – Vielen Dank. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Unmutäußerungen bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Ich erteile es ihm.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Nach dieser gewaltigen Rede – heute wurde offenkundig die Duracell-Batterie eingesetzt und nicht das Beruhigungsmittel (*Beifall bei der FPÖ.*) – kann ich Ihnen natürlich den Vorwurf wirklich nicht ersparen, dass Sie eigentlich, bei aller Notwendigkeit, Sparmaßnahmen zu setzen, die völlig falschen Prioritäten setzen.

Ich möchte aber mit etwas Positivem beginnen: Ich halte das mit der Energieunterstützung vom Grundansatz her für gar nicht so schlecht, aber es ist, so wie die Frau Kollegin Korosec gesagt hat, nicht immer eine Frage des Entweder-oder, sondern es gibt ja durchaus Dinge, wo man sowohl als auch tätig werden kann. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Und da frage ich mich schon, warum sparen Sie denn nicht bei der penetranten und jetzt auch dokumentierten und transparent gestalteten Eigenwerbungsoffensive? 133 Millionen sind jetzt wieder zur Beschlussfassung anstehend für die Eigenwerbung der Stadt Wien. Also da ist sicher, ohne dass das durchaus zugestandene Informationsbedürfnis sonderlich darunter leidet, die eine oder andere Million drinnen, damit man nicht beim Heizkostenzuschuss sparen muss. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*) Warum bleibt die Gießkanne, wenn es um Insera-

te und um Werbemaßnahmen geht, weit geöffnet? Das ist ja nicht nur eine Gießkanne, das ist ja ein richtiger Schwall, der sich da auf die diversen Medien ergießt. Und warum redet man da beim Heizkostenzuschuss von der Gießkanne?

Und wenn es darum gegangen ist, bei der Mindestsicherung kritisch zu sein: Die Mindestsicherung ist ja prinzipiell von sehr vielen Parteien auf allen Ebenen befürwortet worden, aber es ist seinerzeit daran gekoppelt worden, dass es auch eine entsprechende Transparenzdatenbank gibt, damit einmal wirklich klargestellt wird, wohin die Transferleistungen des Staates fließen. Doch dieses damalige politische Zug-um-Zug-Geschäft ist leider nicht eingehalten worden. Es ist die Mindestsicherung eingeführt worden, aber die Transparenzdatenbank gibt es bis heute nicht.

Dass gerade in Wien die Zahlen explodieren und explodiert sind, das kann man natürlich so oder so sehen. Ich gestehe schon zu, dass die wenigsten Bezieher die volle Mindestsicherung bekommen, aber die Frage, warum es da derartige Unterschiede auch zwischen den Bundesländern gibt, die muss schon auch erlaubt sein.

Dass unser System teilweise auch missbrauchsanfällig ist – das hat jetzt gar nichts mit der Wiener Situation zu tun –, zeigt sich an einem neuen Geschäftsmodell, wonach Menschen aus dem EU-Raum, die von zu Hause sehr geringe Pensionen haben, sich in Österreich anmelden können und dann die Ausgleichszulage ausbezahlt bekommen, was an sich auch ein Wahnsinn ist. Da müsste man sich wirklich die Frage stellen, ob es tatsächlich unsere Aufgabe ist, Mindestpensionen aus anderen Ländern auf unser Level anzuheben. Das kann es wohl nicht sein! Also da müsste man sicher auch auf der EU-Ebene tätig werden, damit nicht ein derartiger Leistungsexport im Sozialsystem stattfinden kann, denn das Sozialsystem ist steuer- und beitragsfinanziert und sollte eigentlich nur denjenigen zu Gute kommen, die bei uns Steuern und Beiträge zahlen und nicht anderen. Da wären auch sehr viele Millionen drinnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt weiß ich auch persönlich nicht, was die ÖVP dafür kann, dass man von den Gehältern nicht leben kann. Ich glaube, das Problem ist nicht, dass die Gehälter zu gering sind – die können immer höher sein –, aber das Problem ist, dass die Steuer- und Abgabenbelastung auch schon bei den mittleren und kleinen Einkommen so hoch ist *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*, dass eigentlich so wenig übrig bleibt. Und da steckt schon auch eine gewisse Methodik dahinter. Man nimmt den Menschen Eigenverantwortung, man macht sie zu Bittstellern und verteilt um, und all die Umverteilungsstatistiken zeigen ja im Prinzip auch, dass das überhaupt nicht treffsicher ist und überhaupt nicht funktioniert. Das wäre vielleicht im Zeitalter von knappen Kassen auch einmal eine lohnende Aufgabe, zu sagen, runter mit der Belastung, aber auch eine zusätzliche Eigenverantwortung! Dann bleibt genug Geld, denen zu helfen, die es wirklich brauchen. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Denn es nützen die besten Lohnerhöhungen nichts, und ich habe da durchaus Sympathien dafür, dass man

sich selbstverständlich die Inflationsrate anschaut, die ja künstlich runtergerechnet wird. Das muss man ja auch sagen, das sagt auch jeder Statistiker. Also wenn man nicht alle 3 Wochen einen Flatscreen kauft oder ich weiß nicht, was, dann hat man nicht 2 oder 3 Prozent Inflation und Kaufkraftverlust, sondern 6 oder 7 Prozent. Das ist der Mini- und Mikrowarenkorb, also das heißt, hier haben wir ja wirklich eine Teuerungsrate, mit der man erst einmal zurechtkommen muss.

Dass da natürlich auch Arbeitnehmervertretungen darauf schauen müssen, dass sozusagen zumindest die Kaufkraft erhalten bleibt, ist ja auch in Ordnung, aber vom Ausgleich der kalten Progression, von einem Gebührentopp ist überhaupt keine Rede. Ich frage mich wirklich – das ist jetzt eine Sache, die an die Bundesebene geht –, warum Rezeptgebühren, Höchstbeitragsgrundlage und viele andere bewegliche Werte Jahr für Jahr automatisch angehoben werden, aber die Steuertarifstufen werden nicht angehoben. Wenn man alles valorisieren und dynamisieren kann – die Parkgebühren in Wien, die Müll- und Wassergebühren –, warum dann nicht auch da? Also da wäre auch sehr viel drinnen.

Das heißt im Endeffekt: Durchforsten Sie einmal Ihre Ausgabenpositionen! Ich bin mir sicher, die Opposition wird nicht anstehen, Ihnen bei der Suche nach den Millionen, die notwendig sind, um den Heizkostenzuschuss wieder einzuführen, behilflich zu sein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mörk. Bitte schön.

GRin Gabriele **Mörk** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In den letzten Monaten hat die Opposition immer wieder stark kritisiert, dass es in Wien zu viele BezieherInnen von Mindestsicherung gibt, und hat vielen davon direkt oder indirekt Sozialmissbrauch vorgeworfen oder sie als Sozialschmarotzer hingestellt. Gleichzeitig wirft die Opposition uns heute vor, wir würden Menschen in Energiearmut nicht unterstützen. Und da frage ich mich jetzt: Wer soll sich heute hier schämen?

Da zeigt sich auch wieder einmal, dass FPÖ und ÖVP wissentlich und absichtlich wichtige Fakten nicht auf den Tisch legen, weil das ihre Argumentation in sich zusammenbrechen lassen würde, aber diese Fakten, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann ich Ihnen heute leider nicht ersparen.

Bei der Einführung der Mindestsicherung war ein Ergebnis der Verhandlungen, dass der Heizkostenzuschuss der Länder in Zukunft in den Mindestsicherungsbetrag mit einbezogen wird. In Wien beziehen rund 144 000 Menschen Mindestsicherung und damit verbunden auch automatisch eine Leistung und Unterstützung für ihre Aufwendungen für Heizung und Strom. *(GRin Ingrid Korosec: Als Bittsteller!)* Eine Alleinerzieherin mit Kind erhielt mit der Einführung der Mindestsicherung im Herbst im Vergleich zur früheren Sozialhilfe im Schnitt rund 600 EUR mehr pro Jahr. Der Mindestsicherungsbeitrag für Kinder zählt mit über 200 EUR, mit März 2011 in

Kraft getreten, zu den höchsten in ganz Österreich. Und das ist ein wichtiger Meilenstein, aber Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von ÖVP und FPÖ, haben damals im Dezember 2010 der Erhöhung des Kinderbeitrages nicht zugestimmt.

Wien wendet pro Jahr 446 Millionen EUR für die Mindestsicherung auf und leistet damit auch einen Beitrag zur Deckung der Energiekosten. Und auch bei den 24 Millionen EUR für Hilfen in besonderen Lebenslagen ist eine Unterstützung für Energiearmut möglich. *(GRin Ingrid Korosec: Die müssen als Bittsteller kommen!)* Nicht als Bittsteller! Mindestsicherung ist ein Rechtsanspruch, Frau Kollegin Korosec, da ist man nicht Bittsteller.

Wer also Wien unterstellen würde, die Stadt würde sozial Bedürftige im Stich lassen, der ignoriert absichtlich ein Sozialbudget in der Höhe von 470 Millionen EUR im Jahr.

Wien unterstützt seit vielen Jahren einkommensschwache Haushalte, die unter Energiearmut leiden. Darüber hinaus geschieht das jetzt noch zusätzlich, nämlich seit dem Vorjahr, mit der Wiener Energieunterstützung. Diese Wiener Energieunterstützung ist ein wohlüberlegtes politisches Instrument. Sie hilft durch einen Mix von kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen und verbessert so die Situation der betroffenen Menschen nachhaltig. Sie unterstützt einkommensschwache Haushalte nachhaltig in Zeiten ständig steigender Energiekosten. Sie gewährleistet soziale Treffsicherheit und stellt flexibler als bisher sicher, dass Menschen individuell entsprechend der Lebenslage unterstützt werden. Die Energieunterstützung ist nicht an die Heizperiode gebunden, sondern kann ganzjährig vergeben werden und hilft gegebenenfalls auch, Sicherheitsgefahren zu vermeiden und schafft Bewusstsein für energiesparende Maßnahmen und Lebensweisen.

Die Energieunterstützung, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat drei Schwerpunkte: erstens eine einmalige Bezahlung von Energiekostenrückständen, zweitens den Tausch von veralteten Durchlauferhitzern und drittens eine verstärkte Energieberatung von Haushalten sowie die Finanzierung daraus resultierender Maßnahmen, zum Beispiel Gerätetausch oder Thermenwartung.

Dieser Mix, meine sehr geehrten Damen und Herren, zeigt ganz deutlich: Wien unterstützt Menschen, die von Energiearmut betroffen sind, nachhaltig, unbürokratisch und treffsicher.

Es muss aber auch ganz klar gesagt werden, dass das Budget gleich geblieben ist. Wien streicht keine Mittel für sozial Bedürftige und verkauft eine Kürzung nicht als Reform. So etwas zu behaupten, meine Damen und Herren, ist schlicht und einfach unseriös *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*, denn die Energieunterstützung verfügt über das exakt gleiche Budget in der Höhe von 6 Millionen EUR.

Beim alten Heizkostenzuschuss war eine unterjährige Auszahlung nicht möglich. Bei der Energieunterstützung wird aber gerade jetzt im Herbst, wo die Jahresabrechnungen zu bezahlen sind, Unterstützung gewährt. Daher

ist das Budget auch noch nicht ganz ausgeschöpft. 4 Millionen EUR wurden bis Ende September vergeben, und bis Ende des Jahres stehen noch weitere 2 Millionen EUR zur Verfügung.

Als Opposition kann man natürlich leicht Forderungen stellen, zum Beispiel einen Heizkostenzuschuss von 300 EUR, von 250 EUR. Dafür wären im Budget entweder 18 oder 15 Millionen, je nachdem, was man hernimmt, erforderlich. Ich weiß aber nicht, woher sich die FPÖ und ÖVP das notwendige Budget im Sozialressort dann holen möchte. *(GRin Ingrid Korosec: Durch Einsparungen! – GR Mag Wolfgang Jung: Weniger inserieren in eigenen Zeitungen! Beim echo-Verlag zum Beispiel!)* Eine Frage an Sie: Sollen wir weniger Geld für Menschen mit Behinderung ausgeben oder sollen wir Personal in Pflegewohnhäusern einsparen? *(Weiterer Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Nicht? Aber das muss über das Sozialbudget finanziert werden. Und selbst wenn wir diese Summe zusätzlich einsetzen und aufwenden würden, würde das der Steigerung der Energiekosten weder treffsicher noch nachhaltig entgegenwirken. *(GRin Ingrid Korosec: Warum geht es in Vorarlberg?)* Ja, Frau Kollegin Korosec, Vorarlberg zahlt neben der Mindestsicherung auch einen zusätzlichen Heizkostenzuschuss. Aber Sie wissen auch, dass in Vorarlberg und auch in anderen Bundesländern Menschen, die Anspruch auf Mindestsicherung hätten, diese aus Scham oder Angst vor Stigmatisierung gar nicht beantragen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist Ihre Behauptung!)* Daher ist es geradezu zynisch, sich hier herzustellen und diese Bundesländer als positives Beispiel für die Unterstützung armutsgefährdeter Menschen anzuführen. *(Beifall bei der SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Das ist wirklich lächerlich! Das glauben Sie selber nicht!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch die Energieunterstützung ist es das erste Mal gelungen, den Energiebereich und den Sozialbereich der Stadt Wien miteinander zu vernetzen. Das ist wichtig, richtig und sinnvoll. Nur so erreichen wir vor allem Menschen, die bisher zwar von Energiearmut betroffen waren, nicht aber über die Hilfsangebote der Stadt Bescheid wussten. Gerade niederschwellige Angebote und eine individuelle Unterstützung werden von den Betroffenen gerne angenommen.

Verantwortungsvolle Politik zu machen, heißt, Maßnahmen wohlüberlegt zu setzen und sie dann auch zu evaluieren. Wir werden sicherlich aus dem ersten Jahr der Energieunterstützung wertvolle Erfahrungen sammeln und diese in den kommenden Jahren in die Weiterentwicklung der Energieunterstützung einfließen lassen. Wien, meine sehr geehrten Damen und Herren, nimmt seine soziale Verantwortung wahr. Das war immer so, und das wird auch in Zukunft so bleiben. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Rösch. Ich erteile es ihm.

GR Ing Bernhard **Rösch** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Kollegen und Kolleginnen!

In Wien sagt man, wenn sich etwas aufbaut, was

nicht so ganz funktioniert, da spielt's Not und Elend. Und das kommt mir auch irgendwie so vor, und ich glaube schon gar nicht mehr, dass das nur Absicht ist, sondern auch Unvermögen.

Das, was wir da heute alles gehört haben, das stimmt ja doch alles nicht überein. Man kann zwar die eine oder andere Erhöhung erkennen, die genau in das soziale Milieu hineinspielt, das gefördert gehört und denen das vielleicht auch was nützt, aber wenn es von diesen 60 000 Betroffenen nur mehr 7 000 Betroffene gibt (*GRin Birgit Hebein: Bis jetzt!*) – bis jetzt –, dann muss man sich doch überlegen: Was ist passiert?

Das Erste, was handfest ist, ist natürlich: Diejenigen, die so wenig verdienen, dass sie sich keine neue Therme leisten können und deswegen auf den Zuschuss verzichten müssen (*Beifall bei der FPÖ.*), die müssen frieren.

Ich habe gerade Pensionisten erlebt, die zu mir gekommen sind und ihre Situation dargelegt haben, die mir damals erzählt haben, wie es Ihnen geht, wenn sie eine Pensionserhöhung zu erwarten haben und dann auf dem Pensionszettel plötzlich weniger haben. Das haben wir damals geschafft, als wir den Alleinerhalterbeitrag ... (*GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Ja, Schwarz-Blau war das!*) Na, ich würde sagen, das war die SPÖ, und das ist noch nicht so lange her. Aber ihr könnt alles mit Schwarz-Blau irgendwie so runterdodeln, der Bürger weiß, wer es in Wirklichkeit war. Diejenigen, die betroffen sind, die wissen, wer ihnen das eingebrockt hat. (*GR Kurt Wagner: Ja, das glaube ich auch!*)

Deswegen kann man nur eines sagen: Der Bürger wird sich das nächste Mal überlegen, ob er in Wien noch einmal zulässt, dass Rot-Grün seine Kreise zieht. Diese rot-grüne Politik glaubt wirklich, dass sie den Bürgern einheizen kann und dass diese Reibungswärme irgendwie als Nestwärme überkommt. Aber ich kann Ihnen sagen, die Rechnung wird nicht aufgehen. Der Spaß wird Ihnen verdorben werden vom Bürger, den es nämlich angeht.

Sich immer nur lustig zu machen und immer nur zu sagen, das waren die Schwarz-Blauen ... (*GR Kurt Wagner: Lustig war das nicht!*) Ich kann Ihnen sagen, es sind sehr, sehr viele gute Sachen unter Schwarz-Blau passiert. Da fällt uns sehr viel, nämlich Soziales, ein. Auch mit dem Kindergeld wurden Familien gefördert. Es wurden aber auch ganz einfach viele Sachen damals eingebracht. (*GR Kurt Wagner: Ja, Kürzung der Pensionen um 25 Prozent!*) Die Mehrstunden und so weiter wurden damals initiiert, aber das wollen Sie ja alles nicht hören, denn das sind soziale Errungenschaften. Oder die Elternteilzeitkarenz. Alles unter Schwarz-Blau damals passiert.

Nur, das wollen Sie alles nicht hören, denn Sie sagen, es kann nicht sein, was nicht sein darf, sonst müssten Sie in der Früh aufwachen und wissen, Sie, die SPÖ vor allen Dingen, sind nicht mehr die Arbeitnehmerpartei. Sie sind keine Arbeitnehmerpartei mehr. Die soziale Partei in Österreich ist in Wirklichkeit die FPÖ. (*GR Prof. Harry Kopietz: Ja, wenn Sie „Arbeit“ weglassen, dann stimmt es!*)

Aber um jetzt nicht zu weit wegzukommen von diesen 300 EUR Heizkostenzuschuss, der ja wirklich ganz leicht im Budget unterzubringen wäre. Warum will man das nicht? Warum will man denn unbedingt, dass da die Thermen saniert werden? Ja, weil die meisten von denen, die ein schwaches Einkommen haben, in Gemeindebauten wohnen und weil die Gemeinde Wien ganz einfach möchte, dass das über diese Schiene finanziert wird, nämlich gegenüber den privaten Haushalten. Und das ist der Nutzen, das ist das billige Kalkül, warum man ganz einfach denen, die zu wenig haben, um zu heizen, die 300 EUR nicht gönnt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und noch einmal: Es haben sehr viele Pensionisten, die Alleinerhalter sind, die nur 1 000, 1 100, 1 150 EUR haben, damals das sehr gespürt, dass dieser Beitrag gestrichen wurde. Und die haben tatsächlich auf dem Lohnzettel gesehen, ich habe weniger, obwohl ich mehr bekommen habe. Wir reden nicht von diesen Briefen, die damals gesagt haben, ihr kriegt auf die Pension eh was drauf, und dann waren die Nullrunden drinnen. An diese Briefe können wir uns noch erinnern. Sollte es wer vergessen haben, können wir sie ausheben gehen. Aber da ist dann großes Schweigen im Walde, denn da wissen Sie, da werden Sie ertappt.

Da frage ich: Kommt es Ihnen wirklich auf diese 300 EUR an? Ich kann Ihnen sagen, wie man das locker finanziert. Wir werden einfach eine Absage an dieses Eins-zu-eins-Infrastrukturversuchsprojekt auf der Mariahilfer Straße machen. Oder so Infrastrukturprojekte wie die Gardegasse, einmal Fußgängerzone, dann wieder zurück, weil man ganz einfach böse ist, dass die Bürger demokratisch entscheiden wollen und dann sagen, das wollen wir nicht. Oder wenn zum Beispiel in einem Bezirk, wo Grün regiert, dort, wo Grünraum war, plötzlich alles zubetoniert wird und die Bürger sagen, das wollen wir nicht. Das ist den GRÜNEN zum Beispiel völlig wurscht, da gehen sie drüber. Das haben sie sich eingebildet, da hat sich irgendjemand, ein Hausbesitzer oder sonst irgendwer, etwas gewünscht und das kriegt er dann, weil er ein braver Grüner ist.

Das ist genauso, wie wir das von den GRÜNEN an und für sich überall auch gewöhnt sind, dass sie dort, wo sie irgendwo zu Geld kommen, eine klingelnde Kassa machen. Und da reden wir schon lange nicht mehr von dem Posten vom Herrn Van der Bellen oder so, sondern da braucht man ja auch nur wieder in den Bezirk hineinzuschauen. Da gibt es vom Kulturausschuss die Chefin, die Frau Mag Brenner. Ja, was glauben Sie, was die wird? Wenn man bei der Kultur ist, ist man ja sehr nahe beim Museum. Und was glauben Sie, wer das Museum jetzt leiten soll dort im 7. Bezirk? Ein Schelm, der Böses denkt. Natürlich, dort, wo man an der Subventionsnadel sitzt, und dort, wo man dann die Entscheidungen machen kann und die Subventionen beantragen kann, da geht das in Personal und so. Sagen Sie mir, dass das nicht stimmt, dass Sie das geändert haben.

Oder wie schaut das denn aus bei Ihnen im Büro? Die Büroleiterin der GRÜNEN im 7. Bezirk ist gleichzeitig Büroleiterin vom Amtshaus. Also die Bürger müssen jetzt zur bekennenden grünen Büroleiterin gehen. (*GRin Birgit*

*Hebein: Was reden Sie da ...)* Und da wird den Bürgern dann erzählt, wer kommen darf und wer nicht kommen darf, wer Hausverbot kriegt und wer nicht Hausverbot kriegt.

Das ist so passiert, und da muss ich ganz ehrlich sagen, bei so einer unsozialen Politik können wir Freiheitlichen nicht mitmachen, die müssen wir bekämpfen. (*Beifall bei der FPÖ.*) Ich möchte sehen, wie Sie reagieren würden, würde das eine andere Fraktion als die Regierungsfraktion – denn da sind Sie ja gut eingebettet, die Hand, die füttert, die wird nicht gebissen, das kennen wir jetzt schon bei den GRÜNEN – machen. Was würden Sie sagen? Freundschaftswirtschaft, Korruption und noch viel Schlimmeres, und ich würde Ihnen recht geben müssen. Aber da wird das jetzt plötzlich alles unter dem Deckmantel Fürsorge und Notwendigkeit oder sonst irgendwas verpackt. Da raucht einem ja der Kopf. Und dann stellen Sie sich hier heraus und machen da heraußen auf aufgereggt und sagen, wir sind die Unsozialen, wir wollen da nur ein Spiel machen. Gehen wir hinaus, gehen wir zu den Leuten, die die 300 EUR wirklich brauchen!

Ich sage ihnen was: Ich stehe mit den Leuten in Kontakt, mit Leuten, die auch beim AMS sind und natürlich arbeiten wollen, weil sie noch viel zu jung sind, um an die Pension zu denken. Die bekommen als qualifizierte Kräfte – und das habe ich in der Hand – einen Bruttolohn für Vollzeit von 707 EUR angeboten. (*GRin Birgit Hebein: Genau!*) Und das beim AMS, das in Wien. Sagen Sie nicht, genau. 707 EUR sind nämlich eine Frechheit, damit kann keiner leben. Da bist du auf den Heizkostenzuschuss angewiesen. Und Sie sagen da noch, genau und belustigen sich darüber. Ich kann Ihnen sagen, auch die GRÜNEN, habe ich in Erinnerung, haben 8,50 EUR als Mindestlohn gefordert, obwohl Sie dann natürlich bei den Wahlhelfern schon gesagt haben, das kann man mit 8 EUR auch machen und haben es auch noch ausgehängt. Also Sie sind sowieso unter Ihren eigenen Forderungen geblieben.

Und deswegen: Verkaufen Sie den Wienern und Wienerinnen kein X für ein U! Halten Sie sich zurück und überlegen Sie, was Sie da tun! Seien Sie sozial, und stimmen Sie den 300 EUR zu! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Von der FPÖ wurde ein Ordnungsruf für die Kollegin Hebein gefordert, und zwar für die Aussage: „Was redet der für einen Schas?“ (*Ironische Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Frau Hebein, liebe Birgit! Ich habe es leider auch so gehört und gebe dir daher einen Ordnungsruf für diese Aussage und bitte dich, deinen Ton zu mäßigen. Danke schön. (*GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Wen hat sie da gemeint?*) Das wollen wir jetzt nicht diskutieren, wen sie gemeint hat.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau GRin Korosec gemeldet. Bitte schön.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Mörk, Sie haben hier gesagt, in Vorarlberg bekommen die Bezieher von Mindestsicherung keinen Heizkostenzuschuss. (*Widerspruch bei der SPÖ.*) Wahr ist vielmehr, Aussendung vom 8. Oktober ... (*Amts-*

*StRin Mag Sonja Wehsely: Nein!*) Das hat sie gesagt (*GR Kurt Wagner: Sie hat genau das Gegenteil gesagt! – Amtsf. StRin Mag Sonja Wehsely: Genau das Gegenteil hat sie gesagt!*) Ja, wenn jemand Mindestsicherung bekommt, dann ist der Heizkostenzuschuss beinhaltet und es wird kein Heizkostenzuschuss ausbezahlt. (*GR Kurt Wagner: Nein, das hat sie nicht gesagt!*) Das hat sie gesagt. (*GR Kurt Wagner: Sie hat genau das Gegenteil gesagt!*) Na bitte, das kann man nachlesen.

Also ich sage Ihnen, damit das allgemein bekannt ist, wie es in Vorarlberg ist: Bezieherinnen und Bezieher der Mindestsicherung erhalten von der Bezirkshauptmannschaft einen Zuschuss bis zur Höhe des Heizkostenzuschusses, wenn der Aufwand für die Beheizung nachweislich höher ist als der im Mindestsicherungssatz dafür vorgesehene Anteil.

Das ist vollkommen richtig, und wenn Sie das so in Wien machen würden, dann wären wir sehr, sehr zufrieden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Prof Frigo. Bitte schön.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja, ich wollte mich auch noch kurz zu Wort melden.

Zuerst zu Kollegin Hebein: Das kann so nicht im Raum stehen bleiben, dass wir, die FPÖ, da nicht glaubwürdig wären bezüglich der Kinder. Die langjährige FPÖ-Forderung des Gratiskindergartens in Wien wurde zwar von der SPÖ letzten Endes implementiert, aber wir haben das jahrelang gefordert, meine Damen und Herren. Der Gratiskindergarten war eine langjährige Forderung. (*GR Mag Jürgen Czernohorszky: Die Kindergartenmilliarde abgeschafft! Das hat die FPÖ gemacht!*) Nein, das ist nicht wahr. (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Nein, das ist nicht wahr. Der Gratiskindergarten in Wien war unsere Forderung, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Frau Kollegin Mörk hat dann in ihrer Rede noch einmal gefragt: Woher das Geld nehmen? Ich erinnere an die, wie der Kollege Aigner schon gesagt hat, 133 Millionen EUR Eigenwerbebudget der Stadt Wien. Also bitte, Frau Mörk, ich erinnere noch einmal daran, da könnte man die 6 Millionen für den Heizkostenzuschuss durchaus abzweigen.

Kurz zum medizinischen Teil der Armut in Wien. Es gibt schon medizinische Aspekte auch. Als Professor darf ich Ihnen ganz kurz, eine Minute, etwas zum Medizinischen sagen. Es gibt eine Studie der Ärztekammer, die ungefähr sieben Jahre alt ist, aber immer noch aktuell. Es gibt tatsächlich Unterschiede in der Lebenserwartung in den Bezirken von Wien, und die kürzeste Lebenserwartung haben Sie leider Gottes im 15. Wiener Gemeindebezirk. Alles nachzulesen. Ich gebe das auch jedem gerne. (*GRin Dr. Claudia Laschan: Armut macht krank! Das weiß ohnehin jeder! Das ist eine altbekannte Tatsache!*) Das stimmt, ja. Es ist interessanterweise auch in den Wiener Gemeindebezirken ein Unterschied von sieben bis acht Jahren. Das heißt, wenn Sie im 15. Wiener Gemeindebezirk leben, leben Sie am kürzesten, und das hat natürlich auch mit der Heizung zu tun. Wa-

rum? Wenn ich nicht heize im Winter, dann werde ich krank, bekomme eine Grippe, bekomme eine Lungenentzündung, und als alter Mensch kann ich daran sterben. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf von GR Kurt Wagner.)*

Sie glauben vielleicht, dass ich als Professor weltfremd bin, aber im Zuge des Wahlkampfes waren wir auch in den Gemeindebauten. Unter anderem war ich zum Beispiel auch im Gemeindebau in Kaisermühlen, im berühmten Goethe-Hof, wo der Kaisermühlenblues gedreht wurde. Er ist aber nicht nur berühmt, weil dort der Kaisermühlenblues gedreht wurde, sondern auch weil der Peter Pilz dort wohnt oder angeblich wohnt. Wir haben ihn dort nicht angetroffen, aber wir haben uns dort Wohnungen angeschaut, wir haben dort Mieter interviewt, und da gibt es Wohnungen, die sind 45 oder 50 m<sup>2</sup> groß, und die Leute zahlen dort immerhin stolze 550 EUR Miete. Das finde ich schon recht stolz.

Wenn Sie mich nun nach diesem berühmten jetzigen Energiezuschuss fragen, nämlich für diese Therme, die wir heute schon oft zitiert haben, die 2 000 EUR oder 3 000 EUR kostet. Da gibt es ein OGH-Urteil, dass nämlich die Therme eigentlich der Vermieter zahlt, beziehungsweise ist dieses OGH-Urteil ein bisschen unschlüssig, denn wenn sie der Vermieter nicht zahlt und auch der Mieter nicht zahlt, dann gibt es zumindest eine Mietzinsreduktion in der Zeit, wo es keine Therme gibt. Also so typisch OGH. Aber man sollte sich als guter Vermieter oder sozialer Vermieter überlegen, wer eigentlich zum Beispiel im Gemeindebau diese Therme zahlt.

Denken Sie auch an diese ganzen Thermenunfälle. Auch die Wartung der Therme – und das ist ja letztlich auch entscheidend, denken Sie an diese ganzen Unfälle, wo es Erstickungen gab – trägt der Vermieter. Auch hier gibt es OGH-Entscheidungen, dass das ebenfalls zur Mietzinsreduktion führt. Auch hier ist die Frage, wer das trägt, der Vermieter oder der Mieter? Letzten Endes kommt es dem Vermieter zu Gute und nicht dem Mieter. Ich frage mich also, wem jetzt dieser Energiezuschuss zu Gute kommt. *(GR Godwin Schuster: Sie können sich bei der Frau Frank erkundigen! Die kennt sich da aus!)* Wir haben es gerade nachgelesen. Im OGH-Urteil ist es völlig unklar. *(GR Godwin Schuster: Eine Wartung gehört zu den Betriebskosten!)* Die zahlt der Mieter, aber letzten Endes zahlt er es dann doppelt. *(GR Godwin Schuster: Aber nein, gar nicht!)*

Zu den Sozialleistungen und zur Förderung ist noch etwas zu sagen. Es fällt mir immer wieder auf und ist mir auch im Gemeindebau aufgefallen, wenn ich die Leute gefragt habe, wie es ihnen geht, dass mit der Arbeitslosenmindestsicherung, was man so hört, letzten Endes von Ihnen die Leute gefördert werden, die keine Arbeit wollen. Die Arbeitswilligen, die arbeiten, die schauen nämlich durch die Finger, und auch die Leute, die arbeitslos werden, werden nicht so bedient, wie Sie vielleicht glauben. Vor allem wenn bei Paaren ein Partner arbeitslos wird, dann schaut es schlecht aus, denn der bekommt nicht die volle Arbeitslose.

Dementsprechend gilt die alte FPÖ-Forderung, die ich hier nun unterstreichen will: die Förderung der Fami-

lien, vor allem der kinderreichen Familien. Das unterstreiche ich an dieser Stelle. – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Wagner. Ich erteile es ihm.

GR Kurt **Wagner** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Geschätzte Damen und Herren!

Sie erlauben mir, dass ich zu Beginn eine persönliche Bemerkung hier mache. Wenn man schon einige Zeit in diesem Haus sitzt, hat man den Vorteil, auch ein bisschen so die historische Vergangenheit beleuchten zu können. Ich könnte es mir jetzt leicht machen und könnte eigentlich im Prinzip auf eine frühere Rede hinweisen – ich tue es aber natürlich nicht, das sage ich auch gleich dazu, nicht dass da jetzt Freude bei der FPÖ oder vielleicht bei der ÖVP aufkommt –, ich könnte verweisen auf meine Wortmeldung am 23. November 2011, auf meine Wortmeldung am 21. November 2012.

Ich habe heute festgestellt, Sie haben Ihre taktische Vorgangsweise geändert, weil es schlicht und einfach in den letzten Jahren nicht gepasst hat. Die Heizkostenzuschussdebatte hatten wir nämlich immer während des Rechnungsabschlusses oder bei der darauffolgenden Gemeinderatssitzung. Bei diesen Budgetdebatten haben Sie aber immer gesagt, man muss sparen, man muss vernünftig sparen *(GR Mag Wolfgang Jung: Richtig! Bei der Eigenwerbung!)*, und man muss im Prinzip hier schauen, dass das Budget in Ordnung kommt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Richtig! Beim echo-Verlag!)*

Herr Jung, ich darf Ihnen das bei dieser Rede auch sagen: Es ist mir völlig egal, was Sie dazwischenrufen. Glauben Sie mir das. Nicht einmal ignorieren, das ist bei Ihnen die beste Vorgangsweise. *(Weiterer Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Sie können auch sagen, was Sie wollen. Es ist mir wirklich wurscht, Herr Kollege, was Sie an Wortspenden hier bei meinem Redebeitrag bringen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Wenn Sie wollen, melden Sie sich zu Wort, aber ich würde Sie ersuchen, lassen Sie mich persönlich reden *(GR Mag Wolfgang Jung: Dann tun Sie es doch!)*, weil es interessiert mich nicht, was Sie zu sagen haben. *(GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Jetzt hat der Jung verloren!)*

Meine geschätzten Damen und Herren! Herr Kollege Frigo, wenn man sich mit der Wohnmaterie näher befasst – und das muss man natürlich, das ich darf Ihnen dazusagen –, so gibt es zwar ein OGH-Urteil, aber es gibt schon ein zweites OGH-Urteil, und wie es eben bei so Urteilen ist, sind die sehr unterschiedlich in der Darstellung. Wenn die österreichische Rechtsprechung so einfach wäre, dass etwas mit einem Urteil ein für alle Mal geklärt wäre, dann wüsste man auch genau, wie man es auslegen könnte. Das ist in diesem Fall wirklich nicht ganz klar geregelt.

Aber noch etwas, weil Sie die Teuerungsrate am Beginn Ihrer Begründung angeführt haben und meinten, wenn Sie im AKH zum Anker gehen und einen Kaffee und ein Kipferl zu sich nehmen, dann merkt man das mit der Teuerungsrate. Ich darf Ihnen sagen, da müssen Sie nicht zum Anker im AKH gehen, sondern natürlich mer-

ken Sie Teuerungsraten wirklich auch, wenn Sie in Billigmärkten einkaufen gehen. Ich sage Ihnen, ich trinke meine Kaffee zu Hause, ich gehe nicht zum Anker im AKH und trinke dort einen Kaffee. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Was haben Sie gegen das AKH?*) Aber das muss jeder selber entscheiden und machen, wie er möchte.

Meine Damen und Herren! Herr Klubobmann, weil Sie heute Bertold Brecht zitiert haben, dann darf ich diesbezüglich auch ein Zitat verwenden. Also ich glaube, wenn Sie die Wienerinnen und Wiener für dumm halten sollten, was ich jetzt nicht unterstelle, dann ist ein Zitat das richtige. Bertold Brecht sagte unter anderem auch: „Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber.“ Und glauben Sie mir, die Wienerinnen und Wiener wissen schon, was sie an der sozialdemokratischen und jetzt rot-grünen Stadtregierung diesbezüglich haben.

Frau Kollegin Korosec, ich habe genau mitgeschrieben und darf Ihnen das jetzt sagen – Sie können das natürlich nachher auch im Protokoll nachlesen –: Die Kollegin Mörk sagte hier an dieser Stelle und, ja, in Ihre Richtung, Vorarlberg zahlt neben der Mindestsicherung auch noch zusätzlich einen Heizkostenzuschuss aus, dann hat sie in einem Nebensatz gesagt: Aber Sie wissen auch, dass in Vorarlberg und anderen Bundesländern viele Menschen den Anspruch auf Mindestsicherung gar nicht stellen, aus den und den Gründen. – Das ist in Wirklichkeit die Wahrheit.

Aber, Frau Kollegin Korosec, es gilt auch das Gleiche, wenn Sie sich das Protokoll vom vorigen Jahr von meiner Rede durchlesen. Da habe ich Ihnen voriges Jahr auch etwas zu Vorarlberg gesagt. Ich habe mir heute auch die Mühe gemacht, das Mitteilungsblatt der Vorarlberger Landesregierung über den Heizkostenzuschuss genau anzusehen und zu lesen, und da steht etwas Interessantes drinnen. Diese Meldung ist richtig, die bekommen das zusätzlich, aber nur dann, wenn der Anteil, der bei der Mindestsicherung drinnen ist, überstiegen wird, und dann auch nur den Bereich, der den übersteigt. (*Zwischenruf von GRin Ingrid Korosec.*) Das heißt, Sie müssen das herausrechnen, was in der Mindestsicherung als Heizbeitrag drinnen ist, mal zwölf, und das müssen Sie dann nachweisen. Und erst wenn der Betrag überstiegen ist, bekommen Sie bis zu dieser Höhe – ist das weniger, bekommen Sie das auch nicht in der vollen Höhe in Vorarlberg, sondern bis zu der Höhe – einen Heizkostenbeitrag.

Meine geschätzten Damen und Herren! Dann kam aber noch ein Zwischenruf, und das ist ja immer das Interessante, wenn man hier diesbezüglich diskutiert. Da wurde gesagt, wieso hat denn die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung bis jetzt nicht geändert, was die FPÖ in ihren Zeiten, nämlich 2000 bis 2006, gemacht hat. Wenn Sie da von Armut reden und von den armen Pensionistinnen und Pensionisten, dann leiden Sie an Amnesie. In den Jahren 2000 bis 2006 haben Sie nämlich Pensionsreformen durchgeführt, und eine dieser glorreichen Reformen – das ärgert mich heute noch, und das sage ich vor allem in Richtung Ihrer Gewerkschafter, die hier herinnen sitzen – kostet jeden, der damals noch

nicht ganz 50 Jahre war, 25 Prozent seiner künftigen Pension. Wenn das nicht ein gravierender Pensionseinschnitt ist, den Sie gemacht haben (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*), und wenn uns dann gesagt wird, ja wieso kann denn der nicht rückgängig gemacht werden, dann darf ich Ihnen dazu eine klare Antwort geben: Hätte die SPÖ die absolute Mehrheit auf Bundesebene, dann könnten Sie sich anschauen, dann würden die Pensionsreformen in dieser Richtung ganz anders aussehen.

Aber, meine Damen und Herren der Freiheitlichen Partei, es gibt ein gutes Zitat: An ihren Taten sollt ihr sie messen. Und 2000 bis 2006 haben Sie genügend Taten gesetzt, aber leider nicht zum Wohle der ÖsterreicherInnen und Österreich. Sie haben die Kindergartenmilliarde – das ist schon in einem Zwischenruf gesagt worden – einfach abgeschafft, die war nicht mehr notwendig. Das war unter Ihrer Regierungsbeteiligung, wo Sie immer von sozialer Verantwortung reden. Da haben Sie mitgemacht und haben überhaupt nichts dabei gefunden. Heute beklagen Sie sich über gewisse Dinge. Dass das Hausbesorgergesetz damals abgeschafft wurde, haben Sie auch mitbeschlossen. Von all dem wollen Sie heute nichts wissen. Sie haben Studiengebühren eingeführt, die wieder abgeschafft wurden. Davon wollen Sie auch nichts wissen. Aber bei Ihnen war es ja auch so, dass Sie mit den Grundrechnungsarten damals schon Probleme gehabt haben. Bei Ihnen war eins und eins nicht zwei, und null war nicht null, sondern beim Nulldefizit hat ruhig auch eine andere Zahl vor dem Komma stehen können.

Dann haben Sie noch ganz etwas anderes gemacht, was man uns heute vorwirft: In Zeiten der Hochkonjunktur all diese Maßnahmen zu setzen und sie dann einer Regierung vorzuwerfen, die in der wirtschaftlich schwierigsten Zeit seit der Ersten Republik agiert, das ist nicht nur schäbig, Herr Klubobmann, das ist billig. Das nimmt Ihnen keiner ab. Die sechs Jahre Ihrer Regierungsbeteiligung haben sich die Österreicherinnen und Österreicher gemerkt, und ich hoffe, sie vergessen es nicht.

Geschätzte Damen und Herren! Wenn Sie so von den Expertisen Ihrer Fraktion reden, so habe ich da nur ein Paradeunternehmen in Österreich im Kopf, das war damals ein Vorzeigemodell, das Forschungsinstitut in Seibersdorf. Ihre Leute, die dann dort, fast in Alleinverantwortung, gesessen sind, haben dieses Unternehmen fast an den Rand des Konkurses gewirtschaftet. Der Herr Graf als Geschäftsführer dort hat diesbezüglich kassiert, aber nichts geleistet. Die Vergangenheit können Sie heute hinstellen, wie Sie wollen, aber überall dort, wo Sie gewirtschaftet haben, sind die Unternehmen schlechter dagestanden als vorher. Es wurde heute schon gesagt, der Ausverkauf der BUWOG war kein Ruhmesblatt für die Republik Österreich, aber Sie waren der verantwortliche Faktor in dieser damaligen Bundesregierung, und es waren Ihre Leute, die das vordergründig absolut und tatsächlich betrieben haben.

Also reden Sie da nicht von Armut oder von Mitleid. Ihre Fraktion hat mit den Ärmsten der Armen überhaupt kein Mitleid. In allen Diskussionen über die bedarfsorientierte Mindestsicherung hat Ihr Bundesparteivorsitzender

in jeder Pressekonferenz, in jeder Pressemeldung nur darüber gesprochen, dass das eine sozialpolitische Hän-gematte ist für alle, die nicht arbeiten wollen, und, und, und. Und heute stellen Sie sich heraus und verlangen genau für diese Personengruppen den Heizkostenzuschuss. Das glaubt Ihnen doch kein Mensch, dass Sie das ehrlich meinen. Das ist reine Polemik, eine wirklich billige Polemik, die Sie hier auf dem Rücken der Ärmsten austragen wollen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Geschätzte Damen und Herren! Gestatten Sie mir, jetzt auch noch etwas anderes zu sagen, Herr Kollege Rösch und auch Kollegin Korosec, zu dieser Diskussion über die Ärmsten der Armen. Ich sage dazu – Frau Kollegin Korosec, wahrscheinlich sind wir da auf einer Ebene –, jeder dieser armen Menschen ist einer zu viel, aber man könnte ja etwas dagegen machen. Was ich heute in dieser Diskussion vermisste: Wir würden die gesamte Bedarfsorientierte Mindestsicherung nicht brauchen, wir würden alle unsere Sozialzuschüsse gar nicht brauchen, wenn anständige Löhne und Gehälter bezahlt werden würden. In der jetzigen Diskussion der letzten Tage habe ich nämlich von Ihrer Fraktion, der Freiheitlichen Partei, aber auch da vom Flügel des ÖAAB nichts gehört. Wenn man den Metallarbeitern die Überstundenzuschläge wegnehmen möchte, wenn sie mehr arbeiten sollen um weniger Geld, wenn man sogar die Inflationsrate in Frage stellt und dann sagt, die ist ja gar nicht so hoch, dann ist das wirklich billig. *(Widerspruch bei der ÖVP.)* Dann sage ich Ihnen eines, dann weiß ich nicht, wo ist da der ÖAAB? Wo sind Ihre Gewerkschafter bei diesen Verhandlungen und Gesprächen? Wo ist der Aufschrei? Wo ist der Protest? Man hört immer nur die Stimme der Industrie, der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer. Gestatten Sie mir, das ist mir in dieser Auseinandersetzung, wo es wirklich ums Eingemachte geht, nämlich darum, dass jeder einen gerechten Anteil am Kuchen haben soll, ein bisschen zu wenig.

Meine geschätzten Damen und Herren! Um jetzt noch einmal zurückzukommen. Wir haben niemand etwas weggenommen. Das wurde heute schon von meiner Vorrednerin gesagt. Die 6 Millionen EUR sind bei 6 Millionen EUR geblieben. Darüber hinaus gibt es bei sozialen Härtefällen natürlich auch Hilfe durch die Magistratsabteilung 40. Dort muss man hingehen, das im Prinzip vorlegen, auch alles belegen können, und wenn es dann notwendig ist, dann wird diesen Menschen rasch und unbürokratisch geholfen. Und zwar nicht mit 100, 200 oder 300 EUR, sondern für Energierechnungen werden durchschnittlich 500 EUR und für den Geräte-tausch 900 EUR pro Haushalt ausgegeben. Das ist ein bisschen mehr.

Zum Schluss möchte ich Ihnen eigentlich nur eines sagen, auch in Richtung ÖVP – ich habe das schon wiederholt gesagt, aber anscheinend merken Sie es sich nicht –: Wir könnten uns bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung oder dem Heizkostenzuschuss die ganze Diskussion sparen, hätten wir damals den Vorschlag von Bundesminister Rudolf Hundstorfer im Parlament aufgegriffen und die Bedarfsorientierte Mindestsicherung einfach 13 und 14 Mal ausbezahlt. Das würde in

Summe ein Vielfaches von Ihren 250 EUR oder von den gewünschten 300 EUR ausmachen, und wir müssten uns heute hier an dieser Stelle über dieses Thema gar nicht unterhalten.

Ich würde Sie ersuchen, ein bisschen mehr Realität, Engagement, Einfühlungsvermögen und Durchsetzungsvermögen dort an den Tag zu legen, wo es notwendig ist, und uns nicht vorzuwerfen, wir wären unsozial. Das glauben Ihnen die Menschen sowieso nicht, denn wenn Sie heute, egal wo, eine Umfrage in Auftrag geben, dann wird eines herauskommen: Jene Partei, der man das größte soziale Gewissen in Österreich und in Wien zutraut, ist die Sozialdemokratie und ist auch die rot-grüne Stadtregierung. Das ist niemand anderer, sondern das sind unsere Vertreter und Mitglieder der Wiener Stadtregierung, die hier in diesem Hause sitzen. Da können Sie Presseaussendungen machen, Erklärungen abgeben, was Sie wollen, es wird Ihnen schlicht und einfach nichts nützen. Was wahr ist, muss wahr bleiben. – In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich könnte ja sagen, dass ich mich auf dringliche Bitte des Kollegen Wagner jetzt noch zu Wort gemeldet habe. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Das glaube ich nicht!)* Sie war nicht notwendig, denn da gab es einen anderen Punkt, weswegen ich mich eigentlich melden wollte und es auch getan habe. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ja, ich werde noch darauf zurückkommen, Herr Kollege Wagner, denn wenn ich Sie so anschau und Sie anhöre mit Ihrer, nein, es ist keine Autosuggestion, denn Sie wissen genau, dass Sie nicht die Wahrheit sagen und den Leuten nicht die Wahrheit vermitteln. Sie sind klassisch das, was in der Bibel, etwas anderes formuliert, steht: An Ihren Funktionären sollt ihr sie erkennen! Und an diesen Funktionären erkennen Sie die Wiener und werden Ihnen weniger und weniger Stimmen geben. *(Beifall bei der FPÖ.)* Sie sollten wirklich viel öfter öffentlich auftreten, denn dann wäre klar, was hinter dieser heutigen SPÖ steht.

Sie, Herr Kollege Wagner, da bin ich mir ziemlich sicher, waren entweder noch nie oder schon sehr lange nicht in einer nicht geheizten Wohnung drinnen, das kann ich Ihnen sagen. Im Gegensatz zu Ihnen war ich drinnen, und das schaut nicht lustig aus. *(GR Kurt Wagner: Da fragen Sie einmal Ihren Herrn Klubobmann!)* Es gibt, wie wir heute gehört haben, allein 90 000 Kinder, die frieren.

Und jetzt sage ich Ihnen auch etwas, Herr Kollege Wagner. Ich bin ein Nachkriegsjahrgang. Ich bin in einer Wohnung aufgewachsen, die im Winter nicht immer geheizt war. Ich bin in einer Wohnung aufgewachsen, die fließendes Kaltwasser hatte, wenn das Wasser nicht zugefroren war. Ich weiß, wie sich diese Kinder fühlen. Sie nennen sich Sozialdemokraten – wir sind sozial, und wir setzen uns für diese Leute ein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie regen sich darüber auf, dass wir angeblich gegen zu viele Mindestsicherungsbezieher eintreten. Wir treten nur gegen die auf, die sie zu Unrecht beziehen, und das ist, glaube ich, ein ganz, ganz großer Unterschied.

Übrigens fehlt mir heute bei dem, was Sie gesagt haben, eines, Herr Kollege, nämlich die Mercer-Studie. Wo war die heute? Wo war heute die Mercer-Studie mit den höchsten Lebensqualitäten bei den 90 000 Kindern in dieser Stadt? Da sind Sie ruhig. Da ziehen Sie, sagen wir, den Kopf ein in diesem Fall, denn den aufrechten Gang haben Sie schon lange verlernt. Das kann ich Ihnen sagen, Herr Kollege. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Prof Harry Kopietz: Das ist eine Frechheit, was Sie da sagen!)*

Den aufrechten Gang haben Sie schon lange verlernt, denn Sie wissen gar nicht mehr, wie es diesen Leuten geht. Auch Sie, Herr Präsident, wissen es schon lange nicht mehr. *(GR Prof Harry Kopietz: Das ist ja unglaublich! Halten Sie sich zurück!)* Sie fahren mit dem Dienstauto, und die überlegen es sich, ob sie mit der Straßenbahn fahren können. Das ist der große Unterschied. Sie geben zwar vor, die Vertreter dieser Leute zu sein, Sie sind es aber schon lange nicht mehr. Und auch die GRÜNEN verlernen es systematisch. *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Nur der einzige Unterschied ist: Sie sitzen peinlich berührt dort und sagen nichts dazu, weil sie als Koalitionspartner nicht anders können. Das ist die reale Situation. *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)*

Und jetzt noch eines, weil gerade der Richtige bei den GRÜNEN redet. Da kam der Vorwurf vom verbalen Gewalttäter an den Kollegen Gudenus. Sie haben ihn einen verbalen Gewalttäter genannt. Der Kollege Gudenus ist im Gegensatz dazu das Opfer von realen Gewalttätern geworden und musste im Krankenhaus behandelt werden. Die kamen aus dem linken Lager, von dort drüben, aus diesem Spektrum *(Der Redner weist in Richtung der GRÜNEN.)*, denn in Ihrem Grünen Haus werden solche Leute mit Rechtsberatung versehen, meine Damen und Herren von den GRÜNEN. Überlegen Sie sich einmal, was Sie sagen, bevor Sie hier auf den Tisch hauen. Die Gewalt sitzt nämlich in diesem Land da drüben im linken Spektrum. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zum Abschluss, weil der Herr Kollege Wagner so gut im Zitieren war, bringe ich Ihnen auch noch einmal ein Zitat in Erinnerung, diesmal nicht von Brecht, sondern von Tucholsky: „Hörst du manchmal in dunkler Nacht eine leise Stimme, die mahnend spricht: ‚Genosse, schämst du dich nicht?‘“ „An einen Bonzen“ heißt das Gedicht. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Prof Harry Kopietz: „Ein Kluger bemerkt alles, ein Dummer macht über alles seine Bemerkungen.“ Heinrich Heine.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Rösch. Ich erteile es ihm. Die Restredezeit ist 12 Minuten und 40 Sekunden.

GR Ing Bernhard **Rösch** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Lieber Kurt Wagner! Ich weiß zwar nicht, wo er ist, ich sehe ihn jetzt nicht, aber es wird keinen Abbruch tun. Ich meine, er hat seinen Auftrag erfüllt für die SPÖ, indem er da versucht hat, zu retten, was zu retten ist, aber

ich meine, man müsste schon eine große politische Amnesie haben, um das nicht Revue passieren lassen zu können, was in den letzten 20 Jahren so alles passiert es.

Ich meine, den Tausender von der Gitti Ederer beim EU-Beitritt, diese Unwahrheit, die vergessen wir, weil die mittlerweile ja gar nichts mehr wert ist. *(GR Heinz Hufnagl: Sie haben von der Blutschokolade geredet!)* Aber jetzt gehen wir weiter. Damals hat man noch gesagt, die Europäische Union wird sich öffnen für den Arbeitsmarkt, weil 80 Prozent des Sozial- und des Lohnniveaus bei den Beitrittsländern gleich sein werden. Wer hätte damals geglaubt, dass bei uns die Kaufkraft nachlassen muss, bis wir endlich einmal dort sind, wo diese sind mit dem Sozial- und Lohnniveau? Wer das leugnet, soll das auch niederschreiben und hinaus schicken, denn dann können die Bürger wenigstens die Unwahrheit und das, was ihr macht, lesen.

Statistik Austria: Seit dem Beitritt zur Europäischen Union gibt es 28,8 Prozent Kaufkraftverlust. Das ist fast ein Drittel, was jeder Österreicher sich im Schnitt weniger leisten kann. Und ihr sagt, das ist eine Erfolgs-Story? Und ihr sagt, es gibt keine Menschen, die frieren? Ihr habt alles so sozial abgedeckt. Ja, wo wart ihr denn, als alles schiefgegangen ist? Wo hat man denn der Gewerkschaft den Rücken gestärkt, als es darum gegangen ist, die Einkommen irgendwo doch auf Niveau zu halten?

Die Schweizer haben es gemacht. Ihr habt alle zugeschaut. Und leider Gottes, muss ich auch sagen, hat die FSG in der Gewerkschaft massiv versagt. Sie hat ganz einfach bei den Interessen der Regierung mitgespielt und zugeschaut, wie die Regierung sich schön langsam an das internationale Flair der Europäischen Union gewöhnt.

Die Idee der Europäischen Union ist nicht schlecht, aber das, was man aus der Europäischen Union gemacht hat, die Gier, die dort Einzug gehalten hat. Da sind Politiker, die dann praktisch nicht einmal für irgendetwas zu gebrauchen waren, irgendwo im Ausland Manager geworden als Dankeschön für Fraktionen, die natürlich sehr befreundet sind. *(GR Godwin Schuster: Wie bei der FPÖ! Sie reden von der FPÖ!)* Und deswegen sind die Leute angefressen. Die einen können nicht heizen, die anderen kriegen zigzigzig Tausend Euro in den Rachen geschmissen, nur weil man sie als Politiker vielleicht nicht mehr brauchen kann.

Sie wissen, welche Politiker ich meine, und ich kann Sie Ihnen ja auch vorstellen. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Sie wissen das vielleicht auch von Ihrer Gewerkschaft!)* Ich habe jetzt den Zeitungsartikel nicht da, wo es um Skylink gegangen ist. Oder der Gusenbauer. Bevor er noch etwas gekriegt hat, als er abgedankt hatte, ist er dann plötzlich zunächst einmal in die Arbeiterkammer gekommen. Überall sind sie versorgt worden. Da heißt es dann, da gibt es ja die Verträge, wo man einfach versorgt wird. Das ist ja alles normal. *(GR Godwin Schuster: Wie viele von euch werden so versorgt?)*

Ja, hallo! Wenn man diese Leute, die in Wirklichkeit keinen Geldanspruch haben, weil sie jetzt arm wären und nichts haben, versorgen kann, warum kann ich an-

dere nicht mit 300 EUR versorgen? Da können wir das wirklich von jeder Debatte loslösen. Warum können wir denen, die es wirklich brauchen, wo es wirklich notwendig wäre, das nicht geben? Warum können wir uns da nicht einigen? Über alles andere können wir vortrefflich streiten, über Höhen, Nuancen und alles Mögliche, aber da geht es wirklich ... *(GR Godwin Schuster: Bei Unwahrheiten muss man schon streiten! Bei Unwahrheiten kann man nicht still sein! Und das sind Unwahrheiten!)* Wir gehen dorthin, und du schaust dir das an. Und dann möchte ich dich sehen, ob du sagst, die sollen die Tür zumachen, ich kann das Elend nicht mehr sehen. Ihr geht ja nicht einmal mehr hinaus, weil ihr das Elend nicht mehr sehen könnt. Ihr werdet da draußen nicht mehr angetroffen. Das ist das Problem! *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Wir gehen hinaus, aber in die Wirtshäuser, wo Sie hingehen, gehen wir nicht!)*

Ich denke ja nur daran – und so lange ist das auch noch nicht her –, warum haben wir das Geld nicht? Könnt ihr euch noch an die BAWAG erinnern? Wer hat denn das ganze Geld abgezockt und verschleudert? *(GR Godwin Schuster: Und die Hypo? Was ist mit der Hypo? – Weitere lebhaftes Zwischenrufe bei der SPÖ, wobei immer wieder das Wort Hypo fällt.)* Das mit der Hypo wird ja noch interessant. Ich frage euch: Cui bono? Wem hat es genützt, dass die Hypo wieder zurückgekauft worden ist? Der größere Schaden ist dann erst passiert. *(GR Godwin Schuster: Wie viel Steuergeld ist für die Hypo draufgegangen?)* Das gehört aufgearbeitet. *(Beifall bei der FPÖ.)* Und diejenigen, die da eingekauft haben, diejenigen, die die Grundstücke billigst eingekauft haben, die werden wir noch beim Namen nennen. Das werden aber keine Blauen sein. Da werdet ihr euch noch ordentlich wundern. Genau ordentlich wundern! *(Anhalten der Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Mit SPÖ verbinde ich ja auch „Konsum“, die größte Pleite der österreichischen Geschichte überhaupt. Hat auch nie stattgefunden. *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Das stimmt ja gar nicht!)* Aber geh! *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Sie wollen nur von der Hypo ablenken!)* Na ja, wir können auch von der Hypo reden. Diejenigen, die etwas verbrochen haben, gehören auch an die Wand genagelt, sage ich. Das ist ganz einfach das ... *(Empörte Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)* Das ist ganz einfach wirklich meine innerste Überzeugung. Aber ich bin mir sicher, dass bei der Hypo noch nicht die Richtigen gefasst wurden. Und da werden wir natürlich auch versuchen, die Aufklärung zu machen, weil ihr nämlich die Aufklärung in Wirklichkeit bis jetzt verhindert habt. *(Beifall bei der FPÖ. – Lebhaftes Zwischenrufe bei FPÖ, SPÖ und GRÜNEN.)*

Und die ganzen Währungsspekulationen. Wir bräuchten nicht hier zu stehen und um die 6 Millionen zu kämpfen, um die 300 EUR pro Bedürftigem, wären diese Währungsspekulationen von Salzburg bis Linz bis nach Wien nicht gewesen. Wir können uns erinnern: 250 Millionen

mussten wir da als Wertberichtigung hineinschreiben, obwohl wir es nicht wirklich wertberichtigt haben. Aber 250 Millionen haben wir plötzlich mehr an Schulden gehabt. Ja, hätten wir die nicht, würde es uns besser gehen, dann bräuchten wir nicht zu überlegen, wie wir 6 Millionen finanzieren für Leute, die es wirklich nicht haben, für die 300 EUR im Jahr.

Und deswegen sage ich euch: Kurti, du hast da zwar wacker versucht, die Linie zu halten. Es ist dir nicht gelungen bei all diesen Fakten, die so gegen euch sprechen, bei so einer Verschwendung und so vielen Leuten, die alle gehen haben müssen und irgendwo versorgt worden sind. Das bemerkt die Bevölkerung, und dafür wird sie euch abstrafen. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Godwin Schuster: Dieser Unsinn ist nicht zu übertreffen!)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte über die Besprechung des Dringlichen Antrags ist somit beendet. Diesen Antrag beschließen wir nun. Es ist die sofortige Abstimmung verlangt worden.

Wir haben jetzt eine Geschäftsordnungsfrage an den Herrn Ersten Vorsitzenden, vielleicht kann dieser auf einen Sprung zu mir kommen. Es gibt ... *(Zwischenruf von GR Mag Johann Gudenus, MAIS) – es steht aber Beschlussantrag da. Das ist der zusätzliche? (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Den gibt es auch zusätzlich. Wir haben den gleichen Antrag als Beschlussantrag eingebracht!)* Gut, dann bin ich schon wieder im Bilde. Ich war jetzt etwas verwirrt. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das entspricht der Stadtverfassung!)* Sehr tricky. Also, diesen Antrag weise ich zur weiteren Behandlung der Frau amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales zu. *(Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Danke!)*

Damit kommen wir jetzt zu den eingebrachten Anträgen, zunächst zum Beschlussantrag der FPÖ betreffend Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP, die FPÖ und der klubunabhängige Mandatar und daher die Minderheit. Somit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zum Antrag der ÖVP betreffend die Wiedereinführung des Wiener Heizkostenzuschusses. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP, die FPÖ und der klubunabhängige Mandatar und damit auch die Minderheit. Der Antrag ist nicht angenommen.

Damit ist die reguläre Tagesordnung beendet. Ich darf allen auf der Galerie, die uns besucht haben, danken und Sie bitten, den Saal zu verlassen, wir haben noch eine nichtöffentliche Sitzung. Auch allen Damen und Herren im Internet wünsche ich noch einen schönen Tag, auch dem ORF. *(Allgemeine Heiterkeit.)*

*(Schluss um 16.02 Uhr)*